D 20930E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/M Nr. 25
September '71 DM 1,20

Gegenschlag in Bolivien

dpa

Dem publikumsgängigen Bild der weltweiten Staatsstreiche zufolge, scheint sich in Bolivien nichts Neues abzuspielen. Ein „rechter Obrist", wortkarg aber willensstark, hat einen „linken General" abgelöst, der mit der Macht nicht fertig wurde. Das Volk stellte eine filmwirksame Staffage, der CIA die Ratgeber eines Putschregiments, Studenten und Arbeiter einige Dutzend Tote. Eine übliche lateinamerikanische Geschichte? Heute rot, morgen tot?

Die bolivianischen Ereignisse können zur Zeit noch nicht abschließend beurteilt werden. Zumindest drei Dinge scheinen uns aber von beträchtlicher Bedeutung: Mit dem Regime um Oberst Banzer schiebt sich ein Keil in die bisherige Kooperation der Andenstaaten, die sich gegen die Bevormundung durch die USA und ihre engsten lateinamerikanischen Alliierten richtete. Zweitens ging dem Putsch in Bolivien selbst eine politische Entwicklung höchster Brisanz voraus: Arbeiter, Bauern und Studenten hatten, von großen Teilen des Volkes getragen, einen bolivianischen Rat des Volkes gebildet, dessen Resonanz bei den Massen, voran bei den klassenbewußten Bergarbeitern, so groß war, daß die Regierung Torres' gegen ihren Willen immer weiter nach links getrieben wurde. Torres, der eine „Versöhnung der Klassen", weder „Kommunismus" noch „Kapitalismus" wollte, verlor durch diese sich anbahnende revolutionäre Entwicklung seinen Halt beim Bürgertum und in der Armee, ohne doch eine ihm angemessene neue Machtbasis zu finden oder konsequent die revolutionären Massen zu stützen. Torres fiel, als sein Gleichgewichtsakt nach peruanischem Vorbild gescheitert war.

Der letzte Beschluß des bolivianischen Volksrats forderte die Abschaffung des Berufsheeres. Er war es, der die rivalisierenden Teile der Armee zur Hinnahme oder aktiven Unterstützung des Putsches vollends bewog. Die bolivianischen Arbeiter sind zu spät und zu schlecht bewaffnet worden. Der Putsch gegen die Regierung Torres ging von Santa Cruz aus und fand dort seine hauptsächliche Finanz- und Massenbasis. Santa Cruz war eine sterbende Stadt. Denn seit der Verstaatlichung der dort gelegenen bolivianischen Erdölgewinnung, wurde Bolivien durch die nordamerikanischen Ölgesellschaften boykottiert (die gleichzeitig in Kolumbien fündig wurden) und blieb auf seinem Öl sitzen. Der Lebensstandard aller Bevölkerungsklassen in und um Santa Cruz sank rapide. Oberst Banzers erstes politisches Versprechen verhieß denn auch ein wiederhergestelltes gutes Verhältnis zu den USA. Hat er seine persönliche Basis im Großgrundbesitz, so die seiner unmittelbaren Anhänger im Ölgeschäft und in den Krippen des Staatsapparates.
Die bolivianischen Proletarier haben, über Jahrzehnte der offenen und blutigen Unterdrückung hinweg, ihre Widerstandsfähigkeit bewiesen. Modernste politische Unterdrückungsapparate, frei Haus von den USA ausgestattet, mögen sie niederhalten. Unwahrscheinlich aber ist, daß ihr fortgeschrittenes revolutionäres Bewußtsein am Ölgeschäft oder an den Schergen der Ausbeutung zerbricht.

In dieser Ausgabe:

Kommentare
Andreas Buro: Währungskrise 3
Gert Schäfer: Frontbereinigung in Berlin 3
Herbert Stubenrauch: Bildungsreform 5
Heinz Hauser: Streik-Nachlese 6
M. Walsh/E. Brumlop: Nord-Irland 6

Strategie
Arno Klönne: Antikapitalismus und Subkultur 8

Ökonomie
Hansgeorg Conert: Steuerreform 11
Eva Brumlop: Erweiterung der EWG 15

Gastarbeiter
S. Castles/G. Kosack: Ausländerbeschäftigung u. Klassenkampf 13

Organisationen
Polizeiaktion gegen „883" 17
Sozialistisches Patientenkollektiv 17
Obdachlosen-Organisation 19
Vietnamesen in der BRD 22
Komitee für Gastarbeiter 22

Linker Digest
Union Arabischer Republiken 23

Beilagenhinweis

Einer Teilauflage dieser „links"-Ausgabe liegen bei: ein Prospekt der Europäischen Verlagsanstalt und die Unterschriftenliste der Initiative Internationale Vietnam-Solidarität.

links

Sozialistische Zeitung

Die sozialistische Bewegung wird heute und hier nur dann reale gesellschaftliche Bedeutung gewinnen, wenn sie

- **aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer „reiner" und teils blinder Spontaneität dort, herausfindet;**
- **die chinesische Mauer zwischen isolierten Tageskämpfen einerseits, weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen andererseits, durchbricht;**
- **Handlungsmöglichkeiten entwirft, die in hochentwickelten Gesellschaften unter Umständen jene Funktion übernehmen können, die unter anderen historischen oder gesellschaftlichen Bedingungen „direkte" Gewalt und „einmalige" Revolutionsakte ausübten oder noch ausüben;**
- **eine neue, nicht autoritäre Antwort auf die Frage nach der internationalen Kooperation der Linken findet.**

Die Entwicklung einer sozialistischen Bewegung kann nur Prozeßcharakter haben. Sowenig eine geschlossene, vereinheitlichte Organisation den gegenwärtigen Bedürfnissen der sozialistischen Gruppierungen entsprechen würde, so sehr besteht doch andererseits objektiv und subjektiv das Bedürfnis nach einer beständigen Kommunikation unter Sozialisten, dies auch als Voraussetzung für die Entwicklung weiterer Gruppen, neuer Aktionsformen. Hier sieht das „Sozialistische Büro", das „links" herausgibt, seine Funktion. Ein Instrument der besseren Kommunikation will „links" sein — ohne Monopolansprüche. „links" wird nicht jenen linken Journalismus pflegen, der dem Konsum revolutionär anmutender Euphorien dient. Unsere Zeitung sieht ihre Funktion dort, wo über Theorie der Praxis und Praxis der Theorie informiert und diskutiert wird, illusionslos, undogmatisch, verständlich für jeden, der linke Politik machen will.

Redaktion „links"

●

Um beide Projekte, das Sozialistische Büro und die Zeitung „links", tragen zu können, haben wir den „Fördererkreis Sozialistisches Büro" gegründet. Die Förderer bestimmen die Höhe ihres Beitrages selbst (mindestens jedoch monatlich DM 5,—) und erhalten dafür regelmäßig die Zeitung „links" kostenlos zugesandt. (Weiterhin gibt das Sozialistische Büro u. a. einen Info für progressive Lehrer und eine „Sozialistische Betriebskorrespondenz" heraus.)

Arbeitsgruppe
Sozialistisches Büro,
605 Offenbach 4, Postf. 591
PSK: Frankfurt/M. 295680

Informationen

Spende für FRELIMO

Die Studentenschaft der Kirchlichen Hochschule Bethel will den Ertrag der miss-a-meal-Aktion (d. h. wöchentlich wurde mit einer Mahlzeit ausgesetzt und das Geld gesammelt) des Sommersemesters 1971 in Höhe von ca. 1800,— DM dem Institut der FRELIMO-Bewegung in Dar-es-Salaam in Tanzania geben.
Im Rahmen seines Antirassismusprogramms unterstützt der Ökumenische Rat der Kirchen dieses Institut. Die Studentenschaft der KiHo Bethel will mit ihrem Beitrag die Bemühungen des ÖRK unterstützen und gleichzeitig im Kontext der kirchlichen Diskussion um Gewalt und Gewaltlosigkeit, die die deutsche Kirche als Deckmantel ihrer Untätigkeit benutzt, auf die Wichtigkeit der sofortigen Hilfe und Unterstützung der humanitären Bemühungen der Befreiungsbewegungen hinweisen.
„Uns steht es solange nicht an, die Bemühungen der Freiheitsbewegungen in der Dritten Welt als Gewaltterror zu verurteilen, wie wir unsere Interessen mit Hilfe einer Bundeswehr zu wahren bereit sind und außerdem eifrig die Gewaltherrschaft der Kolonialmächte politisch ermöglichen und durch Waffenlieferungen z. B. an Portugal unterstützen, oder sogar kirchlich sanktionieren."

Erweiterte EWG

Bei einem Anschluß Englands, Dänemarks, Norwegens und Irlands an die EWG entstünde der größte Markt industriell fortgeschrittener Länder in der Welt. Mit 255 Mill. Einwohnern wäre er selbst größer als der der USA (204 Millionen) oder der UdSSR (244 Millionen). Die erweiterte EWG würde mit etwa 7 % der Weltbevölkerung voraussichtlich ca. 18 % der Wirtschaftsleistung der Welt erbringen und 37 % aller Exporte bestreiten.

Multinationale Produktionsverlagerung

Bis 1973 wird die Produktion von Vier-Zylinder-Motoren für den Ford-Pinto-PKW nach den USA verlagert werden, wo in Lima (Ohio) ein neues Werk errichtet wird. Ford wird damit erstmals seit 1934 wieder Vier-Zylinder-Motoren in den USA bauen. Diese Produktionsverlagerung entspricht den Worten Henry Fords, für den weitere Kapitalanlagen in England wegen des dortigen unsicheren Betriebsklimas unratsam sind. Die Motoren wurden bisher von den britischen Ford-Werken hergestellt, die monatlich 30 000 Pinto-Motoren nach den USA lieferten. Betroffen ist auch das Ford-Werk in Köln, das monatlich 10 000 Motoren exportierte. Für England bedeutet diese Produktionsverlagerung einen Exportausfall von ca. 30 Millionen Pfund im Jahr, für die englichen Arbeiter größere Arbeitslosigkeit.

Streuung von Aktien

Von den Industrie-Unternehmen der BRD haben 72 einen Umsatz von mehr als 1 Milliarde DM. Ihr Gesamtumsatz betrug 1970 mehr als 270 Milliarden DM, das sind etwa 52 % aller westdeutschen Industrieumsätze. Dazu meldet die Frankfurter Rundschau v. 24. 7. 71, daß von diesen großen Unternehmen nur ganze sieben Publikumsgesellschaften im eigentlichen Sinne sind. Ihr Kapital ist breit gestreut und bei ihnen gibt es keinen privaten oder staatlichen Großaktionär. Für die restlichen 65 Umsatzmilliardäre trifft dies jedoch nicht zu. Die Gesellschaften befinden sich meistens in der Hand einiger Großaktionäre und sind für ein breites Publikum so gut wie unzugänglich. Dem entspricht die Feststellung des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, nachdem sich das Aktienkapital in Privatbesitz 1969 zu etwa 90 % in den Händen einer kleinen Gruppe von Aktionären, die weniger als 2 % aller privaten Haushalte ausmachte, befand. Die Untersuchungen bestätigten weiter, daß 1,7 % der Privathaushalte 1966 bereits fast 74 % des Produktionsvermögens besaß.

Rückzug aus Vietnam

Die USA werden ihre Truppen in Südvietnam nicht bis zu einem Punkt reduzieren, der Nordvietnam einen militärischen Sieg erlauben würde. Dies meinte US-Vizepräsident Spiro Agnew auf einer Pressekonferenz in Singapur. US-Militärs rechneten damit, daß die Nordvietnamesen nach entsprechender Reduzierung der US-Truppen einen Erfolg auf dem Schlachtfeld um jeden Preis anstreben. Dies werde ihnen jedoch nicht gelingen, da die USA ihre Truppen nicht auf einen so minimalen Stand brächten, um Hanoi „erfolgreich" werden zu lassen, sagte Agnew.

Preisabsprachen

Sogenannte „Frühstückskartelle", in denen mehrere Firmen eine „abgestimmte Verhaltensweise", bei den Preisen oder anderen Verkaufsmodalitäten verabreden, bleiben bis auf weiteres vom Kartellverbot verschont. In einem Brief an das Bundeskartellamt hat Bundeswirtschafts- und Finanzminister Karl Schiller das Bundeskartellamt angewiesen, daß das geltende Kartellverbot nicht auf „abgestimmte Verhaltensweisen" anzuwenden sei. Anlaß dieses Briefes ist eine höchstrichterliche Entscheidung im sogenannten Teerfarbenstreit. Darin ging es um eine vermutete Preisabsprache zwischen vier bedeutenden Teerfarbenherstellern, die sich im Vorjahr zu Besprechungen getroffen und bald darauf ihre Preise einheitlich erhöht hatten. Das Bundeskartellamt, das ein „Frühstückskartell" witterte, versuchte, gegen die vermutete verbotene Preisabrede vorzugehen. Der Bundesgerichtshof hatte die Rechtsauffassung des Amtes jedoch abgelehnt. Preisfrage: Hat Stagflation etwas mit monopolistischen Strukturen in kapitalistischen Staaten zu tun?

Französische Entspannung

Die Ausgaben für die militärischen Belange Frankreichs sollen nach den Worten von Staatspräsident Georges Pompidou wesentlich erhöht werden. Um den Frieden zu erhalten, müsse man glaubhaft machen können, daß man in der Lage sei, sich zu verteidigen, betonte er in der südfranzösischen Hafenstadt Toulon, wo er zum Abschluß eines mehrtägigen Manövers eine große Parade der französischen Land-, Luft- und Seestreitkräfte abnahm.

Türkei - Zusammenschluss der Opposition

Gegen den Faschismus in der Türkei haben sich alle türkischen demokratischen und progressiven Kräfte in der BRD, West-Berlin, Frankreich, England, Österreich, der Schweiz, Holland, Schweden und Norwegen nach einer zweitägigen Sitzung (vom 19. — 20. Juni 1971) in Braunschweig zur Patriotischen Einheitsfront für eine demokratische Türkei in Europa zusammengeschlossen. Ihre Ziele sind:

- Kampf für die Erhaltung der Verfassung von 1961 und Kampf gegen jeden Versuch, sie zu verändern.

  Aufhebung des Ausnahmezustandes und Zurücknahme des verfassungswidrigen Kriegsrechtgesetzes.
- Sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen und Verhafteten.

  Aufhebung der Pressezenzur und sofortige Freigabe aller verbotenen Zeitungen, Zeitschriften, Schallplatten, Filme und Kunstwerke.
- Schluß mit den Repressalien gegen die türkische Rundfunk- und Fernsehanstalt (TRT) und gegen die Universitäten: Wiederherstellung der Autonomie dieser Institutionen.
- Schluß mit der Unterdrückung der Gewerkschaften; Aufhebung des Streikverbots und Wiedereinstellung der wegen ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeiten entlassenen Arbeiter.
- Schluß mit den Versuchen, die Türkische Arbeiterpartei zu verbieten, die ihre Tätigkeit im Rahmen der Verfassung von 1961 durchführt.
- Sturz der faschistischen Erim-Regierung. Schaffung eines demokratischen Wahlgesetzes und sofortige freie Wahlen.

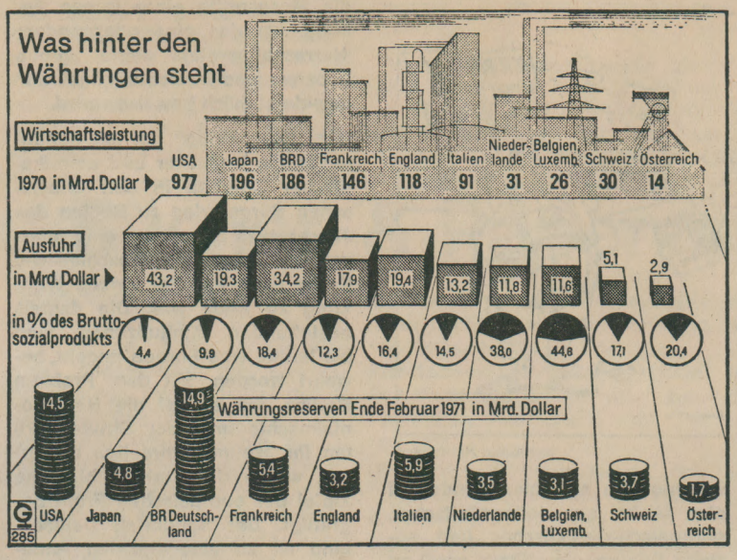
Währungskrise: Vor den besten Zeiten?

Die USA haben Jahr um Jahr die Lasten der Freiheit geduldig getragen, bis nun die Kraft des Dollars durch die riesige Anstrengung erschöpft ist. Jetzt ist es an der Zeit, daß auch die anderen Industriestaaten des Westens ihren Teil zur Sicherung der freien Welt beitragen. Durch seine dramatische Ankündigung will der Präsident der USA endlich die Lasten gerechter verteilen. Zwar war sein Vorgehen nicht ganz korrekt — er hatte die anderen Staaten der westlichen Gemeinschaft vorher nicht konsultiert — aber wer will es der nach wie vor stärksten Macht verübeln, wenn sie auch einmal an sich denkt. — Dies etwa ist der rührende Grundtenor vieler Analysen und Kommentare mit denen uns die bürgerliche Presse seit den Bekanntmachungen Nixons überschüttet hat.

Solche Argumentation geht freilich bewußt oder unbewußt an den wirklichen Ursachen der Krise vorbei. Grund der Weltwährungskrise ist es zweifellos nicht, daß sich die USA edelmütig im gesamtkapitalistischen Interesse übernommen hätten. Vielmehr hat der Konkurrenzkampf der national oder in Staatengruppen organisierten Kapitale dazu geführt, daß Privilegien, die sich die USA 1944 in Bretton Woods, dem Geburtsort des bislang gültigen Weltwährungssystems, sichern konnten, nun wieder in Frage gestellt werden.

In Bretton Woods konnten die Vereinigten Staaten entgegen anderen Vorschlägen ihr System, den Dollar als Leitwährung den geschwächten europäischen Staaten gegenüber durchsetzen. Dieses System gestattete es den US-Konzernen, trotz negativer nationaler Zahlungsbilanz, große Mengen an Kapital zu exportieren und sich so außerhalb des heimischen Marktes ein Wirtschaftsimperium aufzubauen, das heute noch vor Japan die drittgrößte Industriemacht der Erde darstellt. So steuerte die amerikanische Politik nach 1945 keineswegs ausschließlich gegen den Ost-Block einen expansiven Kurs, sondern ebenso gegenüber den anderen kapitalistischen Staaten: Sie drang nicht nur mit Freihandelsflagge und unter dem Deckmantel antikolonialistischer Ideologien in deren einstige Kolonialreiche ein — die vietnamesische Tragödie hat hier ihren Ausgangspunkt — sondern versuchte auch in den kapitalistischen Staaten selbst, Wachstums- und Schlüsselindustrien unter Kontrolle zu bringen.

Dabei war in der Phase der absoluten Überlegenheit ein überhöhter Dollar-Kurs für die US-Wirtschaft durchaus vorteilhaft, da er die Investitionen im Ausland verbilligte. Zwar begünstigte er auch den Export und die Konkurrenz der europäischen Staaten und Japans gegenüber den USA. Deren ökonomische, politische und militärische Macht war jedoch



groß genug, um trotzdem ihren Export sichern zu können. Außerdem wuchs die ökonomische Bedeutung der Auslandsinvestitionen gegenüber dem Warenexport ständig und übertraf ihn bald bei weitem.

So groß die Erfolge der US-Konzerne gerade in Westeuropa waren, es gelang ihnen doch nicht, das europäische Kapital zu unterwerfen und zu verhindern, daß es sich ihnen gegenüber organisierte und zur Wehr setzte. Die jüngsten verstärkten Ansätze zum engeren Zusammenschluß der EWG-Staaten und zur Erweiterung der Gemeinschaft einerseits, die rapide steigende Konzentrationsbewegung in der EWG andererseits zeigen dies allzu deutlich. Der Kampf der Monopole findet in den Kämpfen der Regierungen um das internationale Währungssystem seine direkte Fortsetzung. Dabei dürfte es den europäischen Konkurrenten vor allem um die Beseitigung des Dollars als Leitwährung gehen, um die hieraus resultierenden Vorteile der US-Wirtschaft aufzuheben. Hierfür verbesserten sich die Voraussetzungen in den letzten Jahren, denn die Goldreserven der USA waren so zusammengeschrumpft, daß von einer Golddeckung des Dollars nicht mehr die Rede sein konnte; das Zahlungsbilanzdefizit erreichte höchste Werte und selbst die traditionell positive Handelsbilanz der USA wurde 1971 erstmals negativ. Dazu kam die Stagflation im amerikanischen Binnenmarkt und die schnelle Vergrößerung der Konzerne in Westeuropa. Dementsprechend verstärkte sich der Druck auf den Dollar, Nixon wurde zu den Maßnahmen gezwungen, die sonderbarerweise angeblich auch von den wirtschaftlich Eingeweihten als überraschend empfunden wurden.

Viel eher überrascht es, daß der verhängte Lohn- und Preisstop, neben der verstärkten Schutzzollpolitik — von den zungenfertigen Ideologen der freien Marktwirtschaft ansonsten als Gespenst der Zwangswirtschaft beschworen — kaum mit dem Anschein des Bedauerns hingenommen wurde. Daß die geheiligten Grundsätze für die Monopolisten, die profitieren und jubeln, nichts zählen, ist ohnehin klar.

Der Ruf nach einer staatlichen Einkommenspolitik als Mittel gegen die Anarchie der kapitalistischen Warenproduktion hat sich erheblich verstärkt. Die Tendenz gegen das „pluralistische“ Aushandeln von Lohn- und Arbeitsbedingungen — dem Lebensnerv der „freien Gewerkschaften“ — ist erneut bekräftigt worden. Wie immer die politische Einkleidung sein mag — es scheint, daß die Schwierigkeiten der Kapitalverwertung wieder einmal in eine staatlich durchgesetzte Waffe gegen die Klasse der Lohnarbeiter umschlagen.

Mit der Erklärung Nixons ist der Kampf um die künftige Gestaltung des Weltwährungssystems erst offiziell eingeläutet. Sicherlich wird das amerikanische Kapital alle seine Machtpositionen einsetzen, um neue günstige Bedingungen für sich zu erzwingen. Die noch mangelnde Koordination der Wirtschafts- und Währungspolitik der westeuropäischen Staaten wird dabei ebenso ein wesentlicher Aktivposten der USA sein, wie die erhebliche militärische, politische und ökonomische Abhängigkeit dieser Staaten von den USA.

Aber die Krise des Weltwährungssystems ist nicht in erster Linie eine Auswirkung des internationalen Konkurrenzkampfes der Monopole. Sie wurde erst möglich durch die Schwächung des Dollars aufgrund der systemimmanenten Widersprüche des Kapitalismus in den USA, in dem sich bitterste Armut großer Teile der Bevölkerung mit Verschwendung, Kapitalüberfluß mit Stagnation der industriellen Entwicklung, Bedarf und freistehende Kapazitäten mit wachsender Arbeitslosigkeit und mangelnde Nachfrage mit steigenden Preisen verbinden. Immer offensichtlicher entsprechen die Produktionsverhältnisse dem Entwicklungsstand der Produktionsmittel nicht mehr. An diesen Verhältnissen sollen und werden aber die Maßnahmen der Nixon-Administration, die ausschließlich auf die kurzfristigen Kapitalverwertungsinteressen zielen, nichts ändern. Enthielt die letztlich gescheiterte New Deal Politik Roosevelts in den 30er Jahren noch qualitativ neuartige und modernisierende Elemente, so enthalten die Maßnahmen des Großsprechers Nixon nur noch Anreize zur kurzfristigen Profitmaximierung. Konnte selbst unter Roosevelt Stagnation und Arbeitslosigkeit letztlich nur durch den Weltkrieg überwunden werden, so werden Nixons Schritte zu verstärkter Kapitalakkumulation, damit gesteigerter Aggressivität der Monopole, zur Vergrößerung der sozialen Ungleichheit und damit zum Anwachsen von Repression und faschistischem Potential in den USA führen.

Wirkt sich die inneramerikanische Krise gegenwärtig in der Weltwährungskrise aus, so verschärfen deren Erschütterungen wiederum die innenpolitische Lage Nordamerikas. Wenn Nixon wahldemagogisch ausruft: „Unsere besten Zeiten liegen noch vor uns!“, so kann man die bange Frage kaum unterdrücken: was wohl zwischen der Gegenwart und dieser goldenen Zukunft noch geschehen mag.

ANDREAS BURO

Frontbereinigung in Berlin

Am Tage nach dem Abschluß der Botschaftergespräche erschienen die westdeutschen Tageszeitungen mit verschieden nuancierten Schlagzeilen zur entworfenen Rahmenregelung für Westberlin. Die Bild-Zeitung indes verkündigte: „Lourdes, Wunderheilung besiegte Krebs. Ein Wunder, das wir nicht erklären können“. Der Hüter der Ordnung Strauß (einer, der bekanntlich nichts von der „gefühlvollen Beurteilung durch deutsche Pensionatsdamen und skandinavische Humanisten“ halten will) proklamierte, „daß für die Bewohner des anderen Teils Deutschlands nicht die Gefängnistore geöffnet werden, sondern daß nur der Besuch im Gefängnis erleichtert wird.“ Feinfühlig schickte er voraus (in „Bild am Sonntag“), daß „für Illusionen der Abbau der psychologisch-politischen Anwesenheit des Bundes in Berlin hingenommen“ werde. Und Herr zu Guttenberg fügte hinzu: „Auch wir wollen Verhandlungen

mit dem Osten . . . Wir sind aber gegen eine Ostpolitik, in der wir einen Apfel gegen einen Obstgarten eintauschen". Der Obstgarten ist die DDR, wenn man ihn schmal bemißt.

Der Elferrat der CDU/CSU läßt durch Herrn Barzel wissen, daß sich ein vernünftiger Mensch zur Sache erst äußern könne, wenn er die Einzelheiten kenne, und die wolle er vom Bundeskanzler hören. „Seinem Munde entfliehen die edelsten Worte, wundert Euch das?" Die „Welt" bedauert den „Status quo minus", denn 1.) zögen die Verhandlungen eine internationale Aufwertung der DDR nach sich, 2.) hieße das sowjetische Generalkonsulat in Westberlin, den Viermächtestatus Westberlins anzuerkennen und somit den Wolf ins Haus zu setzen, 3.) bedeute der Abbau demonstrativer Bundespräsenz den Raub der Lebensfähigkeit jener Stadt, die eine Reise wert ist. Nur als „Symbol" der „freien Welt" und „Gesamtdeutschlands" ist ihr Westberlin denkbar, als ein Pfahl im Fleische des verruchten Feindes. Doch der „Moskauer Vertrag über die deutsche und europäische Teilung" besiegele wohl das Schicksal dieser Stadt, eine „isolierte westliche Enklave" zu sein. Kein Tor mag sich öffnen, das „Überengagement" der Westmächte in Deutschland falle der „politischen Ermattungsphase in den USA" zum Opfer. Cäsar kam, sah und siegte nicht.

Die Frontbereinigung in Berlin, sonst allerorten als „vernünftiger Kompromiß" gerühmt, scheint den formellen, wenn auch dilatorischen Schlußstrich unter die Epoche des Kalten Krieges in Europa zu ziehen. Wie seit Jahrhunderten erprobt, so war auch dieses Mal der „Nachfolgestaat des Deutschen Reiches" eine zu spät gekommene Nation. Was der jetzige Sprecher der französischen Regierung, Léo Hamon, vor fünf Jahren noch feststellen mußte, scheint sich erledigt zu haben: „Einzig die Bundesrepublik hat eine von den anderen Ländern verschiedene Position, insofern sie in der Tat jeder Entspannung feindlich gesinnt ist, deren Vorbedingung nicht eine Lösung der deutschen Frage in der Richtung ist, die der BRD als einzige annehmbare dünkt" — nämlich zwei deutsche Staaten sowie die deutschen Ostgrenzen nicht anzuerkennen und illusionär oder gewalttätig anzunehmen, eines der Lager „ohne Gegenleistung zum Rückzug zu zwingen" (Kursbuch 7, 1966).

Die Politik der Regierung Brandt liquidierte den Traum des „roll back", das „Fortleben des Kalten Krieges, dessen Themen sich in einem einzigen Land verewigten, das auf diese Weise mehr und mehr von allen anderen abrückte" (Hamon). Sie hat damit eine überständige Revision westdeutscher Politik vollzogen, deren weitere Konsequenz nur die Anerkennung der DDR und die Aufnahme zweier deutscher Staaten in die UNO sein kann. Gegen diesen Schritt werden sich die überlebenden Illusionisten und Kraftmeier des „Kalten Krieges" weiterhin wehren, aber sie werden endgültig isoliert und mit dem Rücken zur Wand barzeln.

Freilich: auch zahme Hyänen leben vom Aas. Die ökonomische Lage der kapitalistischen Länder ist krisenanfällig genug, um Chancen für eine neue faschistische Be-

Nürnberger Nachrichten

wegung (die sich hierzulande auf eine Mixtur aus nationalistischer, europäisch-rassistischer und sozialer Demagogie stützen wird) zu bieten. Würden sich die faschistischen Tendenzen in den USA und in Westeuropa weiter verbreiten, dann und nur dann könnten die Deutschen eine Revision der jetzigen Politik gegenüber den osteuropäischen Staaten versuchen. Unter anderen absehbaren Umständen ist eine nennenswerte Änderung der außenpolitischen Verhältnisse in Europa nicht zu erwarten. Sie aber heißen: Hegung des Status quo, multilaterale Abkommen über Truppenreduzierung in Mitteleuropa, Rüstungskontrolle. Die Nato hat bereits ein Treffen zu diesen Themen vereinbart. Die UdSSR wird auf eine europäische Sicherheitskonferenz drängen, die den Status quo mit rechtlicher Weihe versehen und die Einflußzonen der konkurrierenden Gesellschaftssysteme absichern soll. Zumindest im nächsten Jahrzehnt sind ihnen somit auch innenpolitische größere Änderungen in Europa unerwünscht; sie werden notfalls durch militärische Interventionen erstickt.

Walter Ulbricht hat zu Beginn der 60iger Jahre einmal erklärt: „Ich bin der Meinung, daß es auch für die westdeutschen Kapitalisten im wahrsten Sinn des Wortes gesünder, bekömmlicher und in jeder Hinsicht zweckmäßiger ist, auf eine friedliche Entwicklung hinzuarbeiten und jenen Kräften aus der eigenen Klasse Einhalt zu gebieten, die in engstirniger Verblendung Katastrophenpolitik betreiben, deren Opfer nicht zuletzt die kapitalistische Klasse und ihre Herrschaft wären". Dieser Rat ist verständlich, aber keineswegs selbstverständlich. Er steht nicht nur quer zur Tradition des deutschen Imperialismus, sondern beruht darüber hinaus auf der Annahme, daß die herrschende kapitalistische Klasse (deren Untergang mit „naturwissenschaftlicher Gesetzmäßigkeit" prophezeit zu werden pflegt), angesichts ihres „objektiv notwendigen Untergangs" auf eine Politik der offenen Gewalt verzichte. Er bot die „friedliche Koexistenz" in Deutschland an, und das heißt auch hier: Respektierung der bestehenden Machtbereiche, gegenseitiges Geschäft, Hoffnung auf die Morgenröte einer fernen Zukunft, wo das eine oder andere Herrschaftssystem seine „große Lebens- und Ausstrahlungskraft" unwiderstehlich beweisen wird.

Der „Kalte Krieg" hat mit der Intervention britischer und amerikanischer Truppen in den griechischen Bürgerkrieg zu Beginn des Jahres 1945 begonnen, eine Intervention gegen antifaschistische Kräfte noch ehe der Zweite Weltkrieg zu Ende war. Die damals bestehenden Einflußzonen sind bis heute, was Europa angeht, bewahrt worden. Mit dem Problem Berlins, wo einmal die Hegemonialmächte an jeder Straßenecke um ihr Weltmachtprestige posierten, wurde der übrig gebliebene Zipfel der europäischen Front begradigt. Der Sonderfall Deutschland ist zu einer lokalen Angelegenheit geworden, soweit die Deutschen nicht die Spielregeln der europäischen Koexistenz verletzen. Solange Westeuropa sich nicht kollektiv an den imperialen Kämpfen beteiligt, mag Deutschland in der Ruhe der Provinz leben. Die europäische Stabilisierung aber wird der Position der Supermächte in Asien, Afrika und Südamerika zugute kommen. Eigentümliche Ironie: wer anders als bescheiden gewordene Nationalisten könnten sich diesen Ausgang der „deutschen Frage" wünschen?

Was die außenpolitischen Aspekte der „deutschen Frage" angeht, so kann die Linke, um die Sache abzurunden, die zwei Parolen unterstützen: Anerkennung der DDR, Rüstungskontrolle in Mitteleuropa. Beide Prozesse werden freilich mit großer Wahrscheinlichkeit ohnedies geschehen. In jedem Fall hat die Linke mit den vergleichsweise lächerlichen Fragen sodann nichts mehr zu schaffen. Sie wird auch jenen, die aus dem Anerkennungsbekenntnis die wichtigste politische Frage werden ließen, mit Lec entgegnen können: „Vorsicht, wenn Zuschauer gähnen, fletschen Sie die Zähne".

GERT SCHÄFER

●

Diskussionspapier. Ansatzpunkte sozialistischer Politik in der Bundesrepublik. Thesen der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro. Stückpreis DM 2,—, ab 10 Stück 50 % Rabatt. Bestellungen an Bücher- & Papervertrieb, 605 Offenbach 4, Postf. 591.

europäischer

Literatur Anzeiger

AN ALLEN UNIVERSITÄTEN, HOCHSCHULEN, AKADEMIEN UND INGENIEURSCHULEN DER BRD UND ÖSTERREICH

bringt in zweimonatiger Folge: Rezensionen von Neuerscheinungen und Neuauflagen des deutschsprachigen Büchermarktes. Gleichzeitig informieren wir in bibliographischer Form über sämtliche wissenschaftlichen Neuerscheinungen und Neuauflagen.

Aus dem Inhalt

Religionswissenschaften, Theologie — Prakt. Theologie
Philosophie
Psychologie
Recht, (Steuerrecht), Verwaltung
Wirtschaft, Statistik
Soziologie
Politik, Zeitgeschichte, Wehrwesen
Sprach- u. Literaturwissenschaft
Pädagogik, Hochschulen, Unterricht
Bild, Kunst, Kunstgeschichte
Musik, Theater, Film
Geschichte, Kulturgeschichte, Volkskunde
Erd- und Völkerkunde
Kartenwerke
Medizin
Naturwissenschaften
Mathematik
Technik, Verkehr
Land- und Forstwirtschaft

Preis: Jahresabonnement DM 10,— inkl. Porto (Außer EWG-Portozuschlag DM 2,—). Dafür erhalten Sie 6 Zeitungsausgaben — und auf Wunsch — kostenlos das bibliographische Verzeichnis, ebenso 6 Ausgaben in zweimonatlicher Folge. Fordern Sie Probehefte an.

VERLAG europäischer LITERATUR-ANZEIGER
8 München 90, Terhallestr. 8

Bildungsreform: Ein k.o. für die SPD

Seit die Bund-Länderkommission für Bildungsplanung im Juni 1970 ihre Arbeit aufnahm, knüpfte die SPD-FDP-Regierung alle Hoffnung, sich als Reformmotor vor allem im Bildungsbereich ausweisen zu können, an dieses gebrechliche Vehikel, mit dem die Veränderung des Schul- und Hochschulsystems in der BRD vorangetrieben werden sollte. Mit der Kommission sollten zwei Ziele zugleich erreicht werden:

— Einheitlichkeit der Bildungsreform im gesamten Bundesgebiet,
— Einleitung einer strukturellen und qualitativen Reform.

Wissenschaftsminister Leussink setzte alles daran, dieses Reformprogramm zu realisieren: die sich der Gesamtschule und der Gesamthochschule widersetzenden CDU-Kultusminister versuchte er, per Hubschrauberrundflug, zur Einigung zu bewegen, aber er mußte sich von CDU-Minister Vogel sagen lassen: 'Ein Hubschrauber-Flug macht noch keinen Kompromiß'. Er beschwor noch am 2. Juni vor dem GEW-Bundeskongreß in Kiel die vom Abgeordneten Martin, dem bildungspolitischen Sprecher der CDU, geäußerte Kooperationsbereitschaft auf der Grundlage 'rationaler und sachlicher Entscheidungen fernab jeglicher Ideologie'. Um diesen Ideologie-Verdacht abzuwehren, war Leussink selbst bereit, die Kernstücke des Bildungsplanes — Gesamtschule und Gesamthochschule — fallenzulassen zugunsten einer Kompromißformel — im vierten Entwurf des Bildungsgesamtplans — in der solche Festlegungen erst nach Abschluß von Schulversuchen getroffen werden sollten. Aber auch dieser Kriechgang führte nicht zum Ziel: Die CDU-Kultusminister zogen am 12./13. Juli aus der Bund-Länderkommission mit Eklat aus, seither regieren Ratlosigkeit und fromme Wünsche die bildungspolitische Szene.

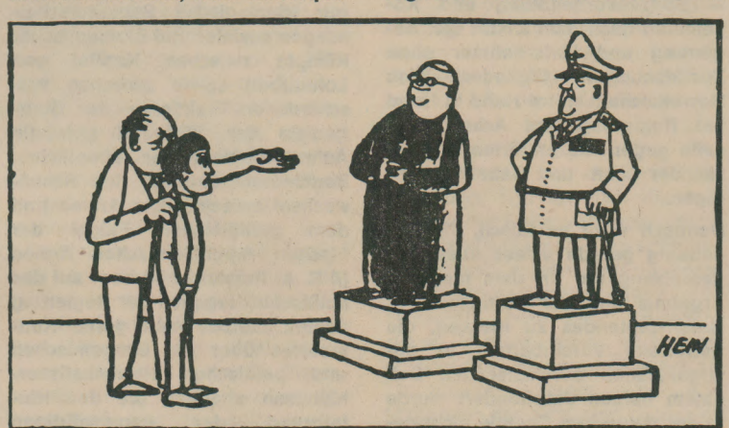
Eine vorläufige Analyse dieser Situation — die faktisch ein totales Scheitern auch der Reformansätze der Sozialdemokratischen Partei bedeuten, die bislang sich noch immer als die progressivsten darstellten, nämlich der im Bildungssektor — ergibt ein differenziertes Bild:

1) Die CDU betreibt die Obstruktion gegen die Reformpläne Leussinks und der SPD-FDP-Koalition zumindest aus zwei unterschiedlichen Motiven. Einmal möchte sie verhindern, daß es der SPD-FDP-Koalition gelingt, ein einheitliches Bildungsprogramm auf Bundesebene durchzusetzen, ganz gleich, wie im einzelnen die Programmpunkte aussehen mögen. Reformerfolge im Bildungssektor, das weiß die CDU sehr genau, könnten erheblichen Vertrauenszuwachs breiter Bevölkerungsschichten zur SPD-Regierung bedeuten. Diese Erfolge gilt es also zu verhindern.

Andererseits — und das ist das weitreichendere Motiv — beharrt die CDU deshalb so hartnäckig auf der Forderung, Gesamtschulen erst dann als schulpolitische Leitlinie zu fixieren, wenn diese in genügend Schulversuchen erprobt sind, weil sie noch immer — und zum Teil zurecht — der systemstabilisierenden Funktion dieser Schulen mißtraut. Die CDU als Sprecher und Repräsentant der Kapitalinteressen in der BRD möchte erst garantiert wissen, daß die Gesamtschule auch wirklich für die Interessen des Kapitals fungibel und effizient ist, ehe sie einem so weitreichenden Neubeginn im Schulwesen ihre Zustimmung gibt. Sie traut den Versicherungen der Mehrheit der SPD-Kulturpolitiker, daß die Gesamtschule durchaus im Interesse der Wirtschaft nach Aufholung des Modernitätsrückstandes, nach Höherqualifizierung der Ware Arbeitskraft liegen würde, nicht über den Weg, weil sie zu genau über die Unterströmung einer Einheitsschulbewegung im historischen Kontext der Revolutionspädagogik informiert ist.

2) Will die SPD — worauf vieles hindeutet — der CDU auch noch den Nachweis erbringen, daß die Befürchtungen, Gesamtschulen könnten kritische, systemsprengende Lernprozesse in Gang setzen, unberechtigt sind, um damit den Konsens auch der CDU zur Umstrukturierung des Schulwesens vom Säulen- zum Stufenaufbau zu erlangen, dann muß sie auch den letzten Rest ihres politisch- inhaltlichen Reformanspruches über Bord werfen. Denn nachweislich war nach der Preisgabe polit-ökonomischer und systemverändernder Zielsetzungen der Kultur- und Bildungssektor die einzige Enklave, in der sich eine Differenz zwischen kapitalistischer und sozialdemokratischer Politik ausmachen ließ. In dieser Enklave wurde nicht über das bestehende System und die aktuelle Politik verhandelt, sondern über die friedliche Umgestaltung der Gesellschaft durch die kommende Generation: aus der anderen Erziehung sollte das Licht entspringen — der einzige Trost für die herrschende Dunkelheit.

3) Aber auch innerhalb der SPD zeichnen sich zwei Positionen ab: Einerseits versuchen Leussink und die Bundesregierung bis hin zur totalen Preisgabe der Reformintentionen einen Vorzeigekompromiß mit den CDU-Ländern zu erzielen, von dem man jetzt schon prophezeien kann, daß er nur Knochen, aber kein Fleisch haben wird. Und dieses Skelett wird Leussink der Öffentlichkeit als unheilbar gesunde Mißgeburt präsentieren. Andererseits haben SPD-Kulturpolitiker wie v. Friedeburg (Hessen) erkannt, daß der Preis gemeinsamen Vorgehens aller Bundesländer zu hoch ist, um dafür die bescheidenen Reformansätze in den von SPD regierten Ländern zu gefährden. Er plädiert (und dem ist zuzustimmen) für eine konsequente Fortsetzung der Schul- und Hochschulreform, auch wenn diese nicht die Zustimmung der CDU-regierten Bundesländer findet. Das Prinzip des großen (faulen) Kompromisses zugunsten der Einheitlichkeit der Bildungsreform wird hier als sekundär betrachtet gegenüber dem des partiellen Fortschrittes in einem Bundesland.



‚Mein Junge, den Mediziner schlag' dir aus dem Kopf, aber es gibt schließlich auch noch akademische Berufe ohne Numerus clausus."

4) An einer so entscheidenden Frage wie der Eingliederung des beruflichen Schulwesens in das allgemeinbildende wird besonders deutlich, wie die bildungspolitischen Frontlinien verlaufen. Der Fraktionsvorsitzende der FDP im Bundestag, Mischnick, bemängelt, daß aus der ursprünglich vorgesehenen Zusammenführung nur noch eine 'Abstimmung' übriggeblieben sei. Er wirft der SPD — seinem Koalitionspartner — zu große Kompromißbereitschaft vor und kündigt an, er werde die Öffentlichkeit aufklären, wer 'ihren Kindern die Zukunft verbauen half'. Die FDP, als die exponierte, um Anschluß an den internationalen Konkurrenzkampf des Kapitals besorgte Reformpartei, weiß sehr genau, was sie vertritt: den Produktionsfaktor Bildung zu intensivieren und dieses kapital-liberale Programm auch gegen den Widerstand der hinterwäldlerisch-konfessionell beschränkten Kapitalfraktionen durchzusetzen.

5) Hildegard Hamm - Brücher, Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, hat die Grenzen der intendierten Schul- und Bildungsreform in einem Vortrag vor dem Landeskongreß des 'Arbeitskreises Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen' (Frankfurter Rundschau, 16. 6. 1971, S. 12) klar abgesteckt: Die Gesamtschule ist Schule der Demokratie — nicht Schule der Revolution, so sagte sie, — das heißt im „ideologiefreien" Klartext: die Gesamtschule soll wohl dazu beitragen, die bürgerlich-kapitalistische 'Ordnung' zur weiteren Entfaltung zu bringen, indem sie die kommende Generation auf deren Reproduktionsprinzipien freundlich einstimmt ‚sie soll aber keineswegs eine Schule sein, in der die Schüler lernen, wie man, mit welchem Wissen, mit welchen Methoden, dieses inhumane System selbst durch umwälzende politische Praxis qualitativ zu verändern vermag.

Damit ist der Kreis geschlossen. Man beschwört (Leussink, Hamm-Brücher) die Kompromißbereitschaft und die gänzlich unpolitische und lediglich systemimmanente Absicht der Schulreformpläne, man versucht sie auch den noch nicht überzeugten Kapitalfraktionen solange schmackhaft zu machen, bis auch diese zustimmen. Noch hat dieses Taktieren keinen Erfolg gehabt. Sofern aber der Nachweis zu erbringen ist, daß Gesamtschulen fungibleres Schülerpotential produzieren als das dreiklassige Schulsystem, wird — wie es dann heißen mag: wissenschaftlich erhärtet — die technokratische Gesamtschule und die Gesamthochschule zum 'modernen', 'fortschrittlichen' Instrument der Bildungspolitik stilisiert werden.

HERBERT STUBENRAUCH

■

LUI - Presse
bringt Kabarettexte, Papers, Grafikmappen u. ä. zu billigen Preisen. Informationen bei LUI-Presse c/o Rolf Holler, 609 Rüsselsheim, Niddastraße 33.

BUCHMESSE
Unsere Stände bei der Frankfurter Buchmesse vom 14. — 19. Oktober 1971 sind in der Halle 5 a Nr. 1024 und 1025.
Merve-Verlag GmbH
Verlag 2000 GmbH

Streik-Nachlese

Obwohl die Chemie-Tarifauseinandersetzung im Juni dieses Jahres erstmals seit 50 Jahren in der chemischen Industrie zu spontanen und organisierten Streiks grösseren Ausmaßes geführt hatte, konnte sich die Arbeitgeberseite voll durchsetzen, noch ehe ein Höhepunkt erreicht und die gesamte Streikbereitschaft voll ausgeschöpft wurde. So liegt das von der Gewerkschaftsführung akzeptierte Abkommen mit durchschnittlich 6,5 % Lohn- und Gehaltserhöhungen je Monat bei einjähriger Laufzeit auf der Höhe des Unternehmerangebotes von Anfang an und sogar unter den von Schiller für 1971 ausgegebenen Orientierungsdaten (7 – 8 %).

Verlauf und Ergebnis der Tarifauseinandersetzung in der Chemieindustrie bestätigen einmal mehr die strikte Loyalität der Gewerkschaftsspitze gegenüber der Bundesregierung durch die Einhaltung der Lohnleitlinien (womit die immer wieder beschworene Tarifautonomie de facto aufgehoben wird). Zwar ließen die Gewerkschaftsbeamten in der Vorbereitung und während der Tarifrunde harte Töne anklingen, aber eine ernsthafte offensive Auseinandersetzung wird erst gar nicht ins Auge gefaßt, geschweige denn vorbereitet. Wenn dies auch nicht unbesehen für alle hauptamtlichen Funktionäre zutrifft, so doch für deren Mehrheit und insbesondere für die Gewerkschaftsspitzen.

So wurden die in der letzten Ausgabe von „links" beschriebenen Kampfmaßnahmen und neuen Aktionsformen in der Chemie-Auseinandersetzung in der Regel gegen die Absichten des Hauptvorstandes praktiziert. Dadurch konnte von der Basis her nur sehr langwierig und unter Widerständen die notwendige Ausweitung der punktuellen, flexiblen Streikaktionen hin zu einem allgemeinen unbefristeten Streik in der gesamten Branche in Gang gesetzt werden, und ehe dies zu verwirklichen war, konnte der Hauptvorstand im Wege der Bundesschlichtung bereits vollkommene Tatsachen schaffen, die bei den engagierten Kollegen zwar Proteste und Resignation hervorriefen, aber in dieser Runde nicht mehr rückgängig zu machen waren.

Der Absicht des Hauptvorstandes (in Übereinstimmung mit der Bundesregierung), die Ausweitung und Steigerung der Auseinandersetzung zu verhindern, kamen die Streikvorbereitungen der Unternehmer entgegen. Der Arbeitgeberverband hatte, eingedenk der Septemberstreiks, bereits im vergangenen Jahr umfangreiche Streikabwehrmaßnahmen entwickelt und in der Auseinandersetzung '71 nun zum Teil auch einsetzen können. In der gegebenen Situation hätten die gegenseitigen Hilfeabkommen der Unternehmer nur wirksam unterlaufen werden können bei intensiver Streikvorbereitung durch die Gewerkschaften und totaler Streikbereitschaft aller Betriebe. Hier jedoch erwiesen sich die Großbetriebe als Bremsklotz und Streikbrecher. Trotz der kämpferischen Auseinandersetzung insbesondere in den Mittelbetrieben hatten die Betriebsräte der Großbetriebe im Sinne ihrer langjährigen vom Hauptvorstand geförderten konfliktschlichtenden „sozialpartnerschaftlichen" Betriebspolitik keine Streikbereitschaft vorzuweisen. So schließt sich dann der Kreis: Orientierungsdaten der Regierung — Regierungsloyalität der Gewerkschaften — keine oder nur ungenügende Vorbereitung seitens der gewerkschaftlichen Organisation — Auffangen der Kämpfe an der Basis und Spaltung der Aktionen — absolute Solidarität der Unternehmer — Spitzenverhandlung und Abkommen nach dem Diktat von Regierung und Unternehmer ohne Zustimmung der Mitglieder, — also Gewerkschaftsspitze Hand in Hand mit Regierung und Arbeitgeberseite gegen die erklärten Interessen der Lohn- und Gehaltsabhängigen.

Dennoch wäre es falsch, die Bedeutung gerade dieser Auseinandersetzung nur an dem mageren Ergebnis und der Fähigkeit des Hauptvorstandes zu messen, die getroffene Vereinbarung in der Organisation durchzusetzen. Seit einem halben Jahrhundert wurde in der deutschen Chemie nicht gestreikt. Erstmals haben 150 000 Chemiearbeiter gekämpft, vielfältige Methoden des Kampfes entwickelt und haben 600 000 direkt betroffene Arbeiter und Angestellte der Chemieindustrie neue Erfahrungen mit der gewerkschaftlichen Organisation und den Reaktionen der Unternehmer gemacht. Wie die spontanen Septemberstreiks proletarisches Selbstbewußtsein und Kampfbereitschaft bei den Metallarbeitern neu zu Tage förderten, so hat mit der jüngsten Tarifrunde nun auch in der chemischen Industrie eine neue, durchaus klassenkämpferische Auseinandersetzung begonnen, die angesichts der verschärften Ausbeutung und Unterdrückung in den Betrieben und neuer emanzipatorischer Ansprüche einer wachsenden Zahl der Arbeiter und Angestellten nicht bei Lohnstreiks stehenbleiben wird. So zeigt denn auch ein Vergleich der Anträge zum anstehenden Gewerkschaftstag der IG Metall mit den Anträgen von 1968 deutlich, wie die Erfahrungen der Septemberstreiks verarbeitet wurden und nun erste Versuche unternommen werden, um die gesamte Gewerkschaftspolitik wegzubringen von Ordnungsfunktion und hin zu Kampfinstrumenten für die Interessen der Arbeiterklasse.

HEINZ HAUSER

Stadtguerillas in Nord-Irland

Die Anwendung der Notstandsgesetze in Irland, deren gesetzliche Verankerung 1922 den Sieg der herrschenden Schicht der irischen Bourgeoisie über die nationalrevolutionären Kämpfe befestigte, und die seitdem im Norden als Mechanismus zur Unterdrückung jeder politischen Opposition gegen das herrschende Stormont-Regime gewirkt haben, markiert den Höhepunkt einer Auseinandersetzung, deren objektive Grundlage immer wieder in religiösen Konflikten zwischen einem katholischen und einem protestantischen Bevölkerungsteil gesehen wird. In Wirklichkeit stellen diese religiösen Überlagerungen der Auseinandersetzung nur ideologische Begleiterscheinungen sozialer und ökonomischer Kämpfe zwischen Kapital und Lohnarbeit sowie zwischen verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie dar. Während sich die Aufmerksamkeit der öffentlichen Berichterstattung auf den Schußwechsel zwischen der Armee und dem militärischen Flügel der irischen republikanischen Armee (I. R. A. Provisionals) bzw. auf das politische Vorgehen der Regierung richtet, möchte man gerne Konkreteres über die ökonomischen und politischen Herrschaftsverhältnisse erfahren, die den Hintergrund der gegenwärtigen Kämpfe darstellen. Eine objektive Klassenanalyse wird jedoch von keiner der linken Gruppen in Irland oder Großbritannien geleistet, deren überwiegend trotzkistischer Teil (mit der für sie typischen Verachtung jeder konkreten Analyse) die I. R. A. schlicht als Avantgarde einer massenhaften anti-imperialistischen Bewegung, als historischen Erben der Dubliner Arbeiteraufstände und der daraus hervorgegangenen irischen Bürgerarmee ansieht.

Die irische Bürgerarmee

Markstein in der Geschichte der irischen Arbeiterbewegung waren die Dubliner Straßenkämpfe von 1913, die zur Gründung der irischen Bürgerarmee unter Connolly führten, einem der wenigen irischen Marxisten und Führer der irischen Transportarbeitergewerkschaft. Katholische und protestantische Arbeiter kämpften gemeinsam in der irischen Transportarbeitergewerkschaft gegen den britischen Imperialismus und die ihm ökonomisch und politisch verbundenen Schichten der irischen Bourgeoisie. Die irische Bourgeoisie verbot daraufhin die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft. Der Generalstreik von mehr als 30 000 Arbeitern als Protest gegen diese „Beschäftigungsbedingung" wurde von Polizei und Militär niedergeschlagen, die Führer hingerichtet. Mit den Osteraufständen von 1916 und der fünf Jahre später erfolgten Teilung Irlands fand der Kampf gegen die imperialistische Ausbeutung, getragen von der gesamten Arbeiterklasse, sein vorläufiges Ende.

Die Teilung Irlands

Die ungleichmäßige Entwicklung des irischen Kapitalismus bildet die objektive Grundlage für die Teilung des Landes, die 1921 zwischen den herrschenden Schichten des Nordens und des Südens vereinbart wurde. Der agrarkapitalistische Süden und seine relativ unentwickelten Mittelschichten mußten ihr einheimisches Kapital durch protektionistische Maßnahmen gegen die Konkurrenz des englischen Kapitals verteidigen, während das englische und schottische Industriekapital, das sich im Norden angesiedelt hatte, zur Schaffung besserer Verwertungsbedingungen freien Zugang zum imperialistischen Markt benötigte und deshalb in enger politischer und ökonomischer Beziehung zum englischen Kapital stand. Diese auf einer bestimmten historischen Entwicklungsstufe entgegengesetzten Interessen verschiedener Fraktionen des Kapitals fanden im bürgerlichen Nationalismus des Südens und im Unionismus des Nordens ihren politischen Ausdruck. Religiöse Differenzen stellten nicht die Wurzel der Interessengegensätze dar, sondern waren ideologische Begleiterscheinung verschiedener ökonomischer Entwicklungsstufen. (Katholizismus + Feudalismus, Protestantismus des 17. + 18. Jhd. + Bourgeoisie). Der Ulsterunionismus, dessen Klassenbasis das große Industriekapital im Norden ist, versagte jedoch darin, die seinen ökonomischen Interessen adäquate politische Herrschaftsform zu entwickeln und zur dominierenden Kraft zu werden. Die kleinbürgerlichen, agrarkapitalistischen Schichten des Südens entwickelten deshalb ihre eigene politische und soziale Bewegung, deren bürgerlich anti-imperialistische Ausrichtung den Interessengegensatz zwischen großer und kleiner Bourgeoisie begründete und zur Spaltung der Nation wie zur Spaltung der Arbeiterklasse führte.

Die beschleunigte Industrialisierung des Südens wie die Verschärfung der ökonomischen Krisenerscheinungen, die sich seit den 50er Jahren in anhaltender Stagnation und hoher Arbeitslosigkeit äußern, deuten jedoch eine grundsätzliche Änderung in der Interessenlage der herrschenden Schichten des Südens an. Für die Bourgeoisie des Südens wird es mehr und mehr zur Überlebensfrage, sich einen freien Zugang zum kapitalistischen Weltmarkt zu verschaffen und die Barrieren zwischen Nord- und Südirland abzubauen. Die Teilung Irlands hat vom Standpunkt der

irischen Bourgeoisie des Südens keine objektive ökonomische Grundlage mehr. Damit sind die Voraussetzungen für eine Wiedervereinigung Irlands auf bürgerlicher Ebene geschaffen.

Die Kritik der südirischen Regierung an dem politischen Vorgehen Faulkners, ihre Unterstützung der „Kampagne für zivilen Widerstand" sowie die Gespräche über die Bildung einer Federation müssen im Lichte der spezifischen südirischen Interessen gesehen werden, die auf eine Reintegration Irlands auf kapitalistischer Basis drängen. Die „Demokratisierung" des politischen Überbaus im Norden und der Abzug militärischer unnd finanzieller Unterstützung Englands für die Stormont Regierung würde jedoch das Ende des „Unionismus" und seiner faschistischen Regierungsmethoden bedeuten, die jedem Prinzip „englischer Demokratie" Hohn sprechen. Im gleichen Maße, in dem sich die Verbitterung der katholischen Gettobewohner in Straßenkämpfen und Terrormaßnahmen äußert, schwillt der Haß der protestantischen Rechtsextremisten, den „Paisleyianern", den Unionisten alten Stils, die für die uneingeschränkte Vorherrschaft der Protestanten kämpfen und der katholischen Minderheit durch legale Maßnahmen wie Pogrome die Bürgerrechte verweigern. Bezeichnete Wilson den „Paisleyism" noch als „faschistisch", so scheint diese Form der politischen Herrschaft für die konservative Tory-Regierung bereits akzeptabel. Da sie das selbst gezüchtete Monstrum nicht auf friedlichem Wege beseitigen können, unterstützen sie es, obwohl das Interesse Englands an der finanziellen und militärischen Unterstützung Nord-Irlands mit der Schwächung der eigenen ökonomischen und politischen Position immer geringer wird.

I. R. A. und Klassenkampf

Wurde der anti-imperialistische Kampf von 1913 bis 1916 noch von der gesamten Arbeiterklasse unter Mitwirkung kleinbürgerlicher nationalistischer Elemente getragen und bezogen die Beteiligten eine eindeutig klassenkämpferische Position gegenüber dem einheimischen Kapital, so scheint die Basis für einen gemeinsamen Kampf der katholischen und protestantischen Arbeiterklasse im Laufe der letzten 50 Jahre allmählich aufgeweicht und sozialistische Forderungen zum Vehikel bürgerlich-nationalistischer Ambitionen geworden zu sein. Strategie und Taktik der I. R. A. lassen Zweifel an dem Inhalt ihrer immer wieder verbal betonten Verpflichtung zum Sozialismus aufkommen. Primäres politisches Ziel ist der Sturz des Stormont-Regimes und die Wiedervereinigung Nord- und Südirlands. Der offizielle Flügel der I. R. A., der eine Änderung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse durch politische Reformen und eine Teilnahme an sozialen Kämpfen anstrebt, ohne jedoch bisher einen bemerkenswerten Beitrag dazu geleistet zu haben, sieht sich mit den Guerrilla-Aktionen seines militärischen Flügels (I.R.A. Provisionals) konfrontiert, der seine Basis vor allem in den katholischen Gettos des Nordens hat. Die Terrorakte der 'Provisionals', die auch protestantische Arbeiterviertel betreffen, müssen notwendig jeden Versuch, eine gemeinsame Klassenkampfbasis für Katholiken und Protestanten zu schaffen, untergraben.
Die sozialistische Gruppe um „people's democracy", die 1968 von Studenten, Bürgerrechtlern und Anarchisten gegründet wurde, lehnt deshalb jede Anwendung von Gewalt in der gegenwärtigen Situation ab, da sie notwendig die Barrieren zwischen katholischer und protestantischer Arbeiterklasse vertiefen muß.
Taktik und Strategie linker Gruppen sollten deshalb daran gemessen werden, ob sie dazu beitragen, die durch eine spezifische politisch-ökonomische Entwicklung und spezifische Herrschaftsmethoden des Kapitals entstandene Spaltung der Arbeiterklasse zu überwinden. Im Augenblick füllen die Guerrilla-Aktionen der I. R. A. nur das absolute politische Vakuum, das durch das Fehlen jeder adäquaten Analyse wie politischen Organisation und Strategie auf der Linken entstanden ist.

MIKE WALSH / EVA BRUMLOP

Der Marsch ins Getto.
Thesen zur DKP und zur Linkssektiererei in der BRD. LZ - Redaktionskollektiv (Zeitung für Lehrlinge und Jungarbeiter, Hamburg). Einzelpreis 50 Pfennig. Bezug: Spartakus, 2 Hamburg 13, Postfach 117.

ich
rechne
mit der BfG*)

*) BfG
Bank für Gemeinwirtschaft
Wenn ich Geld anlegen will. Oder wenn ich Geld brauche.

TRIKONT

NEUERE BEITRÄGE ZUR IMPERIALISMUSTHEORIE

SAMIR AMIN / CHRISTIAN PALLOIX

Der internationale Handel und die internationalen Kapitalbewegungen / Ungleicher Austausch und internationale Arbeitsteilung/Die Imperialismusfrage bei Lenin und Rosa Luxemburg/ Imperialismus und Monopolphase / Imperialismus und Klassenkampf.
NEUERSCHEINUNG HERBST 1971 ca. 100 Seiten ca. DM 6,80

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 23

MASSENLINIE UND REVOLUTIONÄRE PARTEI

CHARLES BETTELHEIM

Zum Verhältnis von Avantgardeorganisation und revolutionärem Subjekt/Massenlinie und wissenschaftlicher Sozialismus/ Die dritte Etappe des Marxismus: Historischer und dialektischer Materialismus bei Mao Tsetung
NEUERSCHEINUNG HERBST 1971 ca. 100 Seiten ca. DM 5,80

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 25

GEWERKSCHAFT UND ARBEITERKLASSE

VIKTOR AGARTZ

Die ideologischen und soziologischen Wandlungen in der westdeutschen Arbeiterbewegung

Koalition statt Klassenpolitik / Die Sterilisierung durch Neutralität / Die Integration der Gewerkschaften in das kapitalistische System / Sozialer Kapitalismus und Mitbestimmung / Der politische Streik / Die EWG / Expansive Lohnpolitik
ca. 100 S. ca. DM 6,-

TRIKONT-VERLAG · 8 München 80, Josefsburgstr. 16

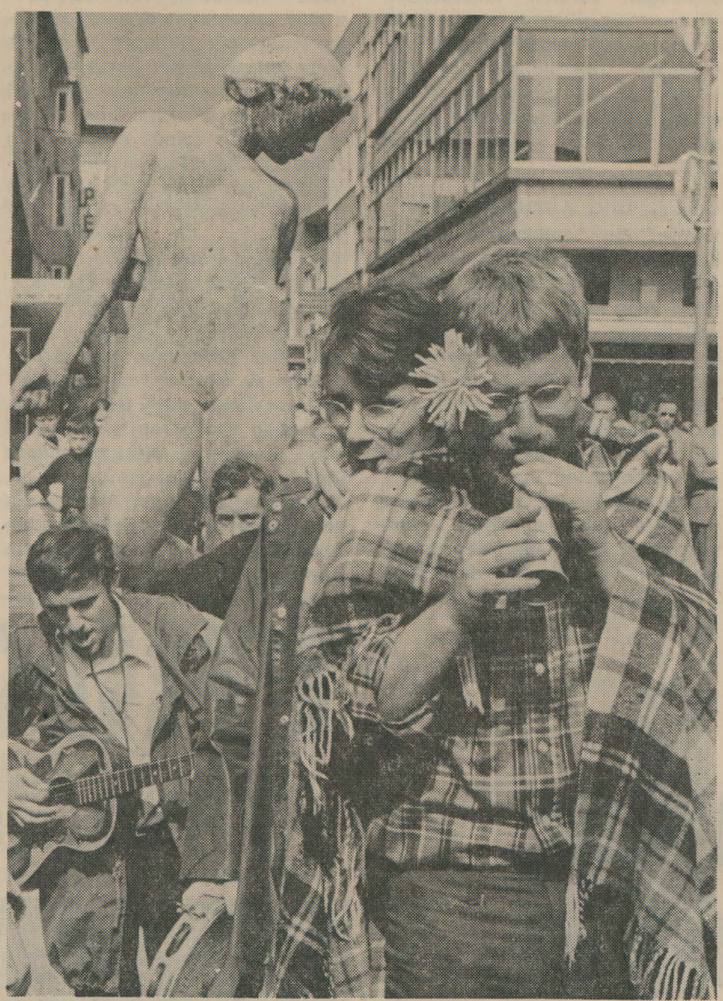
Antikapitalismus und Subkultur

Arno Klönne

Das Verhältnis jenes Teils der jungen Linken, der sich theoretisch-politisch zu artikulieren versteht, zum Phänomen vorwiegend jugendlicher Subkulturen hat sich in den letzten zwei Jahren gerade in Westdeutschland auf nahezu extreme Weise verändert. In demselben Maße, in dem die linke Studenten- und Jugendbewegung sich – um es in den Begriffen ihres Selbstverständnisses zu benennen – von der „antiautoritären, außerparlamentarischen Neuen Linken" zum „organisatorischen Ansatz einer proletarischen Partei" entwickelte, wandelte sich die Einschätzung der gesellschaftlichen Funktion auch jener Subkulturen, die – wie auch immer im einzelnen variiert – antikapitalistische Impulse und Gegenbilder zum Herrschaftsstaat kapitalistischer Prägung durchaus mit den Verfechtern neoleninistischer Organisationsmodelle des Klassenkampfes teilen. (Unter „linken Subkulturen" sollen hier die Versuche verstanden sein, sich in den eigenen Lebensformen – etwa Wohngemeinschaften, Sozialisationsgruppen usw. – von den kapitalistischen Normen zu entfernen.)

Während im Höhepunkt der Anti-Notstands-, Anti-Springer- und Vietnam-Kampagnen jugendliche Subkulturen der Neuen Linken noch als Symptome einer weitreichenden „neuen Sensibilität" galten, also als – gewiß nicht unproblematischer, dennoch potentiell revolutionärer – Ausdruck der emotionalen Abwendung von den Verhaltensnormen des herrschenden Kapitalismus, überwiegt inzwischen in den organisierten sozialistischen und kommunistischen Jugend- und Studentengruppen der Bundesrepublik die Meinung, solche jugendlichen Subkulturen seien nichts weiter als zurückgebliebene Abfälle der antiautoritären Phase einer neuen sozialistischen Bewegung, eine Art „anarchistischer Sumpf", geprägt durch die Unfähigkeit, sich aus „kleinbürgerlichen" Denk- und Verhaltensformen zu lösen.

Bemerkenswert ist dabei die Rigorosität, mit der zur Zeit in den politisch tonangebenden Gruppen der sich selbst als „nicht-revisionistisch" und „revolutionär" verstehenden westberliner und westdeutschen Linken die Diskussion über eine möglicherweise positivere gesellschaftstheoretische Bestimmung der Wirkungen antikapitalistischer jugendlicher Subkulturen abgeschnitten wird.



„Schöner leben"? dpa

Linke Jugendbewegung und kapitalistische Krise

An dieser Stelle sei ein autobiographischer Exkurs gestattet. Der Verfasser ist in den ersten Jahren nach 1945 in ein spezifisches Milieu der Sozialisation geraten, das Merkmale einer antikapitalistischen, antifaschistischen und zugleich hedonistischen jugendlichen Subkultur aufwies. Gemeint ist das Milieu von dj. 1. 11. Es handelte sich hier um den Ausläufer einer Linksabspaltung von der bürgerlichen Jugendbewegung der dreißiger Jahre. Wie schon einmal in den Jahren des Versuchs einer sozialistischen Revolution in Deutschland nach Ende des Ersten Weltkrieges (damals mit dem Einschwenken eines Teils der Freideutschen Jugend in die linkssozialistische und kommunistische Jugendbewegung), so ging auch in der Zeit der Weltwirtschaftskrise und damit der Zuspitzung der inneren Widersprüche des Kapitalismus eine Strömung der bürgerlich-bündischen Jugendbewegung in das Lager der antifaschistischen und antikapitalistischen Linken hinüber. Unter Beibehaltung spezifisch subkultureller Verhaltensorientierungen und Gruppenstrukturen veränderte dieser nach links abgespaltene Teil der bürgerlichen Jugendbewegung seine soziale Rekrutierungsbasis hin zur Arbeiterjugend. Die Kombination solcher Eigenschaften einer hedonistischen, auf subkulturelle Realisierung von Glücksmöglichkeiten, die die herrschende Gesellschaft verweigert, gerichteten Jugendbewegung mit antifaschistischen und an der Tradition und Gegenwart der internationalen Arbeiterbewegung orientierten politischen Tendenzen ließ hier ein Gegenmilieu entstehen, das sich nach allen empirischen Befunden zur Zeit der faschistischen Herrschaft in Deutschland als außerordentlich widerstandsfähig erwies.

Nun soll das historische Gegenmilieu linker illegaler Jugendbewegung nicht auf falsche Weise idealisiert werden; die ohne Zweifel vorhandene Ambivalenz auch dieser Ausformung linker Jugendbewegung wird schon daran deutlich ,daß sie im wesentlichen das Ende des Faschismus in Deutschland nur um einige Jahre noch überlebte. Die ökonomische und politische Restabilisierung des Kapitalismus in Westdeutschland nach 1948 und die dabei entwikkelte neue Methodik der Verinnerlichung kapitalistischer Wertorientierungen waren durchaus imstande, gegenläufigen Subkulturen den Boden zu entziehen – ein historisches Schicksal, das diese linke Jugendbewegung freilich mit gesellschaftlich weitaus mächtigeren Bewegungen teilt, nämlich den Subkulturen sowohl des (in den Kapitalismus bis dahin nie wirklich integrierten) populistischen deutschen Katholizismus wie auch, trotz aller gegenwärtigen künstlichen Wiederbelebungsversuche, der **traditionellen** Arbeiterbewegung . . .

Der Verfasser hat in den fünfziger Jahren den Zusammenbruch jener vorhin kurz beschriebenen historischen linken Jugendbewegung wie auch gleichzeitig den Verfall der historischen Arbeiterbewegung gleichermaßen – man entschuldige das pathetische Wort – schmerzhaft miterlebt. Er ist in seiner weiteren politischen Arbeit dann davon ausgegangen, daß es bei der notwendigen Rekonstruktion einer antikapitalistischen, sozialistischen Bewegung in der Bundesrepublik darauf ankäme, Erfahrungen solcher Vorläufer-Bewegungen „aufzuheben" – dies in einem doppelten Sinne: einerseits im Sinne einer Aufarbeitung der historischen und politisch-ökonomischen Zusammenhänge des Scheiterns dieser Bewegungen, andererseits im Sinne der Anknüpfung an gedankliche und personelle Traditionslinien.

Die „antiautoritäre" Phase

Die Entwicklung einer fundamentaloppositionellen Jugend- und Studentenbewegung ab etwa 1967, die sowohl die Komponente subkultureller Ausdrucksformen antikapitalistischer Tendenzen als auch die Komponente der Wiederaufnahme gesellschaftstheoretischer Ansätze der historischen Arbeiterbewegung enthielt und zunächst miteinander verband, schien solchen Absichten eine Chance zu geben. Allzu schnell allerdings zerbrach diese „Einheit im Widerspruch". Statt den hier notwendigerweise auftretenden Widerspruch zunächst durchzuhalten und aus der Tradition der Ar-

beiterbewegung und der marxistischen Theorie als historischer Opposition zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft einerseits, aus subkulturellen Antizipationen nicht-kapitalistischer Gesellschaft andererseits neue praktische und theoretische Ansätze zu entwikkeln, lösten die ideologisch führenden Gruppen der linken Studenten- und Jugendbewegung diese zwei Seiten desselben realen gesellschaftlichen Widerspruchs voneinander ab, um zunächst jede Möglichkeit der Anknüpfung an die „alte Linke" und ihr theoretisches und praktisches Potential zu verwerfen, sodann die antiautoritär-„subkulturelle" Ausdrucksform gesellschaftlicher Opposition als kleinbürgerliche Kinderkrankheit des eigenen Entwicklungsprozesses pauschal abzuqualifizieren und schließlich sich in rigider Weise auf ganz spezifische, vom historischen Zusammenhang getrennte Organisations- und Ideologieformen der traditionellen Arbeiterbewegung zu fixieren. Der Verfasser erinnert sich an eine zentrale Delegiertenkonferenz des SDS in dessen „antiautoritärer" Phase: Sein Versuch, dort in einem Diskussionsbeitrag bestimmte fragwürdige Parallelen zwischen der Neuen Linken und der klassischen Jugendbewegung aufzuzeigen und auf die Möglichkeit hinzuweisen, sich durch kritische historische Reflexion dieser Problematik vor einem negativen Wiederholungszwang zu schützen, ging im lauten Mißfallen der Majorität der Delegierten unter. Das geschah zu einem Zeitpunkt, als Apologeten der herrschenden Gesellschaftsordnung (wie etwa E. K. Scheuch) noch nicht auf den Gedanken gekommen waren, solche Parallelen vorzuführen, um damit die Neue Linke insgesamt als rückwärtsgerichtete Sozialromantik abzutun. Inzwischen ist es unter sozialistischen und kommunistischen Gruppen üblich geworden, die eigene jüngste Vergangenheit und zugleich die noch bestehenden Ansätze linker Subkulturen ohne weitere Differenzierung als kleinbürgerlichen Utopismus zu denunzieren, und der Verfasser sieht sich in der eigentümlichen Lage, die produktiven Elemente der subkulturell-antiautoritären Strömung gegen Ankläger verteidigen zu müssen, die vor kurzem noch als Protagonisten der antiautoritären Neuen Linken ihn selbst als unverbesserlichen marxistischen Traditionalisten „entlarvten". . .

Hektik und Hysterie, die in diesem Punkt offensichtlich das Argumentationsverhalten vieler linker Gruppen kennzeichnen, sind ein Hinweis darauf, daß das Verhältnis zum Problem der Subkultur für die Linke in unserer Gesellschaft eine untergründige Brisanz hat. Im folgenden soll versucht werden, diesen Zusammenhang wenigstens an einigen Stellen ans Licht zu holen.

Klassenanalytische Kategorien

Das inzwischen in der westberliner und westdeutschen Linken dominierende Interpretationsschema für das Phänomen linker, zumeist jugendlicher subkultureller Phänomene geht von klassenanalytischen Kategorien aus und läßt sich, etwas abgekürzt, folgendermaßen skizzieren: Die subkulturelle Reaktion auf die Versagungen, die die kapitalistische Gesellschaft mit sich bringt, ist eine typische Verhaltensweise kritisch gewordener Mittelschichtenangehöriger. Diese Mittelschichten, insbesondere das überkommene Bildungsbürgertum, verlieren ihre gesellschaftliche Funktion angesichts der ökonomischen Polarisierung der Gesellschaft in eine immer kleiner werdende Klasse von Eigentums- und Verfügungsgewaltigen über Produktionsmittel (Bourgeoisie) einerseits, in eine immer mehr anwachsende Klasse von Lohnarbeitern (Proletariat) andererseits. Jugendlich-intellektuelle Teile der historisch zerfallenden Mittelschichten reagieren auf den angedeuteten gesellschaftlichen Funktionsverlust, indem sie sich vom Kapitalismus abwenden, dies aber so, daß sie die Einordnung in die „Organisation des Proletariats" nicht vollziehen können oder wollen, sondern abseits der realen gesellschaftlichen Kämpfe „subkulturelle", utopisch-sozialistische „Provinzen" konstruieren. Diese Interpretation lehnt sich theoretisch an die Kritik des kleinbürgerlichen Sozialismus an, wie sie in der Entstehungsphase des Marxismus formuliert wurde. Richtig scheint mir an diesem Erklärungsversuch, daß die sozioökonomische Ausgangsposition gegenwärtiger linker subkultureller Gruppen (die sich in der Tat zunächst vorwiegend aus den Mittelschichten und speziell dem Bildungsbürgertum rekrutierten) nicht ohne Einfluß auf ihre gesellschaftlichen Alternativvorstellungen bleibt. Ohne Zweifel sind auch in den linken Subkulturen spezifische Verhaltenstraditionen wirksam, die auf einen mehr oder weniger subtilen Versuch hinauslaufen, nun wenigstens im Feld der Subkultur den überkommenen relativen Statusvorsprung jetzt absinkender Schichten zu retten. Damit einher geht eine Neigung zu bürgerlichem, hier nur links aufgemachtem Kulturpessimismus bzw. eine linksidealistisch aufgemachte Abneigung gegen die – unterhalb der Bourgeoisie – egalisierenden Folgen industriegesellschaftlicher Entwicklung. Solche Orientierungen lassen sich unschwer aus dem sozio-ökonomischen Zusammenhang erklären, nämlich als Reaktionen einer Schicht, die ihren eigenen Untergang für das Ende der Geschichte hält. Dennoch wäre es meines Erachtens höchst problematisch, wollte man sich mit dem Nachweis und der Erklärung dieser Komponenten in den linken jugendlichen Subkulturen begnügen.

Zu denken geben sollte zunächst der Umstand, daß – wenn nicht alles täuscht – linke jugendliche Subkulturen inzwischen in keineswegs geringerem Umfange als die studentischen Ansätze „proletarischer Parteien" auch junge Leute aus dem Milieu der Industriearbeiterschaft für sich gewinnen. Zu denken geben sollte ferner die Tatsache, daß jugendliche Subkulturen, die ihrer Verhaltendisposition nach nicht links stehen („Rocker"), sondern eher für faschistische Einstellungen anfällig sind, sich auch immer wieder aus der Industriearbeiterschaft rekrutieren. Ohne die Erklärungszusammenhänge dafür hier darstellen zu können, sei immerhin soviel gesagt: Die simple Gleichsetzung einer im klassischen Sinne proletarischen oder nicht-proletarischen sozio-ökonomischen Lage mit gesellschaftlich progressiven oder reaktionären Neigungen hat mit der Realität nichts zu tun.

Hinzu kommt, daß eine bestimmte Version der Klassenanalyse, die dem vorhin skizzierten Interpretationsschema über Subkulturen teilweise zugrunde liegt, zunehmend fragwürdiger wird. Diese Version unterstellt nämlich, daß der Zerfall der besonderen sozio-ökonomischen Position der Mittelschichten zur Ausweitung des Proletariats im Sinne der klassischen Industriearbeiterschaft führen müsse. Eben diese in politische Strategien umgesetzte Annahme stimmt mit den realen Entwicklungstrends der hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften keineswegs überein. So sicher es ist, daß die Klasse der abhängig Arbeitenden, also der Lohn- und Gehaltsabhängigen, immer eindeutiger zur übergroßen Majorität der Bevölkerung wird, so sicher ist es auch andererseits, daß sich innerhalb dieser Klasse das Verhältnis von produzierenden zu kommerziellen und dienstleistenden Arbeitern (oder Angestellten) immer mehr zugunsten der letzteren verschiebt. Dem entspricht auch die Fortentwicklung der inneren Mechanismen kapitalistischer Herrschaftsausübung: In immer größerem Umfange sind die privaten Konzerne darauf angewiesen, zur Sicherung der Bedingungen der Kapitalverwertung den Staat und seine regulierenden und intervenierenden Funktionen in Dienst zu nehmen; eben dies aber bedeutet auch wiederum Ausweitung jener Teile der Lohn- und Gehaltsabhängigen, die nicht der klassischen Industriearbeiterschaft zuzurechnen sind.

Sicherung der Kapitalverwertung setzt ferner mehr und mehr die Existenz einer zunehmend größeren Gruppe solcher Lohn- und Gehaltsabhängigen voraus, die über wissenschaftliche Teilqualifikationen verfügen. Auch damit verfällt nicht nur die privilegierte Position der traditionellen, zahlenmäßig klein gehaltenen Intelligenz, sondern zugleich verändert sich

Neu bei

★spartakus

Zur Geschichte der KPdSU (B)

Jakob Moneta: Kommentar zur „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang."

Ernest Mandel: Dreißig Fragen und Antworten zur neuen „Geschichte der KPdSU (B)."

Die Verwendung des „Kurzen Lehrgangs" als Schulungslektüre rechtfertigt politisch die Herausgabe der beiden Texte von Mandel und Moneta. Neben der Entlarvung von Fälschungen und Legenden wird in Ansätzen versucht, eine wirkliche Geschichte der Hauptgedanken der Theorie des Bolschewismus in großen Zügen zu liefern. 180 S. **Preis:** 6,50 DM

Proletarische Erwachsenenbildung

Die Bestrebungen der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung zur systematischen sozialistischen Bildung und Erziehung erwachsener Werktätiger. (1918 – 1923).
Dissertation von Artur Meier, Berlin, Humboldt-Universität, 1964.

A. Meier untersucht Theorie und Praxis der sozialistischen Erwachsenenbildung vor und nach der Novemberrevolution unter besonderer Berücksichtigung des Einflusses des Leninismus. Anhand von Dokumenten wird **die Entwicklung zu einer revolutionären Bildung erwachsener Werktätiger innerhalb des Spartakus-Bundes und später in der KPD geschildert.** Rechte und „linke" Abweichungen werden kritisiert. Ca. 300 S. **Preis:** ca. 10,– DM.

Versand nur per Nachnahme oder Vorausrechnung.

Ab 10 Exempl. pro Titel 10 % Rabatt.

Weitere große Auswahl an Texten. **Buchliste anfordern!**

Die angebotenen Texte sind auch in den Läden des linken Buchhandels erhältlich.

★spartakus

Verlag, Vertrieb und Versand
2 Hamburg 13, Postfach 117
Telefon 04 11 / 41 74 84

die interne Struktur der Klasse der Lohn- und Gehaltsabhängigen.

Nicht unwichtig ist schließlich, daß die Arbeitsbedingungen der Industriearbeiterschaft sich teilweise in einer Richtung verändert haben und weiter verändern, die eine unvermittelte, aus dem Arbeitszusammenhang heraus sich entfaltende Motivation zur solidarischen Organisation nicht mehr ohne weiteres wahrscheinlich macht – es sei denn, eine auf die gesellschaftliche Totalität bezogene Perspektive würde solche Motivationen neu fundieren.

Produktion und kulturelle Normen

Die hier nur kurz angedeuteten politisch-ökonomischen Entwicklungen innerhalb des kapitalistischen Systems geben alle Veranlassung, auch den Stellenwert subkultureller Phänomene innerhalb einer auf Veränderung der Gesellschaft zielenden Bewegung neu zu bestimmen. Als die KPD der dreißiger Jahre Wilhelm Reich in den Bann tat, geschah dies deshalb ,weil Reich es darauf anlegte, nicht nur die unmittelbar politisch-ökonomische Auseinandersetzung zwischen den Klassen, sondern auch die kulturellen Normen und die Verhaltensorientierungen des Proletariats selbst in kritischer Absicht zu thematisieren. Reich ging dabei von der Hypothese aus, daß nur ein kulturelles Gegenmilieu die Widerstandsfähigkeit gegen den Faschismus absichern könne. So fragwürdig vieles an den Theorien des frühen und mehr noch des (durch erzwungene Absonderung von der Arbeiterbewegung in die Skurrilität gedrängten) späten Reich sein mag – in der Betonung dieses Faktors hat Reich recht behalten. Die KPD begründete damals die Trennung von Reich mit dem Argument, die Gewichtung, die Reich neben der Sphäre der Produktion auch der Sphäre der „Konsumtion" gäbe, sei mit marxistischer Auffassung unvereinbar. Demgegenüber meine ich, daß die marxistische Methode gesellschaftlicher Analyse heute nur zu einem Ergebnis führen kann, das Reich in diesem Punkt eine späte Bestätigung gibt. Zwar bildet die industrielle Produktion nach wie vor den Kern der ökonomischen Herrschaft, nämlich die Ebene, auf der sich Kapitalverwertung vollzieht, aber die ökonomischen Funktionen, auf die sich dieses System stützt, werden in immer größerem Umfange außerhalb der Sphäre der Produktion geleistet, und die konkreten Erfahrungsmöglichkeiten der Irrationalität dieses Systems liegen heute, auch für die produzierenden Arbeiter, zum erheblichen Teil außerhalb der Produktion. Nicht zufällig haben sich antikapitalistische Kampagnen in den letzten Jahren auf Ebenen entwickelt ,die (wenn man dieses kategoriale Schema beibehalten will) der Sphäre der Konsumtion zuzurechnen sind, so etwa in der Frage der Ökologie, des Wohnens, der Verkehrsversorgung, der Gesundheitsvorsorge usw. Derartige Ansatzpunkte für Alternativbewegungen, die in früheren Phasen des Kapitalismus in der Tat als peripher gelten mußten, liegen heute bereits im Zentrum der Legitimation oder Nicht-Legitimation des herrschenden Systems. Nur ein unmarxistisches Verständnis der marxistischen Theorie kann zu der Auffassung verleiten, daß thematische Ansatzpunkte, die zu Zeiten des Kapitalismus, wie ihn Marx vorfand, zu Recht als utopistisch angesehen wurden, unter den Bedingungen des staatlich verschränkten Hochkapitalismus zwangsläufig immer noch diesen utopistischen Charakter haben müßten.

„Leistungsgesellschaft"

Dieser heutige Kapitalismus hat die Fähigkeit, die Bedürfnisse der Menschen in seinem Interesse zu programmieren, zur Bedingung seiner weiteren Existenz, d. h. wenn der Kapitalismus weiter bestehen will, wird er die Bedürfnisse der Menschen manipulieren müssen: er wird ihnen Bedürfnisse, die sie haben, aber im Kapitalismus nicht befriedigen können, ausreden müssen, und er wird den Menschen andere Bedürfnisse, die sie nicht haben, einreden müssen, weil er – der Kapitalismus – sie befriedigen kann. Eben deshalb wird, wer das System verändern will, auch die Bedürfnisse revolutionieren müssen. Genau hier können subkulturelle Phänomene ihre progressive Funktion haben – wenn und soweit es ihnen gelingt, dazu beizutragen, eine durch Herrschaft gesetzte und Herrschaft erhaltende Definition der Bedürfnisse zu durchbrechen. Die Vorstellung aber, man müsse um eines „revolutionären Leistungsprinzips" willen auf alles verzichten, was modellartig „private Bedürfnisse" gegen die herrschenden Kulturformen zu realisieren versucht, könnte sich als Verzicht auf einen wichtigen Teil antikapitalistischer Aufklärung erweisen.

An dieser Stelle kann ein – notgedrungen verkürzender – Hinweis auf Entwicklungsprobleme der bestehenden nicht-kapitalistischen Staaten nützlich sein. Die Ablösung kapitalistischer Strukturen in der politischen Ökonomie bedeutet nicht ohne weiteres auch den Untergang jener Wertorientierungen und Erwartungshaltungen, die sich im Zusammenhang der Durchsetzung des Kapitalismus stabilisierten. Insofern standen und stehen Gesellschaften wie die UdSSR, die DDR usw. (anders vielleicht als die Volksrepublik China) vor dem Problem der Fortexistenz „kapitalistischer Ethik". In der DDR hat sich in jüngster Zeit unter anderen Dieter Klein mit dieser Frage in progressiver Weise auseinandergesetzt. Der sogenannte „Ökonomismus" in diesen Staaten hat seine unvermeidbare Seite dort, wo es darum geht, den Stand der Produktivkräfte so zu entwickeln, daß die Reproduktion der Gesellschaft langfristig gesichert ist – er hat seine fragwürdige Seite dort, wo die Definition gesellschaftlicher und individueller Bedürfnisse als Kriterien dieser Reproduktionsfähigkeit immer noch durch im Kapitalismus entwickelte Werthaltungen mitbestimmt ist.

Man wird davon ausgehen müssen, daß weder in den bestehenden nicht-kapitalistischen Staaten eine hinreichende Lösung dieses Problems gefunden, noch in den hochentwickelten kapitalistischen Staaten eine Veränderung der politisch-ökonomischen Grundstrukturen durchsetzbar sein wird, wenn es nicht gelingt, das kapitalistische System mit Erwartungshaltungen zu konfrontieren, die nicht der Logik dieses Kapitalismus selbst entstammen.

Angesichts dieser Überlegungen erweist sich meines Erachtens die pauschale Distanzierung der organisierten Linken von subkulturellen Gruppen als falsch. Gewiß wirken subkulturelle Gruppen dort systemstabilisierend, wo Einkapselungen in dieses oder jenes Kontrastmilieu von der Notwendigkeit kontinuierlicher theoretischer Arbeit und organisierter politischer Aktion ablenken, wo also die subkulturelle Gruppe sich zum Alibi kapitalistischer Herrschaft domestizieren läßt. Symptomatisch ist hier zumeist die resignierte Flucht in eine nur noch expressive Form der Kommunikation, die darauf verzichtet, gesellschaftliche Komplexität überhaupt noch „in Sprache" zu bringen. Zu überprüfen wäre auch, welche subkulturellen Inhalte sich jeweils rasch in Revoltekonsum als neue Erscheinungsform der kapitalistischen Warengesellschaft umfunktionieren lassen – und welche Inhalte sich demgegenüber als widerstandsfähiger erweisen. Einigkeit besteht gewiß darin, daß Revolte- oder Revolutionskonsum als reflexartige Reaktion im Sinne von Abreaktion genau das reproduziert, was man zu bekämpfen vorgibt. Zu problematisieren ist auch die in linken Subkulturen vielfach verbreitete Parole des Widerstands gegen die „Leistungsgesellschaft". Dieser Widerstand ist überall dort akzeptabel, wo es um die Auflösung historisch überholter oder demokratisch nicht legitimer Kriterien für Leistungsanforderungen beziehungsweise um die Ablösung von Herrschaftsgruppen geht, die ihre partiellen Interessen zu gesamtgesellschaftlichen Leistungsanforderungen institutionalisiert und ideologisiert haben. Die Frontstellung gegen die Leistungsgesellschaft ist aber ambivalent; sie ist überall dort gerade im Blick auf die Zukunft äußerst fragwürdig, wo sie, abgekürzt gesagt, von der Erwartung ausgeht, daß gesellschaftliches Handeln sich von der Anstrengung des Begriffs und der permanenten Rücksichtnahme, Vereinbarung, zunehmenden und nie aufhörenden Sozialisation entlasten könnte. Leistungen dieser Art wird die Weltgesellschaft von morgen in einem bisher noch gar nicht gekannten Ausmaße fordern – oder es wird diese Weltgesellschaft nicht geben. Die kapitalistische Gesellschaft ist gekennzeichnet durch hochrationalisierte Teilabläufe, deren Steuerungsprinzipien irrational sind. Kleingruppenhafter Eskapismus in irrationale Teilabläufe bildet hierzu nicht eine „Gegengesellschaft", sondern nur eine Kehrseite, die das System erst richtig komplettiert. Progressive Subkultur hat nicht auf eine Welt der Blumenkinder vorzubereiten, sondern auf Sozialisationsleistungen, die historisch ohne Beispiel sind. Zu den Risiken jeder subkulturellen Gruppe stellt freilich die Identifikation mit einem Organisations- und Aktionsmodell, das vergangenen Zeiten der Arbeiterbewegung nachempfunden und heute eher ästhetisch als klassenanalytisch begründet ist, keine Alternative dar. Das größte Risiko subkultureller Existenz liegt vielleicht dort, wo linke Studenten- und Jugendgruppen sich als Kader einer proletarischen Massenbewegung mißverstehen und sich ihres subkulturellen Charakters nicht mehr bewußt sind.

„Totale Aktion jetzt" dpa

Das Dilemma der Steuern im Spätkapitalismus

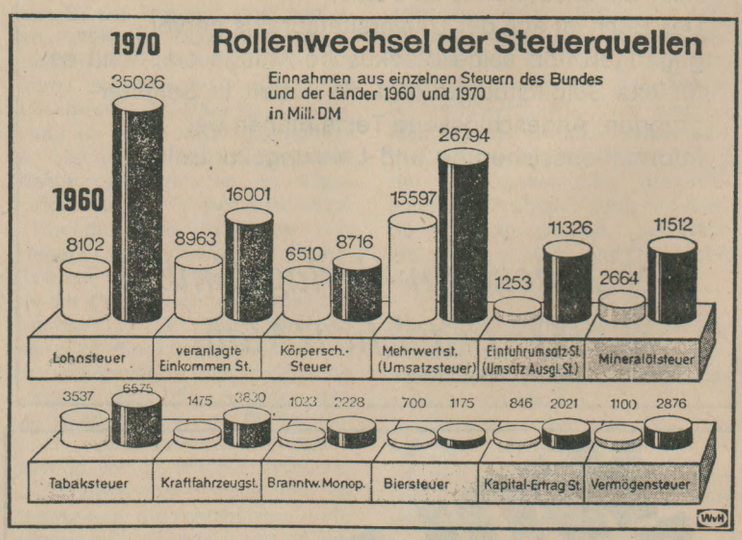
Hansgeorg Conert

Seit Ende März dieses Jahres die 1968 vom damaligen Finanzminister F. J. Strauß berufene Steuerreform-Kommission ihre Vorschläge im Bundeskanzleramt überreichte, werden die Bundesbürger, deren Kenntnisse von Funktion und Struktur des westdeutschen Steuersystems den Schillerschen Euphemismus einer „informierten Gesellschaft" zweifelsohne Lügen strafen, von einer verwirrenden Fülle von Meldungen über Stellungnahmen und Änderungsvorschläge zur Steuerreform überflutet. Z. B. legte im Mai der DGB seine Reformkonzeption vor. Im Juni verabschiedete die Bundesregierung 'Eckwerte' für die Steuerreform, nachdem der neue Doppelminister Schiller die Pläne seines Vorgängers Möller recht erheblich modifiziert hatte. Im Juli gab die Steuer-Kommission der SPD, die unter Vorsitz von Minister Eppler gearbeitet hatte, ihre Vorschläge bekannt. Sie sollen im November auf dem a. o. Parteitag der SPD zur Diskussion gestellt werden. Noch im Dezember möchte die Bundesregierung das „Zweite Steuerreformgesetz" vom Bundestag verabschieden lassen.

Die Vielzahl der publizierten Reformkonzeptionen verschleiert die Tatsache, daß es sich in allen Fällen um im Grunde geringfügige Änderungen eines Steuersystems handelt, das die Finanzierung der öffentlichen Haushalte ganz überwiegend der Masse der Lohn- und Gehaltsabhängigen aufbürdet. Die Intention der Regierung war von vornherein nicht eine Verschiebung der Steuerlasten zwischen den sozialen Klassen, sondern eine gewisse Rationalisierung der ausufernden und in sich widersprüchlichen Masse von Gesetzen und Einzelbestimmungen. Gleichzeitig sollte das Ganze so etwas wie einen sozialen Anstrich erhalten. Besonders dürftig und durchschaubar fiel dieser in den Vorschlägen der offiziellen Reform-Kommission aus: sollten da zwar einige Bagatellsteuern wegfallen und die Bezieher ganz niedriger Einkommen bei der direkten Besteuerung geringfügig entlastet werden, so war zugleich eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 16 % vorgesehen, also im Ergebnis eine sehr spürbare Mehrbelastung derjenigen, die ihre geringfügigen Einkommen fast völlig für die Waren des täglichen Bedarfs verausgaben müssen. Die verabschiedeten 'Eckwerte' der Regierung sehen zwar eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf nur 12 % vor, zugleich soll jedoch der niedrigste Eingangssatz bei der Lohnsteuer von 16 auf 20 % angehoben werden. Die soziale Beigabe besteht bei dieser Konzeption in einem einheitlichen Kindergeld von DM 60,– vom ersten Kinde an und in einer Abgabe der Großindustrie zur 'Vermögensbildung der Arbeitnehmer' von etwa 4 Mrd. DM jährlich. Der Höchstsatz dieser Abgabe soll 10 % des (bekanntlich weitgehend manipulierbaren) bilanzmäßigen Gewinns betragen. Was dieser Reformschritt für die Relationen der Vermögensverteilung bedeutet, zeigt ein Vergleich mit dem „Krelle-Plan". Sein Ziel, die Vermögensverteilung in der BRD von 80 : 20 zugunsten der Unternehmer auf 75 : 25 zu reduzieren, sollte bei einer 20 %igen Gewinnabführung bei einem jährlichen Wirtschaftswachstum von 4 % nach 40 Jahren 80 % erreicht sein (Frankfurter Rundschau vom 17. 3. 1970).

Sakrosankte Profite

Auch der soziale Schein der Vorschläge der SPD-Kommission ist trügerisch: zwar laufen sie auf eine deutlichere direkte Entlastung der Bezieher niedriger Einkommen hinaus, jedoch werden auch diese gerade wieder von der beabsichtigten starken Erhöhung der Tabak-, Branntwein- und Mineralölsteuer betroffen. All' den Plänen ist eines sakrosankt: die Profite und hohen Einkommen natürlicher Personen und Kapitalgesellschaften. Diese Tatsache wurzelt jedoch nicht in mangelnder Einsicht und Erkenntnis, in Korruptheit oder in notwendigen Koalitionsrücksichten etc. Sie ist vielmehr die Konsequenz eines Wirtschaftssystems, dessen Funktionieren von den am Profitziel orientierten Investitionsentscheidungen privater Kapitaleigner abhängt. Ausnutzung der Produktionskapazitäten und somit Inanspruchnahme von Lohnarbeit („Sicherung der Arbeitsplätze"), sowie wirtschaftliches Wachstum sind hier gebunden an private Gewinnerwartungen und die Möglichkeiten ihrer Realisierung. Werden letztere durch eine hohe Besteuerung der Profite beschnitten, sinkt – im keynesianischen Vokabular – die Investitionsneigung der Unternehmer. Die Nachfrage nach Produktions- und Investitionsgütern läßt nach, die Krise droht. Konnten und wollten bürgerliche Regierungen diesen Mechanismus schon in der Vergangenheit nicht auslösen, so umsoweniger heute, da abstraktes, d. h. von den Gebrauchswerten unabhängiges Wirtschaftswachstum oberste Maxime



(d. h. die Einkommensteuer der Kapitalgesellschaften), machte in der BRD 1960 noch 9,5 % des gesamten Steueraufkommens aus, 1969 nur noch 7,6 %. Dagegen stieg der Anteil der Lohnsteuer von 8 % 1950 über 11,8 % 1960 auf 19 % 1969. Lagen im 1. Halbjahr 1971 die gesamten Steuereinnahmen in der BRD 13,5 % über dem Betrag des Vorjahres, so die Lohnsteuer um 28,7 %, während die Körperschaftssteuer genau den gleichen Prozentsatz unter dem Vorjahresaufkommen lag. Da von der Einkommensteuer sowohl selbständige natürliche Personen mit sehr hohen (und auch Gehaltsbezieher mit höherem Einkommen), wie aber auch mit kleineren und mittleren Einkommen erfaßt werden, geben die veröffentlichten Steuerstatistiken keinen verläßlichen Aufschluß darüber, mit welchen Anteilen die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen einerseits, die hoher Einkommen andererseits am Gesamtsteueraufkommen beteiligt sind. Von den 134,1 Mrd. DM Steuereinnahmen des Bundes und der Länder 1970 waren jedenfalls die drei größten Posten solche, die vorwiegend von der Masse der Lohn- und Gehaltsabhängigen getragen werden: 35,1 Mrd. DM Lohnsteuer, 38,1 Mrd. DM Umsatzsteuer und 24,8 Mrd. DM Zölle und andere Verbrauchssteuer. Die Körperschaftssteuer betrug demgegenüber nur 8,7, die Kapitalertragssteuer nur 2 Mrd. DM. Trotz der gewaltigen Akkumulation von in ihrem tatsächlichen Ausmaß vielfach verschleierten Privatvermögen in der BRD, betrug der Anteil der Vermögenssteuer am Gesamtaufkommen 1969 nur 1,7 %. An dieser Stelle soll nicht näher auf die diversen Umstände eingegangen werden, durch die die Lohn- und Gehaltsabhängigen über die formellen Vorschriften des nach den Interessen der Großverdiener und -eigentümer gestalteten Steuersystems hinaus diesen gegenüber benachteiligt werden. Es geht vielmehr darum, diese Relationen als im ganzen systemnotwendige zu durchschauen.

Hauptfunktionen des Steuersystems

Das Steuersystem hat im organisierten Kapitalismus zwei tatsächliche und eine vorgebliche Hauptfunktion zu erfüllen. Einmal die traditionelle: die Aufbringung der Mittel für die öffentlichen Ausgaben. In Auswirkung sozialreformerischer Konzeptionen wurde dem Steuerwesen eine Aufgabe zugesprochen, die es nur in der sozialstaatlichen Ideologie, nicht jedoch real erfüllt: die Korrektur der primären (auf den Gesetzen des Austauschs von Lohnarbeit und Kapital beruhenden) Einkommensverteilung. Schließlich ist das System der staatlichen Einnahmen und Ausgaben heute ein zentraler Bestandteil des Instrumentariums der Wirtschaftspolitik. Die jeweils konkreten Erfordernisse dieser Funktionen konvergieren in der

Tübinger Autorenkollektiv:

Jürgen Hauff - Albert Heller - Bernd Hüppauf - Lothar Köhn - Klaus-Peter Philippi

Methodendiskussion

Arbeitsbuch zur Literaturwissenschaft
Reihe: Schwerpunkte Germanistik
etwa 220 Seiten - kartoniert - DM 8,–

Die Autoren stellen in den vier Kapiteln: Positivismus, Formalismus/Strukturalismus, Hermeneutik, Marxismus die Grundlagen literaturwissenschaftlicher Methoden systematisch dar und verdeutlichen die verschiedenen Ansätze durch die Auswahl exemplarischer Texte.
Das Buch ist aus der Universitätspraxis hervorgegangen und seine didaktische Anlage empfiehlt es für das Selbststudium und die Arbeit in Seminargruppen. Angeschlossene Tests dienen der Informationssicherung und Leistungskontrolle.

Athenäum Verlag GmbH
6000 Frankfurt/Main

WOLFGANG HARICH
ZUR KRITIK DER REVOLUTIONÄREN UNGEDULD

Kampfschrift gegen die antiautoritäre Protestbewegung als eine farcenhafte Wiederholung der anarchistischen Internationale. Aufruf zur Bündnispolitik aller sozialistischen Kräfte. Erste marxistische Gesamteinschätzung der antiautoritären Bewegung in Westeuropa.

edition etcetera
CH-4001 Basel
Postfach 572
DM 10.–

Regel nicht, sie stehen vielmehr zumeist in einem widersprüchlichem Verhältnis zueinander.

Mit dem unmittelbaren Eingreifen des Staates in den Prozeß der Reproduktion des sozialökonomischen Systems ist eine Vielzahl einzelner Funktionen verbunden, die den Finanzbedarf der öffentlichen Körperschaften anschwellen lassen. Der kapitalistische Grundwiderspruch von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung konkretisiert sich heute u. a. in dem im ganzen erfolgreichen Bemühen der Unternehmer, Vorkosten und Folgelasten privater Warenproduktion (und damit Kapitalverwertung) vom Staat tragen zu lassen. Hierzu zählen bekanntlich u. a.: das Bildungs- und Ausbildungswesen, erhebliche Teile der Forschung, die Schaffung sog. Infrastrukturen (Verkehrseinrichtungen, Strom- und Wasserversorgung etc.), die Erschließung von Gebieten für Industrieansiedlungen, Einrichtungen zur Beseitigung von Industrieabfällen, Umweltschutzmaßnahmen u. a. m.

Sind es – wie in der BRD und anderen spätkapitalistischen Staaten – die Massen der Lohn- und Gehaltsabhängigen, die in direkter und indirekter Weise den Hauptanteil der öffentlichen Haushalte finanzieren, so ist das System staatlicher Einnahmen und Ausgaben ein Mechanismus der Umverteilung zugunsten privater Kapitalverwerter, also das Gegenteil der sozialstaatlichen Apologie. Ein bescheidener staatlich vermittelter Einkommensausgleich findet allenfalls zwischen besser und schlechter bezahlten Lohn- und Gehaltsabhängigen statt, keineswegs jedoch zu deren Gunsten zwischen den sozioökonomischen Hauptklassen.

Kapitalverwertung und Infrastrukturen

Einer der wesentlichen Widersprüche des Kapitalismus der Gegenwart besteht darin, daß die Gewährleistung der mit der technologischen und gesellschaftlichen Entwicklung verbundenen Bedingungen privater Kapitalverwertung den umfassenden Ausbau der oben beispielhaft genannten Einrichtungen verlangt, der privat angeeignete Profit zu ihrer Finanzierung jedoch nicht verfügbar ist, da sie selbst nicht unmittelbar Gewinn abwerfen. Bei autonomer privater Verfügung über Produktionsmittel, Waren- und Geldkapital müßte in der Tat der Versuch, die Profite über den Steuerweg oder anders zur Finanzierung von „Reformen“ und „Gemeinschaftsaufgaben“ heranziehen, bereits im Ansatz scheitern. Das unternehmerische Standardargument der Gefährdung internationaler Wettbewerbsfähigkeit hat sich bisher gegenüber den Regierungen immer als zugkräftig erwiesen; zudem zögern die an den einzelkapitalistischen Verwertungsbedingungen orientierten Unternehmer nicht, Steuer- oder anderweitige Kostenerhöhungen auf die Preise zu überwälzen. Dieser Erkenntnis gab wohl z. B. der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Kühn Ausdruck, als er (lt. Frankfurter Rundschau vom 10. 5. 1971) sagte: „Die Parole ‚Die Reichen sollen zahlen‘ sei keine Antwort auf dieses Problem (das des Umweltschutzes, C.), denn die Investitionsbereitschaft der Unternehmer dürfe nicht leiden.“ Also müsse „der kleine Mann bereit sein, seinen Anteil zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben beizutragen“.

Ein spätkapitalistisches Dilemma

Ein spätkapitalistisches Dilemma erweist sich nun jedoch darin, daß eine rigorose Belastung der Lohnabhängigen, wie sie zu einer ausreichenden Finanzierung technologisch und gesellschaftlich angemessener Infrastruktureinrichtungen erforderlich wäre, auch kaum möglich ist. Soweit noch eine – wie immer entpolitisierte – Parteienkonkurrenz fortbesteht, können Regierungen das erforderliche Maß an Massenloyalität nicht durch Beschränkung des Konsumniveaus und durch allzu durchsichtige Steuerdisparitäten gefährden. Die erstere würde im übrigen auch die gesamtkapitalistischen Absatz- und damit Verwertungsbedingungen tangieren.

Dieses Dilemma zeigt nur exemplarisch Widersprüche spätkapitalistischer Reproduktionsverhältnisse auf. Die Politik der öffentlichen Haushalte ist mit zahlreichen weiteren verbunden, die in diesem Rahmen nicht angesprochen werden können. So ergeben sich z. B. neue Probleme und Widersprüche aus der Instrumentalisierung der staatlichen Einnahmen und Ausgaben für die Wirtschaftspolitik (etwa im Rahmen des ‚Stabilitätsgesetzes‘). Widersprüche dieser Art sind innerhalb kapitalistischer Produktionsverhältnisse nicht zu lösen; sie können verschleiert, unterdrückt und vor allem verlagert werden, stellen sich dann jedoch in veränderter Gestalt oder in anderen Bereichen stets erneut. Die notwendigen Einrichtungen, um deren Schaffung und Ausbau es bei den überwiegend in technokratischer Weise und Absicht verwendeten Schlagworten von ‚Reformen‘ und ‚Gemeinschaftsaufgaben‘ geht, sind Ausdruck des Grades von Vergesellschaftung und Verwissenschaftlichung des Produktionsprozesses. Nur bei gesellschaftlicher Aneignung und Verfügung über die gesellschaftlich produzierten Werte ist es möglich, sie in Übereinstimmung mit den Erfordernissen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in demokratischer und rationeller Weise zu entwickeln.

Ausländerbeschäftigung und Klassenkampf in Westeuropa

Stephen Castles
Godula Kosack

Diese Thesen sollen eine Diskussion über die Bedeutung der Arbeitskräftewanderung im nationalen und internationalen Klassenkampf einleiten. Wir beschränken uns auf politische Aspekte und verzichten in diesem Rahmen auf eine Analyse der zweifelsohne bedeutenden Rolle, die die Ausländerbeschäftigung in der Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft spielt, indem die Löhne gedrückt werden und damit die Profitrate ansteigen kann.

Von den objektiven Verhältnissen ausgehend, gehören die ausländischen Arbeiter zur Arbeiterklasse Westeuropas, aber innerhalb dieser Klasse müssen sie als eine besondere Schicht betrachtet werden.

Viele Soziologen bezeichnen die ausländischen Arbeiter als ein „Lumpenproletariat" oder eine „Randgruppe". Solche Definitionen sind inkorrekt. Eine Gruppe, die 10 oder 20 Prozent (in der Schweiz sogar mehr als 40 Prozent) der Industriearbeiterschaft ausmacht, kann nicht als am Rande der Gesellschaft stehend angesehen werden. Andere Soziologen sprechen von einem „neuen" oder einem „Subproletariat". Diese Bezeichnungen sind ebenfalls falsch. Die erstere würde bedeuten, daß die einheimischen Arbeiter selber keine Proletarier mehr sind und daß dafür die ausländischen Arbeiter an ihre Stelle getreten sind. Im zweiten Fall wird behauptet, daß die ausländischen Arbeiter ein vom traditionellen Proletariat unterschiedliches Verhältnis zu den Produktionsmitteln hätten. In Wirklichkeit haben aber sowohl die einheimischen als auch die ausländischen Arbeiter dasselbe Verhältnis zu den Produktionsmitteln, so wie es auch die Proletarier schon immer hatten: sie alle sind (und waren seit der industriellen Revolution) vom Eigentum und der Kontrolle der Produktionsmittel ausgeschlossen. Sie sind dazu gezwungen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um zu überleben, und sie müssen unter der Leitung anderer und im Interesse anderer arbeiten. Deshalb müssen die einheimischen und ausländischen Arbeiter als zu einer Klasse gehörend angesehen werden: gemeinsam bilden sie das Proletariat oder die Arbeiterklasse. Aber es handelt sich um eine gespaltene Klasse. Vielen einheimischen Arbeitern sind Möglichkeiten zur Fortbildung geboten worden, und sie konnten zu Facharbeitern, Angestellten oder Aufsichtspersonal aufsteigen. Dagegen sind die ausländischen Arbeiter hauptsächlich in den angelernten und ungelernten Stellen zu finden. In Großbritannien fallen z. B. 26 Prozent aller männlichen Arbeitskräfte in die beiden niedrigsten sozio-ökonomischen Kategorien, während der Anteil der Westinder bei 50 Prozent, der der Iren bei 42 Prozent und der der Pakistaner bei 65 Prozent liegt. In Frankreich sind mehr als 70 Prozent der Portugiesen und Nordafrikaner ungelernte oder angelernte Arbeiter. In der Bundesrepublik müssen sich 70 Prozent aller ausländischen Männer und 83 Prozent aller ausländischen Frauen mit einer un- oder angelernten Arbeit begnügen. Überall in Westeuropa hat die überwältigende Mehrheit der ausländischen Arbeiter ein geringeres Einkommen und schlechtere Arbeitsbedingungen als die einheimischen Arbeiter. Ferner werden die ausländischen Arbeiter fast immer von einheimischem Personal beaufsichtigt, und es ist äußerst selten, einen Ausländer in einer Autoritätsposition zu finden. Auf Grund dieser wichtigen Unterschiede kann man zwei Schichten innerhalb der Arbeiterklasse feststellen: die Ausländer, die die schlecht bezahlten, ungelernten, ausgesprochen unangenehmen Arbeiten ausführen, gehören zur niedrigeren Schicht, die einheimischen Arbeiter mit ihren etwas besseren Bedingungen gehören zur höheren.

Die Spaltung der Arbeiterklasse im Produktionsprozeß wird durch eine Spaltung in anderen gesellschaftlichen Bereichen verdoppelt.

Die Faktoren, die eine größere Ausbeutung der Ausländer auf dem Arbeitsmarkt ermöglichen, bewirken ebenfalls, daß die Ausländer auch außerhalb der Arbeitswelt unter schlechteren Bedingungen leben. Die Ausländer müssen sich mit den schlimmsten Behausungen begnügen: mit gesundheitsschädigenden Slumhäusern in Großbritannien, mit Blechhütten und Massenquartieren in sogenannten Hotels in Frankreich, mit Barackenlagern in der Bundesrepublik und in der Schweiz. Die wenigen sozialreformerischen Versuche, die unternommen wurden, um die materiellen Lebensbedingungen der Ausländer zu verbessern (wie z. B. die Heimbauten der Bundesanstalt für Arbeit in der Bundesrepublik und des Fonds d'Action Sociale in Frankreich), vergrößern nur die Kontrolle der Arbeitgeber und der Regierungen über die ausländischen Arbeiter und führen zu einer noch größeren Isolation von den einheimischen Kollegen. Die ausländischen Arbeiter sind ebenfalls in bezug auf ihre Gesundheit, die Möglichkeiten zur Schul- und Berufsausbildung usw. in einer unvergleichlich schlechteren Lage als die einheimischen Arbeiter.

Daß den ausländischen Arbeitern nach ihrer Ankunft in Westeuropa nur ungelernte Arbeiten zugeteilt werden und daß sie zunächst unter schlechten Bedingungen leben, mag als ein unvermeidliches Ergebnis der kapitalistischen Marktlage angesehen werden. Daß sie allerdings in dieser Position bleiben, ist das Resultat einer gezielten Politik der Diskriminierung.

Ausländische Arbeiter sind auf Grund ihrer Herkunft aus unterentwickelten Gebieten im Nachteil, wenn sie in die leistungsorientierte kapitalistische Gesellschaft Westeuropas kommen. Im Allgemeinen haben sie eine sehr unzureichende Grundausbildung und keinerlei industrielle Erfahrung. Dadurch wird sichergestellt, daß sie nur die ungelernten Stellen bekommen. In der Regel sprechen sie nicht die Landessprache, haben ein geringes Einkommen und kennen nicht die herrschenden Marktverhältnisse und Preise. Dadurch, sowie auch durch Diskriminierung von Seiten der Vermieter und anderer Profitmacher sind sie gezwungen, die schlimmsten Wohnungen und anderen sozialen Bedingungen zu akzeptieren. Nach einer Zeit der Eingewöhnung in die industrielle Arbeit und Gesellschaft, könnte man erwarten, daß ein großer Teil der Ausländer eine bessere Arbeit und bessere soziale Bedingungen erreichen würden. Doch gibt es besondere Maßnahmen, die dies für die Mehrheit von ihnen unmöglich machen. In fast allen Ländern gibt es diskriminierende Arbeitsmarktgesetze: die ausländischen Arbeiter erhalten nur eine Arbeitserlaubnis für eine bestimmte Stelle bei einer bestimmten Firma. Sie haben nicht einmal das Recht, zu einer besser bezahlten oder höher qualifizierten Arbeit überzuwechseln, zumindest nicht für eine geraume Zeit. Arbeiter, die ohne Erlaubnis ihren Arbeitsplatz wechseln, werden oft ausgewiesen. Übrigens wird auch das von der konservativen Regierung in Großbritannien entworfene Gesetz den farbigen Commonwealtheinwanderern solche Einschränkungen auferlegen, obwohl sie bisher die gleichen Rechte wie die einheimischen Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt hatten, wenn sie überhaupt in das Land einwandern durften. Ferner werden die ausländischen Arbeiter an einem sozialen Aufstieg dadurch gehindert, daß man es ihnen schwer oder unmöglich macht, sich permanent niederzulassen. In Ländern, wo sie nur für ein paar Jahre bleiben oder nicht ihre Familie nachholen dürfen, fehlt es ihnen sowohl an Zeit als auch an Ansporn, eine Berufsausbildung zu machen. Außerdem besteht ein großer Mangel an Sprach- und Berufsausbildungskursen für Ausländer. Oft ist es sogar solchen Ausländern, die eine Qualifikation und das Recht haben, ihren Beruf auszuüben, unmöglich, eine angemessene Arbeit zu finden, weil sie auf Grund ihrer Rasse oder Nationalität diskriminiert werden. Schließlich sollte auch noch darauf hingewiesen werden, daß die Kinder der ausländischen Arbeiter mit großer Wahrscheinlichkeit in der niedrigsten sozialen Schicht bleiben werden, weil man ihnen nicht genug bei der Überwindung ihrer besonderen Probleme hilft, wie z. B. Sprachschwierigkeiten, schlechte Wohnbedingungen und schwache Gesundheit.

Die objektive Spaltung der ausländischen und einheimischen Arbeiter wird in der Bewußtseinssphäre wiederholt.

Große Teile der einheimischen Arbeiter sehen nicht, daß sie die gleiche Klassenposition und -interessen wie die ausländischen Arbeiter haben. Die wesentliche Tatsache, daß sie in demselben Verhältnis zu den Produktionsmitteln stehen, wird dadurch verschleiert, daß die einheimischen Arbeiter geringe Vorteile in bezug auf ihre materiellen Bedingungen und einen höheren Status genießen. Die Ausländer werden nicht als Klassengenossen, sondern als fremde Eindringlinge angesehen, die eine Bedrohung für die wirtschaftliche und soziale Sicherheit bedeuten. Es wird befürchtet, daß die Neuankömmlinge die Arbeitsplätze der einheimischen Arbeiter wegnehmen und von den Arbeitgebern als Lohndrücker und Streikbrecher benutzt werden. Wie auch immer die Ausländer sich verhalten mögen — und in der Regel zeigen sie Klassensolidarität mit den einheimischen Arbeitern — sind solche Befürchtungen nicht unbegründet. Die Arbeitgeber wollen die Ausländer in der Tat dazu benutzen, um Druck auf die Löhne und auf die Arbeiterbewegung auszuüben. Da die Ausländer aus armen Ländern mit niedrigem Lebensniveau kommen und eine schwache Rechtsstellung haben, sind sie besonders leicht von den Arbeitgebern unter Druck zu setzen. Weitere Konkurrenzsituationen bestehen außerhalb der Arbeitswelt, vor allem auf dem Wohnungsmarkt. Die Anwesenheit der Ausländer wird oft als die

GOTTHOLD KRAPP
MARX & ENGELS ÜBER DIE VERBINDUNG DES UNTERRICHTS MIT PRODUKTIVER ARBEIT UND DIE POLYTECHNISCHE BILDUNG

Marx und Engels zeigen auf Grund ihrer Analyse des Kapitalismus, daß polytechnische Bildung, die allen eine umfassende Entwicklung ermöglicht, nicht nur notwendig, sondern auf der Entwicklungsstufe der modernen Großproduktion auch möglich ist. Erst in der sozialistischen polytechnischen Erziehung wird Arbeit nicht mehr Mittel zum Zweck, sondern auch Selbstzweck, Prozeß der Entwicklung und Bestätigung einer Vielfalt von Fähigkeiten sein. – 180 Seiten, kart. DM 8,– (erscheint im Sept. 1971)

CLARA ZETKIN
ZUR GESCHICHTE DER PROLETARISCHEN FRAUENBEWEGUNG DEUTSCHLANDS

Die vollständige Fassung, von Clara Zetkin kurz vor ihrem Tode 1933 in der UDSSR vollendet. Es ist die erste westdeutsche Ausgabe. Der Text ist auch in der dreibändigen Werkauswahl (Berlin - DDR) nicht enthalten. Er bietet den interessierten Frauenbefreiungsgruppen fundiertes historisches Material. Zur Entwicklung der Strategien der Frauenbefreiung innerhalb der sozialistischen Bewegung ist der Text als Lektüre notwendig.
250 Seiten, broschiert, DM 8,–

ERZIEHUNG UND KLASSENKAMPF
Zeitschrift für marxistische Pädagogik

Erscheint unregelmäßig, jedoch mindestens viermal im Jahr. Einzelheft DM 4,–, im Abonnement DM 3,–.
Inhalt Nr. 2 (Mai 1971)
Die Revolte gegen die technokratische Schulreform / Thesen zur Organisierung von Lehrern / Die Lehrerausbildungskonzeption des Bildungsrats / Bericht aus einem westberliner Schülerladen.
Inhalt Nr. 3 (September 1971)
Grundfragen des Kampfes und der Organisierung der Arbeiterjugend heute / Fragen der polytechnischen Erziehung / Das Phänomen „Jugend" – Kritik der bürgerlichen Jugendforschung / Rezensionen über Kinderladenliteratur / Berichte über die aktuelle Literatur zur Lehrlingssituation.

VERLAG ROTER STERN

6 Frankfurt/M., Unterlindau 74
Telefon 72 15 26

Ursache für ansteigende Mieten und wachsende Überbevölkerung in den Städten angesehen. Indem die Ausländer zu Sündenböcken für die wirtschaftliche Unsicherheit und die unzureichenden sozialen Bedingungen erklärt werden, wird die Aufmerksamkeit von der eigentlichen Ursache, dem kapitalistischen System, in dem für Profit und nicht für Bedarf produziert wird, abgelenkt.

Die Spaltung der Arbeiterklasse wird durch rassistische und fremdenfeindliche Ideologien vertieft.

Historisch gesehen sind solche Ideologien das Produkt der Entwicklung des kapitalistischen Nationalstaats und seiner imperialistischen Expansion. Ursprünglich hatten sie daraufhin abgezielt, die Arbeiterklasse auf internationaler Ebene zu spalten, doch verstärken sie nunmehr ebenfalls die Spaltung der einheimischen und ausländischen Arbeiter innerhalb Westeuropas. Obwohl Rassismus und nationale Vorurteile in allen sozialen Klassen vorhanden sind, sind sie besonders stark in der Arbeiterklasse entwickelt. Dies ist auf die schon erwähnten Konkurrenzsituationen zurückzuführen. Die Unterstützung des Rassismus ist für Arbeiter, deren Arbeitgeber versuchen, ihre soziale und wirtschaftliche Position durch die Anwesenheit ausländischer Arbeiter zu unterminieren, ein Verteidigungsmechanismus. Es handelt sich um eine falsche Reaktion auf ein wirkliches Problem. Indem er die Einheit der Arbeiterklasse verhindert, unterstützt der Rassismus den Arbeitgeber bei seiner Strategie des „teile und herrsche". Die Funktion des Rassismus im kapitalistischen System ist oft dadurch verschleiert, daß rassistische Kampagnen kleinbürgerliche Führer haben und unter Parolen laufen, die sich gegen die Großindustriellen richten. Die kürzlich über die schweizerische Bühne gelaufene Antiüberfremdungsinitiative (angeführt von James Schwarzenbach) ist ein Beweis dafür: die Fabrikeigentümer wurden für die Probleme in der Schweiz verantwortlich gemacht, da sie die ausländischen Arbeiter aus rein egoistischen Motiven hereingebracht hätten. (Dennoch richtete sich der Haß der Massen gegen die Ausländer). Die Opposition zu dieser Initiative wurde von der Großindustrie geleitet, die ihr Angebot an billigen Arbeitskräften nicht schrumpfen sehen wollte. Trotzdem besteht kein Zweifel, daß diese Initiative den Interessen des Kapitals diente: sie vermehrte die Spannungen zwischen den schweizerischen und ausländischen Arbeitern und schwächte damit die Arbeiterbewegung. Der Erfolg Enoch Powells in Großbritannien ist ein weiteres Beispiel. Durch seine schwarzenfeindlichen Kampagnen hat Powell große Resonanz bei der Arbeiterschaft gewonnen und hat es sogar erreicht, daß die Hafenarbeiter, gewöhnlich die klassenkämpferischsten aller englischen Arbeiter, ihre Solidarität mit ihm in Demonstrationen kundtaten.

Die Anwesenheit der ausländischen Arbeiter ist eine der Hauptursachen für das gegenwärtig herrschende falsche Bewußtsein großer Teile der Arbeiterklasse.

Die Existenz einer neuen unteren Schicht von Ausländern verändert die Eigeneinschätzung der einheimischen Arbeiter in bezug auf ihre Position in der Gesellschaft. Statt eines dichotomischen Gesellschaftsbildes, wo die Massen der Arbeiterschaft einer kleinen kapitalistischen herrschenden Klasse gegenüberstehen, verstehen sich viele Arbeiter nunmehr als zu einer mittleren Schicht gehörend. Dieses Gefühl wird dadurch genährt, daß die einheimischen Arbeiter geringfügige materielle Vorteile vor den Ausländern genießen, sowie durch die schon erwähnten Ideologien. Ein solches Bewußtsein ist nicht durch Solidarität und gemeinsame Aktionen gekennzeichnet, sondern durch ein hierarchisches Gesellschaftsbild, das Streben nach individuellem Aufstieg und durch Konkurrenz der Arbeiter untereinander. Dieses ist die Mentalität einer Arbeiteraristokratie. Wie Lenin schon warnte, führt dies zu Opportunismus und einem zeitweiligen Zerfall der Arbeiterbewegung.

In der Beeinflussung des Klassenbewußtseins der einheimischen Arbeiter liegt die wichtigste politische Wirkung der Arbeitskräftewanderung. Doch gibt es außerdem noch andere unmittelbarere politische Konsequenzen:

Ein großer Teil der Arbeiterklasse ist von politischen Aktionen ausgeschlossen.

Ausländische Arbeiter haben weder das Wahlrecht, noch das Recht, sich politisch zu organisieren. Dies schwächt nicht nur die gesamte Wählerschaft der Arbeiterschaft, sondern bedeutet auch, daß der am meisten ausgebeutete Teil der Arbeiterklasse politisch überhaupt nicht repräsentiert wird. Sogar da, wo Ausländer dem Buchstaben nach das Recht auf gewisse politische Aktionen haben, wird dies ihnen in der Tat häufig verwehrt, wie die zahlreichen Ausweisungen von Ausländern aus Frankreich, Deutschland und der Schweiz zeigen.

Die Gewerkschaften werden geschwächt und neigen dazu, nur einen Teil der Arbeiterklasse zu vertreten.

In vielen Ländern haben Ausländer nicht das Recht, sich aktiv gewerkschaftlich zu beteiligen oder bei Betriebsräten oder ähnlichen Einrichtungen teilzunehmen. Sogar solche gewerkschaftlichen Rechte, die gesetzlich garantiert sind, werden oft durch unterdrückende Arbeitsmarktvorschriften zunichte gemacht. Wo solche Probleme nicht existieren, sind die ausländischen Arbeiter häufig dennoch nicht gewillt, den Gewerkschaften beizutreten. Der zumeist bäuerliche Ursprung der Ausländer und die kurze Zeit, in der sie in Westeuropa zu bleiben gedenken, kann nur als ein Grund dafür angesehen werden. Oft beteiligen sich die Ausländer nicht an der Gewerkschaftsarbeit, weil sie das Gefühl haben, daß die Gewerkschaften ihre Interessen nicht vertreten. Immerhin werden die Gewerkschaften von den einheimischen Arbeitern, bzw. von Funktionären, die aus dieser Gruppe stammen, kontrolliert. Wenn es zu Interessenkonflikten zwischen einheimischen und ausländischen Arbeitern kommt – was auf Grund ihrer unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Stellung nicht selten ist – neigen die Gewerkschaften dazu, nur die einheimischen Arbeiter zu unterstützen. Eine Analyse von verschiedenen Arbeitskämpfen aus der jüngeren Vergangenheit zeigt, daß die ausländischen Arbeiter sich fast immer mit ihren einheimischen Kollegen solidarisiert haben, wo letztere für allgemeine Forderungen eintraten. Dahingegen haben sich die Ausländer von den einheimischen Arbeitern oft verlassen gesehen, wenn es darum ging, gegen besondere Formen der Diskriminierung anzugehen.

Unter solchen Voraussetzungen dürfte es niemanden überraschen, wenn die Ausländer den Gewerkschaften fernbleiben. Dies bedeutet natürlich, daß die Gewerkschaften in Industriezweigen, in denen viele Ausländer beschäftigt sind, bedeutend geschwächt werden. In der Schweiz fürchten viele Gewerkschaften um ihre Existenz und schlagen als Lösung einen „Solidaritätsbeitrag" vor, den die Arbeitgeber einem jedem Arbeiter vom Lohn abziehen sollen. Als Gegenleistung bieten die Gewerkschaften den Arbeitgebern, das effektivste Instrument zur Disziplinierung der ausländischen Arbeiter zu sein: daher auch der Protest der Gewerkschaften, als die Arbeitgeber in Genf im Jahre 1970 Konzessionen an die streikenden spanischen Arbeiter machten. Nun könnte man dazu kommen anzunehmen, daß die einzige Antwort auf das Versagen der Gewerkschaften, die Ausländer zu vertreten, in der Gründung von besonderen Ausländergewerkschaften liege. Doch würde dies im Grunde nur den Interessen der Kapitalisten dienen, da die Spaltung der Arbeiterklasse dadurch institutionalisiert würde.

Eine revolutionäre sozialistische Strategie im heutigen Westeuropa kann nur dann Erfolg haben, wenn sie den besonderen Problemen, die die Arbeitskräftewanderung mit sich bringt, Rechnung trägt.

Die folgenden Ziele müssen verfolgt werden: eine Verteidigung der besonderen Interessen der ausländischen Arbeiter bei gleichzeitiger Integrierung der Ausländer in die Arbeiterbewegung; die Bekämpfung rassistischer und fremdenfeindlicher Ideologien und damit zusammenhängend die Schaffung eines richtigen Bewußtseins der Klassenposition bei den einheimischen Arbeitern, die ja dieselbe ist wie die der ausländischen Arbeiter; und schließlich der gemeinsame Kampf von einheimischen und ausländischen Arbeitern gegen den Klassenfeind.

Die Erweiterung der EWG

Eva Brumlop

Die Verhandlungen über den Beitritt Englands zur EWG markieren eine neue Phase in der Reorganisation des westeuropäischen und internationalen Kapitals. Der Intensivierung der ökonomischen, politischen und militärischen Beziehungen der entwickelten kapitalistischen Länder liegen quantitative und qualitative Wandlungen der kapitalistischen Produktions- und Verwertungsbedingungen während der 60er wie zum Beginn der 70er Jahre zu Grunde.

Die internationale Konjunktur

Während die Zyklen der kapitalistischen Entwicklung in den hochindustrialisierten Ländern bis in die zweite Hälfte der 60er Jahre ungleichzeitig verliefen und somit die in den nationalen Wirtschaften auftretenden zyklischen Schwankungen durch verstärkten Absatz inländischer Warenwerte im Ausland bzw. durch den Kauf ausländischer Waren für inländische Produktionsprozesse reguliert werden konnten, [1]) deutet sich seitdem eine allgemeine Verlangsamung des Wachstums bei gleichzeitiger Angleichung der internationalen Zyklen an, [2]) die von einer Verstärkung der Austauschbeziehungen zwischen den entwickelten Ländern sowie der Verlagerung der Produktions- und Verwertungsprozesse ins Ausland begleitet wird.[3]) Die Vermehrung der ökonomischen Krisenerscheinungen (permanente Inflation, Währungskrisen. . .) und die Intensivierung der Klassenkämpfe in allen westeuropäischen Staaten lassen darauf schließen, daß die durch beschleunigte Kapitalakkumulation und Wiederaufrüstung gekennzeichnete Nachkriegskonjunktur ihren Abschluß gefunden hat. Die objektive Grenze der unbeschränkten Akkumulationsgier des Kapitals liegt einmal in der „Sättigung" des kapitalistischen Weltmarktes, d. h. den konkreten Verwertungsbedingungen, zum anderen werden ihr im lebendigen Widerstand der Lohnabhängigen gegen die ständige Steigerung des Exploitationsgrads der Arbeit Grenzen gesetzt. Das Kapital, als widersprüchliche Einheit von Produktions- und Verwertungsprozeß, kann nur dann in eine neue Phase der Expansion eintreten, wenn es der im Produktionsprozeß gesetzten Verwertung reale Verwertungsmöglichkeiten eröffnet.

Monopol und Profitrate

Mit der fortschreitenden Monopolisierung der Produktion verschärft sich der Konkurrenzkampf zwischen dem nationalen und internationalen Kapital, wird andererseits der Polarisierungsprozeß zwischen Kapital und Arbeit vorangetrieben. Der Zweck jeder Monopolbildung ist die Erhöhung der Profitrate über die Durchschnittsprofitrate zur Sicherung monopolistischer Extraprofite. Die Profitrate wird bestimmt durch die Größe des Mehrwerts, die Wertzusammensetzung und Umschlagszeit des Kapitals. Die ständige Revolutionierung der Produktivkräfte zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und Senkung der Produktionskosten, die in der Verwissenschaftlichung der Produktion ihre höchste Entfaltungsstufe erreicht hat, wird ebenso zur entscheidenden Voraussetzung monopolistischer Profitmaximierung wie die Vergrößerung der Produktionseinheiten und die Eröffnung neuer Produktionszweige zur Erweiterung der Profitmasse. Die oligopolistische Vermachtung der Produktion verschiebt dabei die Konkurrenzformen mehr und mehr von der Preiskonkurrenz auf den Kampf um höhere Produktivität und geringere Kosten. Die Rationalisierungsinvestition im Gegensatz zur Kapazitätserweiterungsinvestition wird zum wichtigsten Instrument der Profitsicherung. Ergebnis der Monopolisierung ist eine wachsende Ungleichheit der Profitraten und Verschiedenheit der Profitmassen, die wiederum die Akkumulationsmöglichkeiten bestimmen. Die fortschreitende Arbeitsteilung als Motor der kapitalistischen Akkumulation, die ständige Differenzierung wie auch Ausdehnung der Produktion, verlangt nach entsprechenden „Anlagemöglichkeiten" und „Absatzmärkten", die die beschränkte gesellschaftliche Konsumtionskraft nationaler Wirtschaften auf der Basis antagonistischer Distributionsverhältnisse nicht mehr stellen kann. Die Schaffung der politischen und ökonomischen Voraussetzungen für die Verlagerung der Zirkulation und Produktion des Kapitals von einem kapitalistischen Land in ein anderes wird deshalb zur Aufgabe der nationalen Regierungen.

Euphorisch in die kooperative Ausbeutung: Rippon/Schumann dpa

Die 1. Phase der „europäischen Integration"

Die erste Phase der „europäischen Integration" war einerseits Ergebnis der durch amerikanische Kredite wie durch die spezifischen Verwertungsbedingungen der Rekonstruktionsperiode stimulierten Kapitalakkumulation. Die im Krieg erfolgte Entwertung und Vernichtung fixen Kapitals, die als Folge der anhaltenden Rüstungsproduktion gesteigerte Nachfrage nach Produktionsmitteln und Arbeitskräften als auch das hohe Angebot an variablem Kapital erlaubten eine quantitative wie qualitative Ausdehnung der Produktionskapazitäten. War die EWG einerseits Resultat vorangegangener Kapitalkonzentration, so sollte sie andererseits die politischen und ökonomischen Bedingungen für eine weitere Expansion schaffen. Die politische Strategie des Kapitals richtete sich dabei primär auf die politische und militärische Stärkung gegenüber den Ländern des Ostblocks wie auf die Restauration des Systems im Inneren.

Die 2. Phase der „europäischen Integration"

Aus den veränderten nationalen und internationalen Bedingungen des kapitalistischen Produktions- und Verwertungsprozesses wie dem Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit leitet sich die gegenwärtige Phase der Erweiterung der EWG ab. Die sich abzeichnende „Sättigung" des kapitalistischen Weltmarktes sowie die als Mittel der Profiterhöhung vorangetriebene Konzentration des Kapitals und die Differenzierung der Produktion verschärfen den Kampf um die Märkte der entwickelten kapitalistischen Länder, die den entscheidenden „Absatzmarkt" hochwertiger Produkte stellen. Vom imperialistischen Kampf um ein bestimmtes Rohstoffmonopol über den Kapital- und Warenexport in entwickelte wie unterentwickelte Länder hat sich der Konkurrenzkampf auf den „Wirtschaftsraum" der kapitalistischen Industrieländer verlagert auf die Entwicklung und den Besitz solcher Industriezweige, die die Einführung neuer Techniken und die „Eröffnung neuer Märkte" fördern und damit dem langfristigen Sinken der Profitrate entgegenwirken. So vermerkt die OECD-Studie „Perspektiven wirtschaftlichen Wachstums 1960 – 1980" [4]), daß seit 1960 der Handel zwischen den entwickelten kapitalistischen Ländern vor allem im Bereich der Produktions- und Investitionsgüterindustrie rapide gewachsen ist, während der Anteil der unterentwickelten Länder am Welthandel ständig zurückgeht.[5]) Abgesehen von der quantitativen Steigerung der Austauschbeziehungen der entwickelten kapitalistischen Länder, die sich schneller ausdehnen als die Produktion, stellt sich die qualitative Veränderung in der internationalen Kapitalbewegung in der wachsenden Bedeutung direkter ausländischer Investitionen großer Unternehmen dar.[6]) Der Kapitalexport als Mittel der Realisierung inländischer Warenwerte im Ausland wird zunehmend durch die Verlagerung des kapitalistischen Produktions- und Verwertungsprozesses ins Ausland ergänzt. Folge dieser Profitstrategie der „freien Kapitalbewegung", die vor allem von den bisherigen Reservewährungsländern USA und Großbritannien in großem Stil betrieben wird, ist die zwischenwirtschaftliche Übertragung national auftretender Konjunkturprobleme.

Die „übernational organisierte Inflation"[7]) stellt im Gegensatz zu den Krisenerscheinungen des klassischen Kapitalismus – Preisverfall, Zusammenbruch von Riesenunternehmen und hohe Arbeitslosigkeit – zusammen mit Zahlungsbilanzschwierigkeiten und „Unterakkumulation" die veränderten Erscheinungsreformen der im widersprüchlichen Charakter des Kapitals angelegten Krise des Kapitalismus dar. So schreibt ein Leitartikel der „Financial Times"[8]) „. . . die gegenwärtigen währungspolitischen Probleme können sich als die bedeutendsten Verände-

rungen darstellen, die die Beziehungen der nicht-kommunistischen Staaten seit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1958 affizieren ...". So unterwanderte der kürzliche Rückfluß amerikanischer Dollars nach Westeuropa (die Rückzahlung von Krediten, die amerikanische Unternehmen auf dem Euro-Dollar-Markt zur Finanzierung amerikanischer Investitionen in Westeuropa aufgenommen hatten) die „anti-inflationistische Strategie" der westdeutschen Regierung und bewies damit die beschränkte „Wirksamkeit" einseitiger nationaler konjunkturpolitischer Maßnahmen. Auch der Versuch der Sechs unter Einschluß Englands, eine stabilere währungspolitische Union zu schaffen, kann immer nur vorübergehenden Erfolg haben, solange die den Preisbewegungen und Zahlungsbilanz- wie Wechselkursproblemen zu Grunde liegenden Widersprüche im Produktions- und Verwertungsprozeß fortbestehen.

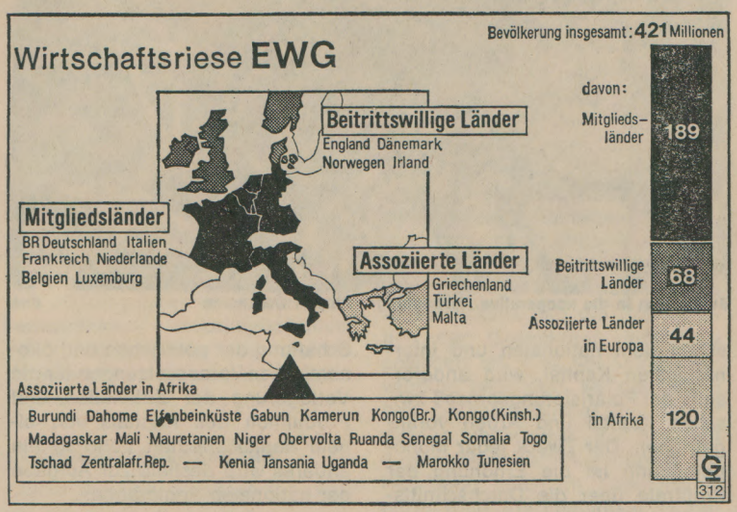
„Kooperation statt Konfrontation"

Die objektive Tendenz des Kapitals, sich zur Sicherung der langfristigen Bedingungen der Profitmaximierung zusammenzuschließen, findet nicht nur in der Aufnahme Englands in die Wirtschaftsgemeinschaft seinen Ausdruck, sondern auch in dem Bemühen um wirtschaftliche Kooperation mit den Staaten des Comecon, deren ausdehnungsfähige Märkte erweiterte Realisierungs- und Verwertungsmöglichkeiten für das westeuropäische Kapital versprechen, dessen Akkumulationsgier durch den aufkommenden Protektionismus des amerikanischen Kapitals wie durch das unaufhaltsame Eindringen japanischen Kapitals in die am weitesten entwickelten Produktionszweige Westeuropas eingeengt wird. In dem Maße, in dem osteuropäische Länder in die Sphäre des kapitalistischen Weltmarktes einbezogen werden, werden dort die letzten Residuen der revolutionären Epoche zerstört.

Gegenüber den unterentwickelten Ländern wird eine Strategie der „kooperativen Ausbeutung" mittels hoher Schutzzölle praktiziert, welche die Industrialisierung dieser Länder weiter erschwert. Die internationale Arbeitsteilung führt zur fortschreitenden Unterakkumulation in den unterentwikkelten Ländern, deren Anteil am Welthandel zwischen 1950 und 1967 von 31,5 % auf 18,5 % gefallen ist.[9])

„Stabilisierung oder Verschärfung der Widersprüche?

Die Erweiterung der EWG als Ausdruck fortschreitender Konzentration und Verschmelzung von wirtschaftlicher unnd politischer Macht ist einerseits Folge der verschärften internationalen Konkurrenz, andererseits spiegelt sie das Bedürfnis des Kapitals nach langfristiger Planung und Kontrolle der politischen und ökonomischen Prozesse wider. Die Regierungen der entwickelten kapitalistischen Länder passen ihre staatliche Politik nicht nur den Bedürfnissen der Monopole an, sondern fördern aktiv ihre Entstehung. So ist die enorme Konzentrationsbewegung des britischen Kapitals während der zweiten Hälfte der 60er Jahre durch die aktive Unterstützung der britischen Labourregierung vorangetrieben als auch mit der entsprechenden Europa-Politik wie dem ideologischen Überbau versehen worden. [10])



England und die EWG

Daß die „europäische Integration" der Logik des Profits und nicht dem „Prinzip der planmäßigen und demokratischen Produktion" folgt, wird am deutlichsten im spezifischen Krisenzusammenhang des englischen Kapitalismus. In diesem konkreten Kontext wird nicht nur die widersprüchliche Interessenlage einzelner Kapitalfraktionen hinsichtlich eines EWG-Beitritts erhellt, sondern der Grundwiderspruch zwischen Kapital und Lohnarbeit aktualisiert. Wenn die Interessen verschiedener Monopole in der staatlichen Wirtschaftspolitik widerstreiten, siegt das stärkere Monopol. Schrittmacher des englischen Anschlusses an die EWG ist vor allem die „Londoner City", das englische Finanzkapital, dessen traditionelle Rolle als Weltbankier wie die bereits bedeutende Stellung auf dem Euro-Dollar-Markt durch den freien Zugang britischen und internationalen Kapitals zum westeuropäischen Markt aufgewertet würde. [11]) Weiterhin zählen zu den einflußreichsten Protagonisten des englischen Beitritts die Gruppen des englischen Industriekapitals, die entweder bereits eine international dominierende Position einnehmen oder durch die Verschmelzung mit europäischen Unternehmen schnell in die Spitzengruppe der internationalen Konzerne aufrücken würden. [12])

Den nicht-konkurrenzfähigen Kapitalen wie den englischen Lohnabhängigen bietet der EWG-Beitritt jedoch keine Entwicklungsperspektive. Die beschleunigte Reorganisation des britischen Kapitals zur Verbesserung seiner Konkurrenzfähigkeit im erweiterten europäischen Markt findet einmal durch die Ausschaltung nicht-profitabler Unternehmen statt. Die künstlich erzeugte Rezession mit dem massenhaften Ausstoß „überflüssiger Arbeitskräfte" im Zuge kostensparender Rationalisierungsverfahren erhöht nicht nur die Profitmasse, sondern diszipliniert auch die lohnpolitischen Forderungen der Lohnabhängigen. Langfristig richtet sich die Strategie des Kapitals auf die gesetzliche Einschränkung der traditionellen Lohnverhandlungsvollmachten der Gewerkschaften (Anti-Streik-Gesetzgebung) wie auf die zusätzliche Lohnsenkung durch die Bindung der Löhne an den Produktivitätszuwachs. Dem umfassenden Angriff des englischen Kapitals auf die politischen und ökonomischen Lebensbedingungen der englischen Lohnabhängigen, im Zuge des kapitalistischen „streamlining", steht der ohnmächtige Widerstand der englischen Gewerkschaften gegenüber, deren gewerkschaftlich erkämpfte Erfolge Schritt um Schritt abgebaut werden.

Perspektiven

Mit der fortschreitenden Integration und Entwaffnung der offiziellen Gewerkschaftsbewegungen in allen westeuropäischen Ländern, verstärkt sich gleichzeitig der Widerstand der Lohnabhängigen in den Zentren kapitalistischer Akkumulation in Westeuropa und den USA. Die führende Rolle der Automobil-, Chemie- und Metallarbeiter im internationalen Klassenkampf läßt annehmen, daß eine Gegenoffensive der Lohnabhängigen von den Bereichen auszugehen hat, die auf Grund ihres Konzentrationsgrades, dem Entwicklungsniveau der Produktivkräfte und der Wertzusammensetzung des Kapitals nicht nur die entwickeltste Form des Kapitals, sondern auch und vor allem der Lohnarbeit darstellen. „Das schwächste Glied ist nicht länger dort, wo das Kapital am schwächsten, sondern wo die Arbeiterklasse am stärksten ist." [13]) Nur wenn von den Bewegungsgesetzen des Kapitals abstrahiert und dessen grundsätzlich widersprüchlicher Charakter geleugnet wird, kann die „europäische Integration" einseitig als Versuch der „Systemstabilisierung" und Krisenvermeidung" interpretiert werden. Dem reformistischen Glauben, die EWG sei bereits ein Schritt auf dem Weg zur „Demokratisierung" Europas, man müsse nur die Monopole unter die „demokratische Kontrolle" der supranationalen Ausschüsse stellen, liegt der Irrtum zu Grunde, man könne die ökonomische Basis durch den politischen Überbau demokratisieren. Da aber in Wirklichkeit das Verhältnis von Basis und Überbau umgekehrt ist, und die staatliche Funktion durch die ökonomische Basis bestimmt wird, kann von einer „Stabilisierung" und „Demokratisierung" gar keine Rede sein. Zu hoffen ist, daß die Internationalisierung des Kapitals die internationale Zusammenarbeit der antikapitalistischen Kräfte vorantreibt und somit der Gefahr einer „Stabilisierung" eines kapitalistischen Europas entgegenarbeitet.

Anmerkungen:

[1]) Altvater, Die Konjunkturlage der BRD, SOPO 5/1970, S. 17
[2]) OECD Summary Report, The Outlook for Economic Growth 1960 — 1980, März 1970, S. 1, Tab. 1
[3]) OECD-Report, The Growth of Output 1960 — 1980, Dez. 1970 S. 56 ff.
[4], [5], [6]) ebda.
[7]) Hofmann, Die säkulare Inflation, Berlin 1962, S. 66
[8]) Financial Times, London, 8. 5. 1971
[9]) Mandel, Europe versus America, S. 72
[10]) Doughty, Mergers and Redundancy, A Study of the Industrial Reorganisation Corporation in: Trade Union Register 1970, S. 35 ff
[11]) Financial Times, London, 17. 7. 71
[12]) Großbritannien und die EWG, DWI-Forschungshefte, Nr. 4 1970, S. 42 ff
[13]) Tronti, Mario, Workers and Capital, 1965

■

HARAMBEE

Studentische Zeitschrift für afrikanische Probleme. Die Ausgabe 2/71 enthält u. a. Beiträge über: Französische Afrikapolitik; Cabora Bassa; Bürgerkrieg im Sudan; Übersetzung von 'Education for Self-Reliance' von J. Nyerere; Interview aus Südafrika. Probeexemplare bei Redaktion Harambee 2 Hamburg 13, E.-Siemers-Allee 1, c/o Polit-Center.

Polizeiaktionen gegen „883"

Die in der Zuschrift von „883" beschriebene Art polizeilicher Operation ist nicht nur für Berlin charakteristisch. Doch mit der Verwendung zoologischer Gattungsbegriffe ist weder politisch noch psychologisch etwas geklärt. Der Mensch ist „ummontierbar". Das besorgen in diesem Fall die Polizeischulen. Wieviel als Werkzeuge der Herrschenden funktionierende Polizisten entstammen der Arbeiterklasse „an sich"? Wäre es nicht nützlich, den Haßkomplex, der hier zum Ausdruck und den Herrschenden zugute kommt, von seiner Motivation her zu klären und nicht nur als gegeben hinzunehmen? Es gibt Möglichkeiten, auch die Polizei als repressives Intrument brüchig zu machen. Zum Kampf der Linken gehört nicht nur Schlagabtausch sondern auch listige Fantasie.

„Im Ermittlungsverfahren gegen UNBEKANNT wegen Beleidigung und Verstoßes gegen das Pressegesetz wird auf mündlichen Antrag der Staatsanwaltschaft Berlin vom 1. 7. 1971 gemäß § 103 StPO die Durchsuchung der Wohn-, Neben- und Geschäftsräume sowie des Kraftwagens . . . — **auch zur Nachtzeit** — angeordnet."

Viele Genossen kennen diesen Spruch. Viele wissen, was geschehen ist, nachdem Staatsanwalt, Richter und die Bullen in der Wohnung waren. Im folgenden geht es um die Beschlagnahmeaktion der Bullen gegen 883. Anklagepunkte: Verstoß gegen das Pressegesetz und Beleidigung. Das sind Delikte, die im Verhältnis zum Aufwand des Staatsapparates einfach lächerlich sind.

Wie läuft der Terror ab?

Du warst im Kino, in der Kneipe oder hattest ein Treffen mit Genossen. Du kommst gegen 24 Uhr nach Hause; siehst Leute am Auto einer Genossin herumfummeln. Du fragst, was das soll. Die antworten: sind Sie der und der? Du: Ja! Kriminalpolizei! ! ! Auf dem Wege zu deiner Wohnung bemerkst du Zivilbullen im Hausflur. Du kommst in deine Wohnung, die Schweine schon aufgebrochen haben. Schloß kaputt, Klingel zerschlagen! Du fragst den Staatsanwalt (das Schwein kennen wir: Böhmann) was das ganze soll. Schon wirst du von einem Unterpig zur Seite gestoßen. Du protestierst, fragst nach dem Durchsuchungsbefehl; die geben dir vorerst überhaupt nichts. Suchen einfach weiter: reißen Bettkästchen auf, stöbern in alten Zeitungen, reißen Bücher aus den Regalen, wühlen in deiner Post. Du fragst nochmal. Endlich bequemt sich eines der Schweine, dir den Beschluß zu zeigen. Du liest ihn durch, stellst fest, die haben den Beschluß auf eine andere Wohnung ausgefüllt als der, wo sie sich augenblicklich befinden. Du wirst wütend, sagst sie sollen abhauen. Sagst das zweimal. Der Richter kritzelt dann schnell einen Zusatz: der Beschluß

Nach der Polizeiaktion bei 883

ist damit rechtskräftig! Nachdem du wieder protestierst, kommt ein Unterpig (kennen wir auch: Höhne, der „Bombenfinder" bei der Kommune I), brüllt dich an, du sollst die Hände von ihm lassen. Dabei hast du nichts getan, nur rumgestanden. Der rempelt dich an, ein anderer stößt dich zur Seite (Schweinedienst Nr. 0545), du spannst die Muskeln an, das Schwein brüllt: „Holt die Streife, holt die Streife!" Du wirst mit den anwesenden Genossen aus deiner Wohnung rausgeschmissen. Die Streifenbullen kommen, nehmen dich mit zur Wache. Du hockst da 2 Stunden. Die Revierbullen sind sauer auf die Kripo: die haben ihnen zwei Leute rangeschlept, mit denen sie nichts anzufangen wissen. Die Kripo sagt nur: „Festhalten". Basta. Angeblich wegen „Störung einer Amtshandlung". Telefonieren darfst du natürlich nicht.

Drecksarbeit

Auf dem Bild oben ist zu sehen, wie eine Durchsuchung aussieht. Dabei ist der Zynismus der Schweine unbegrenzt. Im Protokoll steht: „Die Durchsuchung wurde freiwillig gestattet". Die kommen nachts mit über 30 Leuten, umstellen das Haus, leuchten in Keller, leuchten Hauswände ab, rennen mit Getöse die Treppen rauf und runter; toben sich nach SS-Manier aus: Da Bücher sowieso für diese Zwerghirnigen schon Aggressionen auslösen, beginnen sie zu „arbeiten". Sie greifen mit auseinandergespannten Armen ins Bücherregal und reißen die Bücher raus. Am liebsten würden sie noch drauf scheißen und reinpissen und zu dir sagen: „Sie wollen doch nicht behaupten, daß **wir** so etwas machen!"

Im Protokoll steht: „Es ist nichts beschädigt worden". Die Schweine treten die Tür ein: „Es ist nichts beschädigt worden". Die Schweine demolieren die Klingel, zertreten Bücher, Druckplatten, Filme, „es ist nichts beschädigt worden." Die Schweine reißen den Kleiderschrank auf, schmeißen die Klamotten in der Wohnung rum: „Es ist nichts beschädigt worden." — Sachschaden der ganzen Aktion: ca. 2000,— DM!

Richter und Staatsanwalt

Beide fungieren bei derartigen Sauereien als juristisches Alibi. Die Drecksarbeit wird rechtskräftig, sobald ein Richter und Staatsanwalt dabei ist. Bei den Durchsuchungen drücken sie sich immer im Flur oder gerade in den Zimmern rum, wo die Unterpigs nicht sind. Den Herren scheint das ganze irgendwie peinlich zu sein. Sie sind freundlicher als die Unterpigs, bücken sich auch nicht, um irgendwo herumzuschnüffeln. Sie tun nichts. Stehen rum, sind nett zu den Kindern, versuchen sogar ruhig und höflich mit dir zu reden. Sie schämen sich fast, mit den anderen Schweinen zusammenzuarbeiten. Sie zucken mit den Schultern, wenn du dich empört an sie wendest.

An die Genossen

Viele Genossen sagen: das dürfen die doch nicht. Du selbst glaubst sogar noch daran. Du glaubst, wenn du nach den Namen der Schweine fragst, die würden antworten. Nichts. Die schweigen, übersehen dich, schieben dich zur Seite. Die verkrüppelten Unterschriften kannst du auf dem Protokoll sowieso nicht entziffern. Wenn der Spuk vorbei ist, weißt du oft überhaupt nicht, wer durchsucht hat.

Genossen, wir müssen ohne Illusion weiter kämpfen. Wir müssen die Illusion aufgeben, daß die Schweine irgendetwas doch **nicht** dürfen. Fest steht: **die dürfen und machen alles.** Das heißt für uns allerdings nicht, die ständigen Rechtsbrüche der Schweine widerstandslos hinzunehmen.

Genossen, haltet eure Wohnungen von allem irgendwie „belastenden Material" sauber.

883 REDAKTION

Das Sozialistische Patientenkollektiv

In der Nacht zum 21. Juli 1971 gegen Morgen vermißte in Wiesenbach bei Heidelberg der Psychiater Dr. Wolfgang Huber seine Ehefrau Ursula. Sie wollte gegen 1 Uhr wegen verdächtiger Geräusche noch einmal um das Haus gehen und kam nicht mehr zurück. Als ihr Mann bei der Polizei anrief und den Verdacht äusserte, daß Wegelagerer sein Haus umschlichen, beorderte man ihn auf die Polizeidirektion und nahm ihn fest. Seine Frau war schon vor der Haustür verhaftet worden. In den frühen Morgenstunden des Mittwochs wurden weitere fünf Personen wegen Verdachts, sich zu einer „kriminellen Vereinigung" zusammengeschlossen zu haben, in Heidelberg in einer „Blitzaktion" der Polizei ebenfalls verhaftet. Dr. Huber, bis zum Februar 1970 Assistenzarzt an der Psychiatrischen Poliklinik Heidelberg, arbeitete mit seiner Frau im Sozialistischen Patientenkollektiv, einer Einrichtung an der Universität Heidelberg, die auch Klinikräume in der Rohrbacher Straße 12 zur Verfügung stellte.

Begonnen hatte — nach den Ausführungen des Bayernkurier — „das, was nunmehr zum Sicherheitsproblem ausgeartet ist, im November 1969". Das Leibblatt von Strauß stellte dazu weiter fest: „Der neue Oberarzt der Psychiatrischen Poliklinik in Heidelberg, Dr. Helmut Kretz, hatte damals den Assistenzarzt Dr. Wolfgang Huber aufgefordert, sich bei der Behandlung seiner Patienten im Kollegenkreis abzusprechen". Es ging also um neue Methoden, die der Psychiater Dr. Huber bei seinen Patienten anwenden wollte und mit denen er erhebliche Erfolge aufzuweisen hatte.

Es ging um verschiedene Auffassungen zwischen der etablierten Psychiatrie und Dr. Huber, dessen Methoden nach einem Gutachten des Gießener Pychiaters Professor Richter in ähnlicher Form auch in den USA, England, Italien und Frankreich angewandt werden.

Dr. Huber wurde im Februar 1970 gekündigt, weil er sich nicht in die Hierarchie der Psychiatrischen Poliklinik einpassen wollte und seine neuen Behandlungsmethoden trotz Warnung weiter fortsetzte. Seine Patienten besetzten das Dienstzimmer des Verwaltungsdirektors der Medizinischen Klinik, Wilhelm Ernst, und hatten insofern Erfolg, als die Räume in der Rohrbacher Straße zur Verfügung gestellt wurden. Aber das Sozialistische Patientenkollektiv war von Anfang an dem Druck und den Schikanen der Ärztehierarchie und der über ihr stehenden staatlichen Verwaltungsbürokratie ausgesetzt. Die Doktoren der Psychiatrischen Klinik behinderten die Arbeit durch einen erschwerten Zugang zu Rezepten, die Dr. Huber als Assistenzarzt selbst noch nicht unterschreiben durfte. Von vornherein war ihnen der Arzt suspekt, der Krankheit nicht als individuelles Schicksal begriff, sondern als Ausdruck gesellschaftlicher Klassenherrschaft, und dem es daher nicht um die fortwährende Regeneration seines Standes gehen konnte. Kultusminister Hahn aber, der das

Literaturhinweise zur Einführung in die Probleme von Imperialismus und Neokolonialismus

Die folgenden Angaben beschränken sich auf die Literatur, die in deutscher Sprache vorliegt und die einen Einstieg in die Problematik des Themenkreises gestattet. Die Übersicht ist deshalb keineswegs auch nur annähernd vollständig. Weiterführende Literatur kann jedoch aus vielen der angegebenen Schriften für die jeweiligen speziellen Fragen entnommen werden. — Die im folgenden aufgeführten Bücher können bezogen werden über den Bücher- & Papervertrieb des Sozialistischen Büros, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrrain), Tel. 06 11 - 83 25 93.

Zur Theorie des Imperialismus

Die Theorien des Imperialismus beschränken sich keineswegs auf eine Erklärung des Verhältnisses von entwickelten kapitalistischen Industriestaaten zu nicht-entwikkelten (kolonialen) Ländern. Sie gehen vielmehr von der Konkurrenz der Industriestaaten, angetrieben durch strukturelle Eigenschaften des kapitalistischen Systems, insbesondere auch durch die Interessen der Monopole und Oligopole aus, und versuchen, auf diese Weise das auswärtige Verhalten von Staaten aus den inneren Strukturen des kapitalistischen Systems in bestimmten Stadien seiner Entwicklung zu erklären. Die Beziehungen zwischen den kapitalistischen Industriestaaten und der Armen Welt in ihrem Bereich kann deshalb nur auf dem Hintergrunde solcher theoretischen Ansätze sinnvoll diskutiert werden. — Die nachfolgend aufgeführten Bücher sind nach der Reihenfolge ihres Erscheinens geordnet.

J. A. Hobson: Der Imperialismus. 1902. Neuauflage Kiepenheuer & Witsch. DM 26,—
Erste umfassende Darstellung der Problematik aus radikal-liberaler Sicht, die alle späteren Werke, einschließlich Lenins Schrift, stark beeinflußte.

R. Hilferding: Das Finanzkapital. 1910. Neuauflage EVA. DM 29,—
Enthält die hauptsächlichen Erkenntnisse über die Verbindung des Industrie- und Finanzkapitals und die Verhaltensweisen der sich bildenden Mono- und Oligopole, auf die sich später Bucharin und Lenin im wesentlichen stützen.

R. Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals. 1913. Neuauflage Neue Kritik. DM 9,—

Luxemburg untersucht die Probleme der Realisierung des Mehrwerts und die sich daraus ergebenden Zwänge zu expansivem außenpolitischen Verhalten.
N. Bucharin: Imperialismus und Weltwirtschaft. 1915 geschrieben, aber erst 1927 veröffentlicht. Neuauflage Neue Kritik. DM 8,—
Wichtiger Ansatz zu einer zusammenhängenden sozialistischen Imperialismus-Theorie. Vorwort von Lenin.

W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. 1917. Neuauflage Dietz-Verlag. DM 1,—
Lenins „gemeinverständlicher Abriß" stütz sich im wesentlichen auf die vorher genannte Literatur. Er ist zur politisch wirkungsvollsten Imperialismus-Darstellung geworden.

H.-U. Wehler: Imperialismus. 1970. Kiepenhauer & Witsch. DM 26,—
Diese Aufsatzsammlung enthält eine Übersicht über die Imperialismus-Theorien, wichtige historische Materialien zur Imperialismus-Debatte bis zum Ende des Weltkrieg I und eine ausgezeichnete Bibliographie. Sie ist als Einstieg in diese Problematik (nicht aber für die Diskussion der gegenwärtigen Imperialismus-Problematik) sehr geeignet.

P. A. Baran/P. M. Sweezy: Monopolkapital. 1966. Suhrkamp. DM 16,—
Versuch der Ausarbeitung der Mechanismen der kapitalistischen Ökonomie unter den aktuellen Bedingungen monopolistischer, also nicht mehr vorwiegend konkurrenzwirtschaftlicher Strukturen. Dieses Buch ist eine der wichtigsten Grundlagen der gegenwärtigen Imperialismus-Diskussion.

H. Magdoff: Das Zeitalter des Imperialismus. Die ökonomischen Hintergründe der US-Außenpolitik. 1969. Neue Kritik. DM 10,—
Dieses Buch ermöglicht wohl zur Zeit den besten Einstieg in die aktuelle Imperialismus-Problematik. Es greift die wichtigsten Fragestellungen auf, gibt Zahlen für die Argumentation und ist gut verständlich geschrieben.

E. Altvater: Die Weltwährungskrise. 1969. EVA. DM 9,—
Einblick in die währungspolitischen Abhängigkeiten der kapitalistischen Industriestaaten voneinander.

C. Schuhler. Zur politischen Ökonomie der Armen Welt. 1968. Trikont. DM 9,80 und
P. Jalée: Die Dritte Welt in der Weltwirtschaft. 1968. EVA. DM 19,—
Führen beide in die Probleme der Armen Welt aus sozialistischer Perspektive ein. Das Buch von Jalée enthält einen Anhang mit ökonomischen Daten der wichtigsten Länder.

P. Jalée: Das neueste Stadium des Imperialismus. 1971 Hanser. DM 19,80

G. Myrdal: Politisches Manifest über die Armut in der Welt. 1970 Suhrkamp. DM 20,—

Materialreiche Einführung — auch für Anfänger gut geeignet.

Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen, UdSSR: Klassen und Klassenkampf in den Entwicklungsländern. I Die Klassenstruktur. 1967. II Probleme der ökonomischen Unabhängigkeit. 1967. III Die Wahl des Weges. 1968. 3 Bände. DM 45,—
Darstellung aus offizieller sowjetischer Sicht.

Zur historischen Einführung und Unterrichtung

D. Horowitz: Kalter Krieg. Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam. Band 1 und 2. 1969. Wagenbach. DM 13,— und
D. Horowitz: Imperialismus und Revolution. Neue Fakten zur gegenwärtigen Geschichte. 1970. Wagenbach. DM 8,50
Die Bücher von Horowitz sind als Einstieg und Nachschlagewerk für eine non-konformistische Geschichtsinterpretation sehr geeignet. Sie erschließen neuere Forschungsarbeiten, besonders auch aus dem amerikanischen Schrifttum, die sonst nur schwer zugänglich sind und die die in unserem Land gängige Darstellung der Ereignisse nach 1945 schwer erschüttern.

Modelle der Revolution und der Konterrevolution

P. Gäng/R. Reiche: Modelle der kolonialen Revolution. Beschreibung und Dokumente. 1969. edition suhrkamp. DM 4,—

J. Horlemann: Modelle der kolonialen Konterrevolution. Beschreibung und Dokumente. 1968. edition suhrkamp. DM 4,—

Monographische Darstellungen für einzelne Länder oder Regionen

West-Europa

E. Mandel: Die EWG und die Konkurrenz Europa-Amerika. 1968. EVA. DM 5,80

B. Heinrich: Schwarzrotgoldener Imperialismus. Deutsche Industrie und Ausbeutung der Dritten Welt. Erscheint im Herbst 1971. Bezug: Voltaire, 1 Berlin 15, Brandenburgische Str. 38

J. Meynaud. Bericht über die Abschaffung der Demokratie in Griechenland. Mit einer Klassenanalyse von C. T. Aris. 1969. Wagenbach. DM 5,50

P. Cinanni: Emigration und Imperialismus. Zur Problematik der Arbeiteremigranten. 1969. Trikont. DM 12.80

Cinanni behandelt die Probleme der Gastarbeiter auch im Hinblick auf die wirtschaftlichen Auswirkungen für ihr Herkunftsland.

Afrika und arabische Länder

H. Adam: Südafrika. Soziologie einer Rassengesellschaft. 1969. edition suhrkamp. DM 4,—

F. Lee: Der Einfluß des Marxismus auf die nationalen Befreiungsbewegungen in Südafrika. 1971. DM 7.50

ESG-Nachrichten: Sondernummer zum Cabora Bassa Projekt in Mozambique. DM 2,—

S. Bosgra: Cabora Bassa. Ein Damm gegen die Afrikaner. DM 1,50

G. Chaliand: Bewaffneter Kampf in Afrika. Trikont. DM 9,80
Befaßt sich mit dem Kampf in 'Portugiesisch'- Guinea.

E. Mondlane: Kampf um Mozambique. 1970. März. DM 14,—

V. Brandes: Black Brother. Die Bedeutung Afrikas für den Freiheitskampf des schwarzen Amerika. 1971. Melzer. DM 18,—

Projektgruppe Afrika: Der revolutionäre Befreiungskrieg in Angola, Guinea-Bissao und Mozambique. 1969. Oberbaumverlag. DM 7,—

F. Fanon: Aspekte der algerischen Revolution. 1969. edition suhrkamp. DM 4,—

B. Tibi: Die arabische Linke. 1969. EVA. DM 12,—
Eine Zusammenstellung von Arbeiten verschiedener Autoren, kapitelweise durch Vorbemerkungen des Herausgebers miteinander verknüpft.

W. Treuheit: Sozialismus in Entwicklungsländern. Indonesien — Burma — Ägypten — Tansania — Westafrika. 1971. Pahl-Rugenstein. DM 16,—

Asien

K. Steinhaus: Soziologie der türkischen Revolution. Zum Problem der Entfaltung der bürgerlichen Gesellschaft in sozio-ökonomisch schwach entwickelten Ländern. 1969. EVA. DM 15,—

H. Nazari: Der ökonomische und politische Kampf um das iranische Erdöl. 1971. Pahl-Rugenstein. DM 9,80

E. Schlereth/B. D. Bintang: Indonesien. Analyse eines Massakers. 1970. März. DM 12,—
Analyse der indonesischen Situation seit der Befreiung von den Holländern.

W. Treuheit: Sozialismus in Entwicklungsländern (siehe oben unter Afrika.)

J. Horlemann/P. Gäng: Vietnam. Genesis eines Konflikts. 1966. edition suhrkamp. DM 4,—

Lateinamerika

A. Córdova/H. S. Michelena: Die wirtschaftliche Struktur Lateinamerikas. Drei Studien zur politischen Ökonomie der Unterentwicklung. 1969. edition suhrkamp. DM 4,—

A. G. Frank: Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika. 1969. EVA. DM 20,—
Ausführliche sozioökonomische Analyse.

P. M. Sweezy/L. Huberman: Sozialismus in Kuba. 1970. edition suhrkamp. DM 4,—

A. G. Frank/Che Guevara/M. Marini/L. Vitale u. a.: Kritik des bürgerlichen Anti-Imperialismus. 1969. Wagenbach. DM 6,50

L. Hubermann/P. M. Sweezy: Focus und Freiraum. Debray. Brasilien. Linke in den Metropolen. 1970. Wagenbach. DM 5,50
R. Debray: Rovolution in der Revolution? Bewaffneter Kampf und politischer Kampf in Lateinamerika. 1967. Trikont. DM 6,—

C. Marighella: Für die brasilianische Revolution. 1970. DM 5,—

Komitee Europa-Lateinamerika: Chile-Dokumentation. Juni 1971. DM 3,50

Periodische Informationsquelle:

Blätter der 'Aktion Dritte Welt', 78 Freiburg, Lorettostr. 20 a

Bestellungen an Bücher- & Papervertrieb

Verlag 2000 GmbH
Sozialistisches Büro
605 Offenbach
Postfach 591
Tel. 06 11 - 83 25 93

Sozialistische Patientenkollektiv (SPK) als „Wildwuchs" bezeichnete der beseitigt werden müsse, wies Rektor Professor Rendtorff (ev. Theologe) am 18. Sept. 1970 an, die Räume des SPK in der Rohrbacher Straße räumen zu lassen. Im Juli hatten nämlich die Patienten durch eine Rektoratsbesetzung durchgesetzt, daß der Verwaltungsrat der Universität beschloß, darauf hinzuwirken, daß das SPK eine offizielle Universitätseinrichtung werde. Das Kultusministerium beanstandete auch die Zuweisung von Mitteln der Universität aus einem „Dispositionsfond" an das SPK. Aus Spendenmitteln wurden die Zahlungen dann bis Ende 1970 fortgesetzt. Der Räumungserlaß des Kultusministeriums aber wurde sodann durch eine vom SPK erwirkte einstweilige Verfügung außer Kraft gesetzt. Damit begann die Phase der polizeilichen Bespitzelung und Diskriminierungen.

Als am 24. Juni 71 bei einer Autokontrolle ein Polizeibeamter von einem unbekannten Täter am Arm verletzt wurde, stellte man bei der Verfolgung des Falles angebliche Querverbindungen zum SPK, einer, wie die Stuttgarter Zeitung sofort erklärte, „kriminellen Vereinigung" fest. Daraufhin wurden am 21. Juli 71 in den frühen Morgenstunden 300 Polizeibeamte aufgeboten, um die schon erwähnten 7 Mitglieder und Sympathisanten des SPK zu verhaften und mit Maschinenpistolen bewaffnet in zwei Studentenheimen, verschiedenen Wohnungen und in den Räumen des SPK Hausdurchsuchungen zu halten. Staatsanwalt Frank erklärte aber danach, daß erst die weiteren Ermittlungen darüber Aufschluß geben könnten, ob Verbindungen zum Täterkreis in Wiesenbach und der Baader-Meinhofgruppe bestünden. Man hoffte also, erst durch diese Verhaftungen und Hausdurchsuchungen Beweise für kriminelle Handlungen zu finden. Der Leiter der Polizeiabteilung im baden-württembergischen Innenministerium erläuterte dann auch noch, die Polizeiaktion habe sich nicht gegen das sozialistische Patientenkollektiv gerichtet, sondern ausschließlich gegen „Einzelpersonen" bei denen sich im Verlauf der Ermittlungen "begründeter Verdacht" auf „kriminelle Vereinigungen" ergeben habe. Das SPK an der Universität Heidelberg aber gibt es nicht mehr, da keiner der Patienten eine Arbeit verantworten kann, die ständig mit Maschinenpistolen bedroht ist.

Die Auffassungen und Heilmethoden des SPK aber geben erst Aufschluß über die wahren Hintergründe des Vorgehens gegen das SPK. Ein Mitglied erläuterte auf einem Teach-in, daß psychische Krankheiten ihre Ursachen im Zustand der Gesellschaft haben. Das Individuum flüchte sich aus der Unterdrückung, in die es durch die Arbeits- und Umweltbedingungen gezwungen sei, in die Krankheit. In den Kliniken ständen indes nicht Ärzte bereit, die sich um seine psychische Gesundung sorgten, sondern um seine rasche Anpassung an die Verhältnisse. Ziel der etablierten Therapie sei die freiwillige Unterwerfung in der Unterdrückung.

In dem SPK dagegen bemühten sich Arzt und Patient um die Aufhellung solcher Zusammenhänge, weiten also die Grenzen der Individualpsychologie zur Gesellschaftskritik hin aus. Solche Erkenntnisse sollen dann zum Motor der Heilung werden. Neu ist dabei nicht nur die Ursachenforschung, neu ist auch die Aufhebung der Rollenverteilung. Nicht nur die allwissende Vaterfigur des Arztes mit seinem Informations- und Statusvorsprung steht den Patienten gegenüber, sondern diese können auch nach entsprechender Einweisung selbst als Therapeuten wirksam werden. Alle Mitglieder des SPK sind potenziell Arzt und Patient zugleich.

Das SPK hat in seiner über einjährigen Praxis Krankheit als politischen Sachverhalt dargestellt. Die Gesellschaft, die angegriffen wurde, diejenigen, die das SPK als Mörder bezeichnete, haben zugeschlagen. Das Ergebnis sind seit dem 24. 6. 71 neun politische Gefangene, sowie Fahndungen nach mindestens 4 weiteren ehemaligen Mitgliedern. Das Informations-Zentrum Rote Volksuniversität, das die ehemaligen Mitglieder des SPK jetzt vertritt, stellte in einem Flugblatt folgende Diagnose:

„Die ständig wachsende Zahl derer, die daran zweifeln, daß Selbstmord „freiwillige" Tat sein soll, daß Betriebsunfälle „selbst verschuldet werden", daß Verkehrsunfälle wie Naturgewalten „unvermeidbar" seien, daß dem, der säuft und hascht, „es recht geschehe" wenn er eines Tages in irgend einer Anstalt verreckt, — sind Alarmzeichen für die organisierten Mörder. Da immer mehr begreifen, daß hinter den permanenten „Zufälligkeiten", „Unglück", „Pech" und Leiden der einzelnen System ist, ein System wo die Wirtschaft alles und der Mensch nichts ist, wo es um Milliardenprofite weniger und billige Illusionen der Mehrheit geht, ist den Drahtziehern auf Regierungs- und in anderen Banken jedes Mittel recht, die Bevölkerung bei der Stange zu halten ... die, tagtäglich ermordet werden, die Kranken, die Elenden, die werden zu Mördern gemacht. Feuer frei, die Jagd auf das Lumpengesindel ist eröffnet!"

Angesichts der ständig steigenden Kriminalität in der BRD, bestätigt der polizeiliche Aufwand gegen eine kleine politische Gruppe, gegen die völlig unbewiesene „Verdachtsmomente" bestehen, die Diagnose. Tausende von verkrüppelten Contergankindern konnten ungestraft produziert werden; auf den Müllhalden werden Giftstoffe ohne entsprechende Schutzmaßnahmen abgelagert, die ausreichen würden, die Bevölkerung der Bundesrepublik zu vernichten, aber die zuständigen Minister sehen keine Möglichkeit hier strafend einzugreifen; die Schuldigen an der industriellen Verseuchung unserer Flüsse, die immer mehr Gemeinden zwingt, vor ihrem eigenen Trinkwasser zu warnen, können nicht gefunden werden, aber 300 Polizisten werden aufgeboten um diejenigen, die vor all dem warnen, zu verfolgen, zu verhaften und einzusperren. Als pikante Dreingabe für den vorzüglich gesunden Menschenverstand bietet offensichtlich der hämische und verleumderische Angriff auf psychisch Kranke ein besonders schlagzeilenträchtiges Mittel, die Linke als verrückt und gemeingefährlich zu denunzieren. Ein gefundenes Fressen für V-Leute „in allen Ständen", die den kriminellen Hintergrund für politische Verfolgungen zu verschaffen haben.

WILLI MICHEL

Dokumentation zum SPK

Eine Dokumentation zum Sozialistischen Patientenkollektiv (SPK) Heidelberg ist in zwei Teilen vorgesehen. Der erste Teil der Dokumentation liegt vor, der zweite Teil erscheint voraussichtlich Anfang Oktober. Der Preis des ersten Teils ist DM 4,50 zuzüglich Portokosten. Von jedem verkauften Buch wird dem SPK DM 1,— für den Rechtshilfefonds zufließen. Bestellungen an Bücher- & Papervertrieb. Weitere Spenden für das SPK erbeten auf das SPENDENKONTO FÜR RECHTSHILFE, Konto-Nummer 19 964 bei der Heidelberger Volksbank.

Obdachlosigkeit - Strafkolonien in Westdeutschland 1971

Zuerst sehe ich den Schrottplatz, der mit Bergen von abgewrackten Autos den Blick auf die eingeschossigen Steinbaracken der Obdachlosensiedlung fast verdeckt. Als ich die Siedlung durch den einzigen schmalen Zugang betrete, donnert gerade einer der vielen Güterzüge vorbei. Die Kinder halten sich nicht mehr die Ohren zu. Sie spielen teilweise in einer Kloake weiter, die immer wieder mit schöner Regelmäßigkeit entsteht, weil die Kanalisation nie richtig verlegt worden ist. „Hier wird immer wieder abgepumpt", höre ich. An verschiedenen Stellen brennt Abfall. Das ist üblich. Die Müllabfuhr kommt nur ein Mal in der Woche, und für die vielen großen Familien gibt es keine ausreichend großen Mülltonnen. Wegen der dichten Rauchschwaden sind viele Fenster geschlos-

sen. Sorgfältig gepflegte Rasenflächen an den Häusern sind durch mannshohe Zäune vor Benutzung geschützt, auf dem Rasen Gartenzwergfamilien vor Windmühlen, das Refugium des Hausmeisters.

Der Kinderspielplatz bietet das gleiche trostlose Bild wie fast überall im Stadtgebiet von Köln: Sand, der seit Jahren nicht erneuert worden ist; Spielgeräte, die fast auseinanderfallen. Der Unterschied ist nur: Hier müssen über 100 Kinder spielen, für die in der Wohnung kein Platz ist.

Eine Mutter erzählt: „Als wir bei unserem Einzug die Räume hier besichtigten, stellten wir fest, daß auf eineinhalb Zimmern weder für die Möbel noch für fünf Personen Platz war. Einen Teil der Möbel konnten wir auf Lager stellen ... Das Leben ist für uns zum Kampf geworden, seit wir hier hausen müssen. Wir kämpfen gegen die Enge, die uns zwingt, die Kinder fast ausschließlich der Straße zu überlassen. Immer häufiger haben wir Streit. Wir kämpfen gegen die Feuchtigkeit, die unsere Gesundheit kaputt macht, unsere Möbel verfaulen, unsere Kleider verrotten läßt. Wir kämpfen um ein Wasserbecken, wo der Abwasch den Windeln, die Windeln dem Gemüse, das Gemüse demjenigen weichen muß, der sich gerade waschen will. Wir kämpfen mit den Nachbarn um die Gemeinschaftstoilette, um die Gemeinschaftswaschküche. Nach kurzer Zeit in der Notunterkunft hat sich unser Leben total verändert. Die Kontakte mit alten Bekannten bröckeln ab. Das Wort „Intimsphäre“ ist zum Fremdwort geworden. Der Mann kommt abends seltener nach Hause. Den Kindern droht die Sonderschule. Der Älteste ist straffällig geworden. So sieht es bei uns aus. Aber statt daß wir die bekämpfen, die für all das verantwortlich sind, bekämpfen wir Obdachlosen uns gegenseitig – jeder gegen jeden.“

In den Obdachlosenunterkünften wird man an das Zille-Wort erinnert: „Man kann einen Menschen mit der Wohnung genauso erschlagen wie mit der Axt“.

Kampf gegen Obdachlosigkeit

Im August 69 bildete sich in Köln die „Interessengemeinschaft Obdachlosigkeit“ (IGO), ein Zusammenschluß von Bewohnern Kölner Notunterkünfte und von nicht direkt betroffenen Kölner Bürgern. Diese Gruppe ging in ihrer Arbeit davon aus, daß es nicht darum gehen kann, menschenunwürdige Zustände erträglicher, sondern unmöglich zu machen. Deshalb kämpft sie um die Abschaffung der Obdachlosigkeit.

Nach zwei Großveranstaltungen, zu denen in allen Notunterkünften eingeladen worden war, begann die erste Phase der IGO-Arbeit. In dieser Zeit wurden in einzelnen Übergangshäusern Bewohnerversammlungen abgehalten. Die Bewohner baten die Verwaltung nicht mehr um bestimmte Maßnahmen, sondern sie brachten ihre Forderungen auf Grund von Mehrheitsbeschlüssen ultimativ vor. Schon in dieser Phase konnte man die Diffamierungskampagne der Verwaltung in einzelnen Siedlungen und in der Öffentlichkeit erfahren. Systematisch wurden Gerüchte gestreut, daß hier „Radikale ihr eigenes Süppchen kochen wollten“. In einer Vorlage des Sozialausschusses las man das Vorstrafenregister eines sehr engagierten IGO-Mitarbeiters. Immer deutlicher stellte sich heraus, daß die Verwaltung nicht gewillt war, den Bewohnern der Notunterkünfte das Recht zuzugestehen, entscheidend bei einer Verbesserung und Veränderung ihrer Situation mitzuwirken. Um ihren berechtigten Forderungen Nachdruck zu verleihen, wurde auf mehreren Bewohnerversammlungen beschlossen, Ämter-Besetzungen, Go-ins, Straßensperrungen und andere Druckmaßnahmen vorzunehmen. Immer nahmen an solchen Aktionen nicht nur Obdachlose der betroffenen Siedlungen teil, sondern auch Mitarbeiter aus anderen Notunterkünften. Ergebnis solcher Maßnahmen war, daß Forderungen, die auf dem Amtsweg bereits abgelehnt waren, doch durchgesetzt wurden.

Im Mai 70 beschlossen erstmals die Bewohner einer Siedlung, über die Verteilung der leerstehenden Unterkünfte selbst zu bestimmen. Nach einem von den Bewohnern festgelegten Plan sollten die leerstehenden bzw. freiwerdenden Unterkünfte an besonders beengt lebende Familien verteilt werden. Die Bewohner waren es leid, sich durch Akteneintragungen, die sie nicht einsehen konnten, hinhalten zu lassen. So bekam u. a. ein Ehepaar mit zwei Kindern, das sechs Jahre auf einem Raum von 12 qm hausen mußte, eine halben Raum, d. h. 6 qm dazu.

In der Folgezeit wurden 35 Besetzungen durchgeführt: dabei gaben 3 Familien den Versprechungen bzw. Drohungen der Verwaltung nach. Sie gaben die besetzten Räume wieder frei, weil sie den Verwaltungsbeamten glaubten, die ihnen eine Wohnung versprachen. Und darauf warten sie noch heute.

Einweisungsstopp

In der von der IGO herausgegebenen „Obdachlosenzeitung“ ist als mittelfristiger strategischer Schritt zur Abschaffung der Obdachlosigkeit der „Einweisungsstopp“ gefordert: „Es kommen keine neuen Familien mehr herein. Alle Bewohner unseres Hauses sind jetzt verantwortlich für die Belegung der freistehenden und freiwerdenden Unterkünfte. Wir überlassen das keinem. Auch nicht der „netten“ Fürsorgerin und dem „besorgten“ Hausmeister. Sie urteilen doch immer nach den Akten. Was sollen aber Akten, wenn Familien ersticken? Wir verteilen die Räume danach, wer es am nötigsten hat. Und das wissen wir selbst am besten. Viele Familien fragen: Und was ist, wenn alle Übergangshäuser zu sind? Wenn es keine freien Räume mehr gibt, dann kann auch keine Familie, die einmal herausgekommen ist, wieder in die Siedlung eingewiesen werden. Herauskommen können wir dann nur, wenn wir, wie in Frankfurt, leerstehende Häuser besetzen und einkommensgerechte Mieten anbieten. Wir selbst müssen handeln! Einweisungsstopp in allen Obdachlosenhäusern.“

Hausmeister- und Polizeiterror

Als die Sozialverwaltung, an ihrer Spitze der SPD-Genosse, Sozialdezernent Norbert Burger, sah, daß die Bewohner der Notunterkünfte nicht länger gewillt waren, sich den Willkür-Maßnahmen der Stadt zu beugen und sich ihr Recht nahmen, das ihnen bisher verweigert wurde, entschloß sich die Verwaltung zu einer Konflikt-Strategie. Sie organisierte Rollkommandos von städtischen Hausmeistern, die mit Hilfe der Polizei die Funktion hatten, Bewohnerversammlungen zu stören und aufzulösen. Sie versuchten dies durch übelste Schimpfkanonaden zu erreichen, versuchten tätliche Auseinandersetzungen zu provozieren und sperrten Häuser ab.

Der Bund ließ räumen

Mit Polizeigewalt ist am Dienstag in Kassel die Zwangsräumung der von kinderreichen Familien besetzten Häuser in der „Belgier-Siedlung“ eingeleitet worden.

Nachdem der Bund als Eigentümer der seit eineinhalb Jahren leerstehenden Unterkünfte eine einstweilige Verfügung gegen die Bewohner erwirkt hatte, rückte unter dem Schutz von zwei Hundertschaften der Kasseler Polizei sowie einer Hundertschaft Bereitschaftspolizei ein Gerichtsvollzieher an und klopfte um 9 Uhr an die Tür des ersten der 32 besetzten Häuser. Er forderte die Bewohner auf, das Haus zu verlassen. Gegen den Widerstand der Bewohner verschaffte die Polizei dem Gerichtsvollzieher und Möbelpackern Zutritt.

Den Bewohnern war der Räumungstermin zwölf Stunden vorher mitgeteilt worden. 159 Kinder waren von ihren Eltern an diesem Tag nicht zur Schule geschickt worden. Der Kasseler Polizeipräsident Herbert Ahlborn leitete den Einsatz. Viele der Bewohner wurden in die Obdachlosenunterkünfte zurückgebracht, aus denen sie vor mehreren Wochen in die Belgier-Siedlung gezogen waren.

Der Gerichtsvollzieher fand die meisten Häuser und Wohnungen verschlossen vor. Ein Schlosser öffnete mit Hammer und Meißel die Haustüren. Wo dies nicht gelang, wurde die gläserne Türfüllung der Haustür eingeschlagen. Dann wurden die Möbelstücke aus dem Haus gebracht und auf den Rasenflächen abgestellt. Die Stadtverwaltung Kassel stellte – da nicht genügend Möbelwagen vorhanden waren – aus ihrem Fuhrpark Fahrzeuge zum Abtransport der Möbel bereit.

Bei der Räumung spielten sich mehrfach schlimme Szenen ab: Frauen erlitten Schreikrämpfe, Kinder standen hilflos im Durcheinander und weinten. „Daß unser Oberbürgermeister so wortbrüchig wird, habe ich nie geglaubt“, rief eine Mutter von acht Kindern, als sie freiwillig – „was kann ich denn anderes tun?“ meinte sie – das Haus räumte, in dem sie einen Tag zuvor noch hatte neue Fenster einsetzen lassen.

Die Polizeibeamten, die mit Schutzhelmen in die Häuser eindrangen, wurden mit Beschimpfungen empfangen, denen sich die Menge auf der Straße anschloß.

Aus: Frankf. Rdsch. v. 7. 7. 71

dpa

Als die Verwaltung darüber hinaus mit Hilfe von 60 Polizisten eine sechsköpfige Familie auf zweieinhalb Räume, d. h. auf 30 qm zwangsweise einwies, zeigte sie ganz unverhüllt, daß sie gewillt ist, die bisherige Rechtlosigkeit der Obdachlosen mit brutaler Gewalt aufrecht zu erhalten und daß sie an den Bedürfnissen der Menschen vorbeigeht.

Reformen der Verschleierung

Daß es der Kölner SPD-Ratsmehrheit nicht darum geht, die von ihr selbst als „abbruchreife Räuberhöhlen" bezeichneten Notunterkünfte abzureißen, zeigt sich in neuesten Ratsbeschlüssen deutlich. Plötzlich sollen Häuser, die anerkanntermaßen allen Bestimmungen der Landesbauordnung widersprechen, weil sie nur zum vorübergehenden Aufenthalt gedacht waren, mit 2,5 Mio. jährlich in einem Zehn-Jahres-Programm verschönert werden. Angeblich weisen diese Häuser „eine gute Bausubstanz" auf.

Gleichzeitig nimmt die Verwaltung dies zum Anlaß, bei der Räumung dieser Häuser Familien erneut kleiner zu setzen. Daß obdachlose Familien den Versprechungen von nur „vorübergehender" Kleinersetzung immer noch Glauben schenken, daß sie immer noch die Hoffnung haben, in naher Zukunft besser wohnen zu können, zeigt nur auf, wie notwendig es ist, den Obdachlosen über den Mechanismus ihrer Unterdrückung Klarheit zu vermitteln.

Auch von der SPD ist hier anscheinend keine Hilfe zu erwarten. In Köln projektieren Angehörige dieser Partei ferner ein 100 Mio.-Programm zum Bau neuer Gettos, als „Schlicht- oder Schlechtwohnungen" – so die Obdachlosenzeitung.

Auch die Bundesregierung zieht aus dem Widerspruch, daß auf der einen Seite jede dritte Sozialwohnung unterbelegt ist, daß ein Großteil der Sozialwohnungen fehlbelegt ist, es andererseits in der Bundesrepublik 800 000 Obdachlose gibt, nicht die entsprechenden Konsequenzen. Sie setzt im Gegenteil die Einkommensgrenze für Sozialwohnungen herauf. Den Obdachlosen bleibt also nichts anderes übrig, als sich zu organisieren, Bündnispartner zu suchen und eine Gesellschaftsordnung zu bekämpfen, die auf dem Mechanismus von Herrschaft und Unterdrückung aufgebaut ist.

Kontaktadresse: Interessengemeinschaft Obdachlosigkeit, 5 Köln 91, A. D. Sandberg 21 b,
Ruf: 80 14 71 (von 9.30 - 12.30 Uhr)
Konto: IGO Sparkasse der Stadt Köln, Nr. 12 220.

Neu im Bücher- & Papervertrieb

Einerseits ...
werden in der Betriebs- und Projektarbeit viele wichtige Erfahrungen gemacht, –

andererseits ...
handwerkeln viele Gruppen ohne Kontakt und ohne überörtlichen Erfahrungsaustausch vor sich hin.

Einerseits ...
werden von lokalen Gruppen Papers zu fast allen Bereichen und Ansatzpunkten sozialistischer Arbeit produziert, –

andererseits ...
bleiben solche Papers oft bei den Verfassern hängen.

Einerseits ...
gibt es eine Menge linker Verlage und Läden, –

andererseits ...
dürfen es die Sozialisten nicht bei Publizierung, Vertrieb und Lektüre bewenden lassen, sondern sind koordinierende und organisierende Kommunikation und Kooperation erforderlich.

Das Sozialistische Büro fördert zukünftig mehr noch als bisher die Zirkulation von Papers über Modelle, Analysen, Erfahrungen etc. lokaler und projektbezogener sozialistischer Aktivitäten, je nach unseren Möglichkeiten

- **durch verlegerische Produktion besonders wichtiger Papers,**
- **durch Verbreitung der von Gruppen produzierten Papers im Vertrieb,**
- **oder durch Berichte bzw. Kurzinformationen in „links" (mit Kontaktadressen).**

Zusätzlich werden wir in absehbarer Zeit ähnlich wie SOZIALISTISCHE BETRIEBSKORRESPONDENZ und Lehrer-Info weitere Periodika für sozialistische Berufspraxis aufbauen, jeweils in Zusammenarbeit mit Gruppen in spezifischen Berufsfeldern.

Schulungsmappe Streik: Interne Papiere der IG Chemie. Im Zentrum der Strategiediskussion steht gegenwärtig die Gewerkschaftsfrage. Das Verhalten der IG Chemie während der jüngsten Tarifauseinandersetzung hat einmal mehr ihren systemintegrativen Charakter gezeigt. Es wird jedoch zunehmend wichtig, zu erfahren, wie die Gewerkschaften der Basis in den Betrieben gegenüber sich rechtfertigen, wie sie Streiks der Arbeiter stimulieren und umfunktionieren. Die Schulungsmappe Streik enthält Material, das bislang streng vertraulich nur einer kleinen Zahl Gewerkschaftsfunktionäre zugänglich war. DM 7,80

Göttinger Betriebszeitung: Sonderdruck „Das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz". Gegenüberstellung geltendes Recht – Regierungsentwurf. Kommentar. DM 1,–

plakat-Betriebsgruppe: Dokumente aus der Praxis. Die plakat-Betriebszeitungen der Daimler-Benz-Arbeiter Stuttgart. Sammelmappe ab Juli 1969. DM 5,–

IMD-Arbeitspapier: Revolutionärer Kampf (Betriebsprojektgruppe Frankfurt). Untersuchung – Aktion – Organisation. Zur politischen Einschätzung von Lohnkämpfen. DM 1,50

Basis-Verlag: Comic-Lehrlingsfront 1. Für Lehrlinge und Schüler. DM 3,–

Touraine, Libertini, Panzieri: Klassenkampf und soziale Krise. 7 Thesen zur Arbeiterkontrolle. DM 4,–

Mughini: IMD-Arbeitspapier. Die PCI und die anti-reformistischen Gruppen. DM 2,80

Richta und Kollektiv: Richta-Report. Zivilisation am Scheideweg. Soziale und menschliche Zusammenhänge der wissenschaftlich-technischen Revolution. Verkleinerter Faksimili-Nachdruck (zum Teil schwer lesbar). DM 6,–

Krahl: Konstitution und Klassenkampf. Zur historischen Dialektik von bürgerlicher Emanzipation und proletarischer Revolution. Schriften, Reden und Entwürfe aus den Jahren 1966 bis 1970. Einleitung von Oscar Negt u. a. DM 12,–

Mandelbaum: Marx, Engels, Lenin. Zur Vorgeschichte der russischen Revolution. Reprint aus 1929. DM 1,30

Bierwisch: Strukturalismus und Linguistik. Reprint aus Kursbuch 5. (1966). DM 2,50

Harich: Zur Kritik der revolutionären Ungeduld. Eine Abrechnung mit dem alten und dem neuen Anarchismus. DM 10,–

Projektgruppe Antiintegration: Berufsrevolutionäre oder Revolutionäre im Berufsbereich. Zur Diskussion der Organisationsfrage. **Masi:** Die Intellektuellen und ihre revolutionäre Arbeit. Paper DM 2,50

Medizinischer Arbeitskreis zur Dritten Welt: Medizin in der Dritten Welt. Dargestellt an Beispielen aus Algerien, Persien, Jordanien, Cuba, portugiesische Kolonien, Südafrika, DRV, China. DM 1,50

basis-freiburg: Dokumentation zum Thema Futurologie (Zukunftsforschung). Beiträge u. a. von Lukàcs, Klages, Bommer, Busch, Flechtheim, Gronewald, Lenk, Thärichen, Jungk, Waskow. DM 8,80

Assistentenpool TH Aachen: Bedingungen und Perspektiven der Stadtteilarbeit. Aus dem Inhalt: Historische Entwicklung des Reproduktionsbereichs und der Konflikte in diesem Sektor; Konzentrations- und Zentralisationsprozeß des Kapitals in der BRD; Arbeitskraftverwertung und Arbeitskraftimport; Überlegungen zur Theorie der Stadtteilarbeit. DM 3,50

Assistentenpool TH Aachen: Zur Kritik von Kommunalpolitik und Stadtentwicklungsplanung. Aus dem Inhalt: Der ideologische und politische Strukturwandel im Spätkapitalismus als Antwort und Reaktion auf Veränderungen in der Wirtschafts- und Sozialstruktur; Institutions- und Interessenanalyse auf kommunaler Ebene; Überlegungen zum Verhältnis von Krisen-, Infrastrukturproblem und Staatsfunktion; Kommunalhaushalt und Konjunktursteuerung in ihrer Wechselwirkung; Kommunale Wirtschaftsförderung; Wohnbaupolitik in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Situation und der Spielraum der kommunalen Wohnplanung; Stadtentwicklungsplanung, Organisation und operationeller Rahmen. DM 12,–

Grossmann: Bürgerinitiativen – Schritte zur Veränderung? Aus dem Inhalt: Bürgerinitiative 'Verändert die Schule – jetzt'; Elterninitiative für repressionsfreie Erziehung; Aktionskomitee 'Kind im Krankenhaus'; Frauenaktion gegen den § 218; Bürgerinitiative am Beispiel des Märkischen Viertels; Kölner Bürgerinitiative Obdachlosigkeit; Hausbesetzungen im Westend; Bürgerinitiativen und Reproduktion der Arbeitskraft im Spätkapitalismus. DM 3,80

Haug / Maessen: Kriegsdienstverweigerer. Gegen die Militarisierung der Gesellschaft. Mit einem juristischen Ratgeber. DM 3,80

Böhme, Gadow, Güldenpfennig, Jensen, Pfisterer: Sport im Spätkapitalismus. Die notwendige Kritik des Sports wird aus dem Zusammenhang der Kritik der spätkapitalistischen Gesellschaft entwickelt. Sie geht damit bewußt über das bisher vereinzelt geäußerte 'sportimmanente Unbehagen' an der Entwicklung des Sports hinaus. DM 12,80

Klein: Antiautoritäre Erziehung II. Psychoanalyse des Kindes. Reprint aus 1932. DM 8,50

AKS-Frankfurt: Geschichte und Funktion der Sozialarbeit. Neue Auflage. DM 3,–

Neue Kinderbücher:
(für 6 – 10-jährige)

Der ANTI-Struwwelpeter. DM 10,–

Die Rote Fahne. Revolutionäre Märchen. DM 5,–

Wie das Geld sich zwischen die Leute stellt. DM 4,30

Plum's Ende. Über die Leute im Dorf und Aufstieg und Niedergang des Puddingfabrikbesitzers Plum. DM 4,30

Die Roten Bremer Stadtmusikanten. DM 4,30

Preise zuzüglich Portokosten. Lieferung gegen Voraus-Rechnung

Bestellungen an Bücher- & Papervertrieb, 605 Offenbach 4, Postfach 591 Telefon 0611-83 25 93

Sammlung Luchterhand

Neuerscheinungen

Band 31 September 1971
Christa Wolf
Nachdenken über Christa T.
Roman. Sonderausgabe. DM 7,80

Band 33 September 1971
Ernst S. Steffen
Rattenjagd
Aufzeichnungen aus dem Zuchthaus. DM 4,80

Band 34 September 1971
Günter Grass
Gesammelte Gedichte
Mit einem Vorwort von Heinrich Vormweg. DM 9,80

Band 36 September 1971
Georg Lukács
Die Theorie des Romans
Ein geschichtsphilosophischer Versuch über die Formen der großen Epik. Sonderausgabe. DM 7,80

Band 38 September 1971
Ernst Jandl
Laut und Luise
Mit einem Nachwort von Helmut Heißenbüttel. DM 7,80

Band 44 September 1971
Wolfgang Hermann Körner
Die Verschwörung von Berburg
Kriminalroman. DM 7,80

Band 45 September 1971
Kieseritzky
das eine wie das andere
Roman. DM 7,80

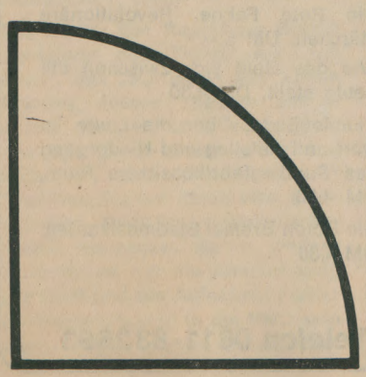
Band 46 September 1971
Helga M. Novak
In einem irren Haus
Erzählungen. DM 9,80

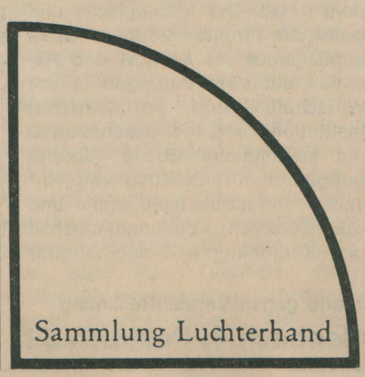
Band 47 September 1971
Marlene Stenten
Großer Gelbkopf
Roman. DM 4,80

Band 48 September 1971
Anna Seghers
Überfahrt
Eine Liebesgeschichte. DM 7,80

Band 49 September 1971
Georg Lukács
Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins
Hegels falsche und echte Ontologie. DM 7,80

Ausführliche Verzeichnisse der »Sammlung Luchterhand« erhalten Sie in Ihrer Buchhandlung.





Vietnamesen in der BRD organisieren sich

Schon seit langer Zeit ist es den vietnamesischen Studenten in der BRD durch die Botschaft der Republik Vietnam in Bonn verboten, sich Gedanken zu den verschiedenen Problemen unserer Heimat zu machen und diese öffentlich zu diskutieren. Diese verbietet unseren Landsleuten, über die Anwesenheit der US-Truppen in Süd-VN und über die neuere Geschichte unseres Landes seit der Kolonialzeit zu diskutieren, d. h., uns das Recht auf freie Meinungsäußerung zu nehmen. Um die Befolgung ihrer Anordnungen in dieser Angelegenheit zu garantieren, sperrt die Botschaft die Republik Vietnam mißliebigen Studenten die Finanzen, verweigert die Verlängerung von Reisepässen und versucht überall, wo sich kritische südvietnamesische Studenten treffen, Spitzel einzusetzen, um ihre Namen zu erfahren.

Landsleute, die zu Veranstaltungen gehen, wobei die Saigoner Politik kritisch diskutiert wird, werden zu einem persönlichen Gespräch in unsere Botschaft eingeladen. Dabei werden die südvietnamesischen Studenten auf eine eventuelle Überweisungssperre bzw. Paßentzug aufmerksam gemacht und zur Ruhe gemahnt. Paßentzug und oder Überweisungssperre sind schon in einigen Fällen erfolgt.

In letzterer Zeit haben sich vor allem südvietnamesische Studenten gegen das Vorgehen der Saigoner Regierung ausgesprochen. Sobald sie jedoch ihre Kritik in die Öffentlichkeit tragen, sind sie der Repression seitens ihrer Botschaft ausgesetzt.

Am 1. 2. 1971 erhielt zum Beispiel Hr. Luu Hong Khanh, Student in München, die Mitteilung der Botschaft der Republik Vietnam, daß sein Paß „aus besonderen Gründen" – ohne weitere Angabe – nicht verlängert wird und daß er seine Heimreise vorbereiten sollte. Hr. Luu Hong Khanh hatte seine kritische Haltung zur Frage der amerikanischen Präsenz in Vietnam öffentlich zum Ausdruck gebracht. Das sind die „besonderen Gründe" der Botschaft der Republik Vietnam in Bonn! Dies ist leider kein Einzelfall.

Im Sommer 1969 bekamen zum ersten Mal in der BRD zwei vietnamesische Studenten Einberufungsbefehle zur Armee. Einer dieser beiden war noch nicht mit dem Studium fertig, der andere war schon fertig, befand sich aber in einer Fortbildung im Max Planck Institut in Göttingen.

Nach offizieller Darstellung der Saigoner Botschaft handelt es sich hier um ein normales Vorgehen, weil nämlich beide mit ihrem Studium fertig seien. Dabei bedürfe es seitens der Botschaft nur einer Anfrage bei der Universität Heidelberg, daß er heute tatsächlich sein Studium noch nicht beendet habe. Außerdem hat der Kulturattaché bei einem Gespräch mit dem Göttinger Studenten dies zugegeben. Die plötzliche Einberufung ist demnach eine klare Täuschung der Öffentlichkeit; denn die Herren in der Botschaft kennen offensichtlich den wahren Sachverhalt.

Wir, die südvietnamesischen Studenten in der BRD, stellen fest, daß solche Maßnahmen unsere Freiheit und Rechte als Bürger bedrohen. Aus diesem Grund haben wir am 29. Mai 1971 das Komitee zur Wahrung der Rechte der Vietnamesen in der BRD (KWR) unter Teilnahme von vietnamesischen studentischen Vertretern aus allen Universitätsstädten in der BRD gegründet, um unser Recht auf freie Meinungsäußerung zu verteidigen.

Kontaktadresse: Nguyen minh Man, 61 Darmstadt, Nieder-Ramstädter-Straße 177

Kulturkomitee für ausländische Arbeitnehmer

Am Samstag, dem 25. September 1971 veranstaltet das „Kulturkomitee für ausländische Arbeitnehmer" in Halle 6 des Stuttgarter Killesberges ein großes internationales Fest unter dem Motto „Zu Gast bei Gastarbeitern". Künstler und Interpreten aus 6 Nationen nehmen an der Veranstaltung, die gemeinsam mit ausländischen Gruppen in der BRD vorbereitet und organisiert wird, teil.

Worum geht es?

Die Veranstaltung wird von dem Kulturkomitee für ausländische Arbeitnehmer, einer bürgerschaftlichen Initiative, als Auftakt für seine Arbeit gesehen. Zusammengefaßt werden sollen die bisherigen Initiativen: Schularbeitenhilfen, Rechtshilfe, Hilfe bei Problemen in Betrieb und Wohnung, Unterstützung in Fragen des Ausländerrechts. Auf einen kurzen Nenner gebracht also praktische Solidarität mit einer starken Minderheit von Unterprivilegierten (in Stuttgart sind rund 100 000, im großen Umkreis etwa 350 000 ausländische Arbeiter beschäftigt). Das „Kulturkomitee" in Stuttgart meint, daß es vor allem darum gehen muß – auch bei dem geplanten „Volksfestival" – breiten Schichten der Bevölkerung die Situation und die Probleme der Ausländer bewußt zu machen, in erster Linie freilich den Nachbarn am Arbeitsplatz, den Kolleginnen und Kollegen in den Fabriken und

Betrieben. Auf der anderen Seite soll die Veranstaltung ein bescheidener Beitrag sein, die Ausländer aus ihrer Isolation, ihrer Gettosituation, zu lösen. Wenn sie darüberhinaus durch die gemeinsame Vorbereitung Ansätze zur Selbstorganisation auslöst, wenn sie deutlich machen kann, daß Resignation nichts hilft, muß das Grund genug sein, diese und andere Initiativen zu vervielfachen.

Neben vielen bekannten und unbekannten Künstlern aus Spanien, der Türkei, Griechenland, Portugal, Jugoslawien, Italien und den arabischen Ländern sind Informationsausstellungen, Literatur- und Büchertische, Film- und Diavorführungen und Diskussionen vorgesehen. Ausländische Spezialitäten gehören selbstverständlich gleichfalls dazu.

Das Kulturkomitee für ausländische Arbeitnehmer bittet alle arbeitenden Gruppen um Kontaktaufnahme – speziell natürlich solche, die ihrerseits Kontakte mit Ausländern haben. Es sucht dokumentarisches Material, Fotos, Zeitungsausschnitte, Infos, Flugblätter, Adressen – auch für die Arbeit nach der Großveranstaltung. Es bittet vor allem darum, alle ausländischen Gruppen von der Initiative und der Veranstaltung in Kenntnis zu setzen (auch solche, die selbst einen Beitrag leisten können).

- Fordert Plakate an, setzt sie ein!
- Organisiert gemeinsam mit ausländischen Kollegen Fahrten nach Stuttgart!
- Vermittelt Adressen und Kontakte und Eure Erfahrungen!

Macht die Sache der ausländischen Arbeiter zu Eurer Sache!

Inzwischen begann eine gezielte Kampagne von rechts gegen das Fest: Anonyme Anrufe, Überwachen und Fotografieren von Komiteemitgliedern, große CDU-Anfrage, versuchte Zensur, Verbotsandrohung. Das Komitee ruft zur Solidarität auf. Die Veranstaltung findet auf alle Fälle statt.

Die Anschrift des Kulturkomitees:
Kulturkomitee für ausländische Arbeitnehmer
7000 Stuttgart 1
Alexanderstraße 78
Telefon (07 11) 2 07 07 86
Konto: Konto der Stadt Stuttgart bei der Girokasse Stuttgart,
2 002 408 (Kennwort Kulturkomitee)
Veranstaltungsort: Ausstellungsgelände Stuttgarter Killesberg, Halle 6

GUISSEPPE FALMARDA
PETER GROHMANN

linker digest

Afrika Heute, Heft 10

Union Arabischer Republiken

Unmittelbar nach dem Bürgerkrieg in Jordanien zwischen der königlichen Beduinen-Armee und der palästinensischen Résistance, der zur weitgehenden Neutralisierung der Schlagkraft der palästinensischen Widerstandsorganisationen führte, vollzogen sich in der innerarabischen Politik eine Reihe wichtiger Veränderungen.

Einmal konnte die palästinensische Résistance, die faktisch von allen arabischen Regimen – allen voran von dem ägyptischen – bekämpft, wenn auch öffentlich rhetorisch unterstützt wurde, nicht mehr von Ägypten als Instrument benutzt werden, um Israel zum Rückzug aus den besetzten Gebieten zu zwingen und auf dieser Basis eine Friedensregelung herbeizuführen.

Hinzu kamen der unerwartete Tod Nassers und der Putsch des rechten Flügels der regionalen syrischen Ba'th-Führung gegen den „linken" regierenden Flügel der Ba'th-Partei. Letzterer hatte unter der Führung des Generals Gadid trotz der Mißbilligung des im rechten Flügel führenden Luftwaffen-Generals Asad zur Unterstützung der Partisanen syrische Panzer nach Jordanien geschickt, woraufhin Asad nach langem Taktieren seinen Coup d'état durchführte.

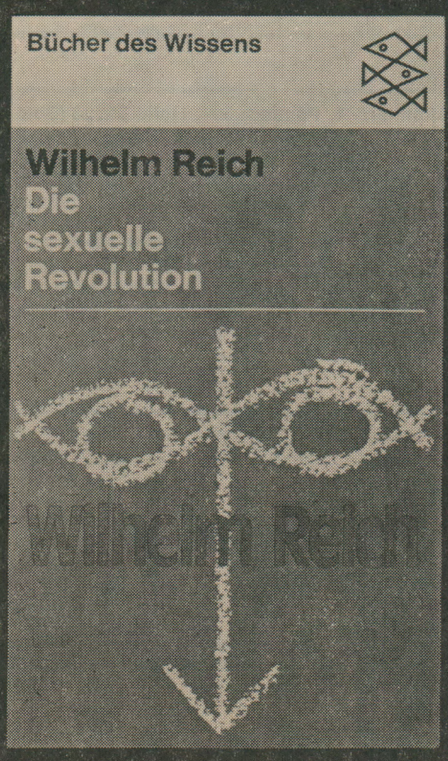
Der libysche Präsident, Jungoffizier Ghadhafi, auf dessen Drängen der Dreierbund Ägypten-Libyen-Syrien zustande kam, hat die neu geschaffene Situation voll genutzt (cf. A. Hottinger, Oberst Ghadhafis panarabische Ambitionen, in: NZZ vom 6. Mai 1971). Von einem panarabischen Sendungsbewußtsein und einem durchaus ehrlichen Glauben an den Mythos der „unitären arabischen Nation" besessen, glaubte er nunmehr ‚den Platz seines Vorbildes in der panarabischen Führung, Nassers, am besten füllen zu können.

Daß Ägypten, besonders durch die Last seiner Kriegswirtschaft und den Ausfall der Einnahmen für die Benutzung des Suez-Kanals, auf die kräftige Finanzhilfe des reichen, bevölkerungsarmen libyschen Staates angewiesen ist, gibt Ghadhafis Ambitionen eine materielle Basis.

Die lybischen Ölgelder kamen auch dem neuen syrischen Regime unter Asad zugute, das die Isoliertheit der bisherigen syrischen Regime in der panarabischen Politik zu überwinden suchte und auch Aufnahme im nordafrikani-

Sexualität.
Theorien, Analysen, Materialien

Fischer Taschenbuch Verlag



Wilhelm Reich
Die sexuelle Revolution
»Bücher des Wissens«
Bd. 6093 DM 4,80
Eine der wichtigsten Arbeiten zur marxistischen Sexualwissenschaft: Das Fiasko der Sexualmoral, Die Institution der bürgerlichen Zwangsehe, Die »Aufhebung der Familie«, Probleme der kindlichen Sexualität, Sexualität im Sozialismus.

Die Entdeckung des Orgasmus
Die Funktion des Orgasmus
»Bücher des Wissens«
Bd. 6140 DM 5,80 (Januar '72)

Marxismus Psychoanalyse Sexpol
Hrsg. v. Hans Peter Gente
Originalausgabe. »Bücher des Wissens«
Bd. 1/6056 DM 5,80
Bd. 2/6072 (Frühjahr '72)

Reimut Reiche
Sexualität und Klassenkampf
»Bücher des Wissens«
Bd. 6082 DM 3,80

Sigmund Freud
Drei Abhandlungen zur Sexualtheorie und verwandte Schriften
Ausw. u. Nachw. v. Alexander Mitscherlich
»Bücher des Wissens«
Bd. 6044 DM 2,80

Anton-Andreas Guha
Sexualität und Pornographie.
Die organisierte Entmündigung
Illustrierte Originalausgabe.
»Bücher des Wissens«
Bd. 6153 DM 3,80 (Okt. '71)

Michael Balint
Die Urformen der Liebe und die Technik der Psychoanalyse
»Bücher des Wissens«
Bd. 1035 DM 4,80

In jeder Buchhandlung

schen Tripolis-Block finden konnte. Die Bildung der Union Arabischer Republiken war für den aufmerksamen Beobachter der Ereignisse nach dem jordanischen Bürgerkrieg im September 1970 keine Überraschung: auch das Fernbleiben des Sudan von dieser Union überraschte nicht. Denn während alle drei Regime der Union Herr der innenpolitischen Lage ihrer Länder sind – dank einer schwachen Opposition und hochmoderner Geheimdienstapparaturen –, mußte das sudanesische Regime sich gegenüber drei starken oppositionellen Kräften behaupten:

1. der u. a. von Israel und einigen westlichen Ländern unterstützten separatistischen Anya-Nya-Bewegung im Südsudan,
2. der rechten religiösen Opposition, die trotz der Tötung des Mahdi und der Bombardierung der Dörfer seiner Anhänger noch immer nicht beseitigt werden konnte, und schließlich
3. der KP des Sudan – nach der irakischen die zweitstärkste arabische Kommunistische Partei –, mit der sich das Numeiri-Regime zunächst verbündete, um sich durch die gemeinsame Liquidierung der rechten Opposition zu stabilisieren. Sobald das Regime dies verwirklicht zu haben glaubte, versuchte es jedoch, die KP selbst nach ägyptischem Muster zu liquidieren: Höhere KP-Führer wurden individuell in leitende Staatspositionen gelockt, um schließlich ihre Zustimmung zur Auflösung der KP in einer Einheitspartei ähnlich der ägyptischen ASU zu erhalten. Den harten opponierenden Kern der KP-Führer, der diesen Verlockungen widerstand, versuchte das Numeiri-Regime durch Repressalien und Verfolgungen zu neutralisieren. Bei der Zähmung der sudanesischen KP konnte das mit der Sowjetunion befreundete Numeiri-Regime indes nicht einmal mit einer sowjetischen Einflußnahme auf die sudanesischen KP-Führer rechnen – wie einst General Qasim im Irak –, da die sudanesische KP die einzige arabische KP mit souveränem Kurs ist.

Über den Inhalt der Konföderation sagt das Gründungsdokument erstaunlich wenig aus.

Einen relativ breiten Raum beanspruchen dagegen die panarabische Rhetorik und Propaganda, die die Adressaten der arabischen Massenmedien – teilweise bis zum Überdruß – schon seit langem kennen.

Deutlich wird aus dem Gründungsdokument lediglich, daß die Kooperation nicht auf Kosten der Souveränität der Unterzeichner-Staaten gehe und daß diese ihren Völkerrechtscharakter im internationalen System voll behalten wollen.

Neben den allgemein gehaltenen Klauseln über die Koordination auf den Gebieten der Außenpolitik, Rüstung und Verteidigung sowie der Wirtschaftsplanung findet sich folgender, merkwürdig präziser Passus: Zum Aufgabenbereich der Union gehört (nach § 7, Abs. d) „Die Aufrechterhaltung der nationalen Sicherheit der Union gemäß ihrer Verfassung. Wenn von

Freunde in Nahost dpa

innen oder auch von außen verursachte Unruhen in einer der Unionsrepubliken zustande kommen, die die Sicherheit der Union gefährden, wird die Zentralinstanz der Union in Kenntnis gesetzt, um Maßnahmen innerhalb ihrer Kompetenzen für die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung zu ergreifen. Sollte eine der Unionsregierungen nicht in der Lage sein, diese Hilfe zu erbitten, dann ist die Union befugt, auch ohne Aufforderung zu intervenieren, um Ruhe und Ordnung wiederherzustellen." Das bedeutet ganz eindeutig, daß alle Unterzeichner-Regimes neben ihren eigenen Apparaturen zur Unterdrückung jeglicher Opposition zusätzlich materielle Gewalt der „Bruder-Staaten" einsetzen können, um ihre Herrschaft zu stabilisieren und sich gegen eventuelle Putsche abzuschirmen.

Sieht man von den fingierten akklamativen Demonstrationen ab, die in den Hauptstädten der Unionsrepubliken stattgefunden haben, um Popularität vorzutäuschen, so kann man feststellen, daß die Gründung der Union von der Bevölkerung aller arabischen Staaten ausgesprochen kühl aufgenommen worden ist.

Seit der Niederlage der arabischen Staaten im Junikrieg 1967 stoßen die Propaganda-Apparaturen dieser Staaten auf immense Schwierigkeiten bei ihrem Bemühen, die durch die totale Niederlage zusammengebrochene Fassade zu restaurieren und ihre Glaubwürdigkeit wiederzugewinnen. Die Demütigung der Niederlage mündete in politische Apathie und Gleichgültigkeit selbst unter der extrem panarabischen Intelligenz. Der panarabische Nationalismus, bisher der Zankapfel aller nationalistischen arabischen Parteien, erwies sich allenthalben als uninteressante, hohle Phrase.

Nicht der panarabische Nationalismus, sondern die Befreiungsideologie der palästinensischen Résistance konnte eine partielle Remobilisierung und Reemotionalisierung bewirken. Und selbst diese Entwicklung ist seit der teilweisen, selbstverschuldeten Neutralisierung der Widerstandsbewegung nach dem jordanischen Bürgerkrieg und dadurch, daß die Résistance sich auf die panarabische Politik eingelassen hat, zurückgenommen worden.

Die Gründung der Union Arabischer Republiken blieb ein diplomatischer Akt mit vagen Zielen und ohne Popularität.

Doch es mag dieser Union gelingen, die innenpolitische Stabilität ihrer Mitgliedstaaten zu verstärken, einmal durch die ökonomische Hilfe des reichen Mitgliedes Libyen, und zum anderen durch die politische Hilfe des in den Unterdrückungsmechanismen erfahrenen Mitglieds Ägypten. Libyen gibt seit längerem an Ägypten u. neuerdings auch an Syrien finanzielle Hilfe. Der ägyptische Geheimdienst baut in Libyen einen „Bruderapparat" auf, und das für die Zukunft erwartete Mitglied der Union, der Sudan, beansprucht schon jetzt die „Bruderhilfe" des ägyptischen Geheimdienstes bei der Zerschlagung der linken sudanesischen Opposition. Auch die ägyptische Luftwaffe hat sich bei der Bombardierung der Dörfer der rechten Opposition im Sudan als „nützlich" erwiesen und somit einen „Beitrag" zum künftigen Beitritt des Sudan zur Union geliefert.

BASSAM TIBI

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), Telefon 06 11 - 83 25 93 ● Redaktionskreis „links" z. Z. Christel Beilmann, Andreas Buro, Hansgeorg Conert, Heiner Halberstadt, Arno Klönne, Gert Schäfer, Klaus Vack, Matthias Walther, P. C. Walther, Edgar Weick. Geschäftsführende Redaktion z. Z. Andreas Buro (presserechtlich verantwortlich), Gert Schäfer, Klaus Vack ● Vertrieb und Bestellung: Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591. Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 1,20, Jahresabonnement DM 15,– (einschließlich Porto), einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH: Postscheck Frankfurt Nr. 61041; Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft, Zweigstelle Offenbach, Nr. 17 412 695 ● Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in „links" wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist jeweils der 15. vor dem Erscheinungsmonat ● Druck: Druckhaus Reis KG, Beerfelden.

Bestellschein

(bitte gut leserlich schreiben)

An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591

☐ **Ich abonniere „links" sozialistische Zeitung**

(Bezugspreis bis Ende 1971 noch DM 7,50, Jahresabonnementsgebühren DM 15,–, einschließlich Porto – einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach, Postscheck Ffm. Nr. 610 41, Girokonto Nr. 1/741 269-5 bei Bank für Gemeinwirtschaft, Offenbach. Das Abonnement kann jeweils bis zum 30. November zum Jahresschluß gekündigt werden. Die Ausgaben ab Juni 1971 werden nachgeliefert.)

Vor- und Zuname: .....

Postleitzahl und Wohnort: .....

Straße: .....

Datum: ....

Unterschrift